



59. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 24. Mai 2019

Mitteilungen des Präsidenten	5	betreffend TOP 3 der 58. Plenarsitzung am 23. Mai 2019 20
Änderung der Tagesordnung	5	
1 Kriminelle Clanstrukturen in Nord- rhein-Westfalen effektiv bekämpfen		
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/6307		
<u>In Verbindung mit:</u>		
Null-Toleranz-Politik auch bei Clankri- minalität		
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/6308.....	5	
Markus Wagner (AfD)	5	
Dietmar Panske (CDU)	6	
Alexander Brockmeier (FDP)	7	
Sven Wolf (SPD)	9	
Verena Schäffer (GRÜNE).....	10	
Minister Herbert Reul	12	
Hartmut Ganzke (SPD)	13	
Gregor Golland (CDU)	15	
Verena Schäffer (GRÜNE).....	17	
Dr. Werner Pfeil (FDP)	18	
Markus Wagner (AfD)	19	
Formlose Rüge des Abgeordneten Christian Dahm betreffend TOP 3 der 58. Plenarsitzung am 23. Mai 2019 20		
Formlose Rüge des Abgeordneten Helmut Seifen		
2 Starke Denkmalpflege – starke Hei- mat! Eigentümer beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern unterstüt- zen		
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/3807		
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen Drucksache 17/6290	21	
Fabian Schrupf (CDU)	21	
Andreas Becker (SPD)	22	
Stephen Paul (FDP)	22	
Johannes Remmel (GRÜNE).....	23	
Roger Beckamp (AfD)	24	
Ministerin Ina Scharrenbach.....	25	
Ergebnis	25	
3 Brexit – Landesregierung muss end- lich für den Wissenschafts- und For- schungsstandort NRW tätig werden und Forschungs Kooperationen aktiv fördern		
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/6256	26	
Dietmar Bell (SPD)	26	
Raphael Tigges (CDU)	27	
Moritz Körner (FDP).....	28	
Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)	29	
Helmut Seifen (AfD).....	30	

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen	31	Beschlussempfehlung und Bericht des Integrationsausschusses Drucksache 17/6281	48
Ergebnis	32	Heike Wermer (CDU)	48
4 Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragungsgesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW)		Ibrahim Yetim (SPD)	49
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/6147		Stefan Lenzen (FDP)	50
erste Lesung	33	Berivan Aymaz (GRÜNE)	51
Verena Schäffer (GRÜNE)	33	Gabriele Walger-Demolsky (AfD)	52
Dr. Christos Georg Katzidis (CDU)	34	Minister Dr. Joachim Stamp	53
Hartmut Ganzke (SPD)	36	Ergebnis	54
Alexander Brockmeier (FDP)	36	Formlose Rüge des Abgeordneten Andreas Keith betreffend TOP 15 der 58. Plenarsitzung am 23. Mai 2019	54
Markus Wagner (AfD)	39	7 Fit für die Zukunft europaktiver Kommunen – In eine reibungslose Zusammenarbeit von Kommune, Land, Bund und EU investieren	
Minister Herbert Reul	40	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/4120	
Verena Schäffer (GRÜNE)	41	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/6325	
Ergebnis	42	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales Drucksache 17/6280 – Neudruck	55
5 Bunt, bunter, Straßenblockaden! Die Landesregierung muss ein tragfähiges Handlungskonzept gegen Chaoshochzeiten vorlegen!		Oliver Krauß (CDU)	55
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/6262	42	Rüdiger Weiß (SPD)	56
Markus Wagner (AfD)	42	Thomas Nücker (FDP)	57
Gregor Golland (CDU)	43	Johannes Rimmel (GRÜNE)	57
Andreas Bialas (SPD)	44	Sven Werner Tritschler (AfD)	58
Dr. Werner Pfeil (FDP)	46	Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner	58
Verena Schäffer (GRÜNE)	47	Ergebnis	59
Minister Herbert Reul	47	8 Gesetz zur Einführung der Zustimmungswahl für Bürgermeister und Landräte	
Ergebnis	48	Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 17/6267	
6 Islam in Nordrhein-Westfalen: Interreligiösen Austausch intensivieren – Dialog mit Muslima und Muslimen auf eine neue Grundlage stellen		erste Lesung	60
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/5068		Sven Werner Tritschler (AfD)	60
		Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)	61

Hubertus Kramer (SPD)	61
Stephen Paul (FDP)	62
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE).....	63
Minister Herbert Reul	64
Ergebnis	65

Entschuldigt waren:

Ministerin Ursula Heinen-Esser
Minister Lutz Lienenkämper
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Holger Müller (CDU)

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)
Jochen Ott (SPD)
Frank Sundermann (SPD)

Marc Lürbke (FDP)

Arndt Klocke (GRÜNE)

Iris Dworeck-Danielowski (AfD)

Marcus Pretzell (fraktionslos)

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident André Kuper: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 59. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt wie immer auch den Gästen oben auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **neun Abgeordnete entschuldigt**. Die Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert heute der Abgeordnete und Finanzminister **Lutz Lienenkämper**. Er feiert einen runden Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf Sie aber auch darüber informieren, dass er für heute ganztägig wegen der **Finanzministerkonferenz**, die nur einmal im Jahr stattfindet, **entschuldigt** ist.

(Zurufe: Oh! Oh!)

Wir feiern ihn also in Abwesenheit.

Vor Eintritt in die Tagesordnung: Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass der Antrag „Starke Denkmalpflege, starke Heimat! – Eigentümer beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern unterstützen“ – ein **Antrag** von CDU und FDP, **Drucksache 17/3807** – heute **als Tagesordnungspunkt 2** behandelt wird. Dies ist auch bereits in der aktuellen Tagesordnung ausgewiesen.

Wir treten damit in die heutige Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

1 Kriminelle Clanstrukturen in Nordrhein-Westfalen effektiv bekämpfen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6307

In Verbindung mit:

Null-Toleranz-Politik auch bei Clankriminalität

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6308

Die Fraktion der AfD sowie die Fraktionen von CDU und FDP haben jeweils mit Schreiben vom 20. Mai 2019 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu

der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der AfD Herrn Abgeordneten Wagner das Wort.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen!

„Der Clan und die Religion bestimmen das Leben, die Familien sind größer als im Herkunftsland Libanon – sieben Kinder im Durchschnitt, fünfzehn keine Seltenheit. Gewalttätige Erziehung. Die Frauen dürfen nicht arbeiten. Das Familienoberhaupt ist Alleinherrscher, doch nicht er ernährt die Großfamilien, sondern das Sozialamt.

Das Wertesystem wird von der Scharia diktiert, nicht vom Grundgesetz.“

So beschreibt Reinhard Müller in der „FAZ“ zutreffend einen Ausschnitt der arabisch-türkischen Clans, die sich praktisch in nichts außer in den Sozialstaat und die Kriminalitätsstatistik integrieren.

Herr Reul, Ihnen zunächst einmal danke, dass wir nun endlich einmal ein erstes Lagebild zur türkisch-arabischen Clankriminalität in Nordrhein-Westfalen vorliegen haben, auf dem man aufbauen kann. Wir sind auch in vielem, was die Medien oder die Linken oder die linken Medien gerne „Law-and-Order-Politik“ nennen, nicht so weit voneinander entfernt. Gut, wir sind als AfD sicherlich noch etwas konsequenter. Aber da könnte man schon zusammenkommen.

Was Sie allerdings nicht sehen, mindestens jedoch nicht zu Ende denken, ist der Anteil der Migration sowohl an der Problementstehung als auch mit Blick auf die Sanktionsmöglichkeiten. Es ist Ralph Ghadban, der sagt – ich zitiere –:

„Die Clans haben in Deutschland längst alle Linien überschritten, ihre Verachtung für den Rechtsstaat und unsere Gesellschaft ist grenzenlos. Sie fühlen sich allmächtig und werden darin vom deutschen Staat auch kaum gebremst, ...“

Ralph Ghadban wird nun selbst von diesen kriminellen türkisch-arabischen Familien für Aussagen wie diese bedroht.

Als angebliche Asylbewerber und Flüchtlinge sind die Familien in den 70er- und 80er-Jahren nach Deutschland gekommen. Auch damals schon hat man dieses Problem unterschätzt.

Ein Zeitalter des Wegschauens und dann der politischen Korrektheit als Meinungs- und Realitätsunterdrücker begann. Die Folgen sehen wir heute: die Perpetuierung eines mafiösen Systems, bei dem sich die arabischen Clans an der Front des Drogenver-

kaufs mittlerweile hauptsächlich afrikanischer Ethnien bedienen, die ihrerseits wiederum – siehe die nigerianische Axt-Mafia – solche Strukturen aufbauen konnten. Diese hermetisch abgeriegelten Strukturen, deren Eintrittsvoraussetzung die Familienclan-, mindestens aber die ethnische Zugehörigkeit darstellt, führen zu weiteren Folgeproblemen.

Hintermänner, Anstifter, die eigentlichen Chefs können immer schwieriger ausfindig respektive verantwortlich gemacht werden; denn sie werden durch Nicht- oder Falschaussagen, durch Gewalt und Bedrohung geschützt. Weiter wird weggesehen oder mindestens nicht durchgegriffen, beim Thema „Abschiebung“ schon gar nicht.

Herr Minister, Sie heben im Lagebericht selbst hervor – ich zitiere –, „dass aufenthaltsbeendende Maßnahmen auch im Einzelfall im Milieu der Clanfamilien eine nicht zu unterschätzende Signalwirkung ausüben“. Genau darum geht es. Diese Signalwirkung benötigen wir. Es ist eben nicht so, dass wir ein generelles Ausländerproblem hätten. Wir haben kein Problem mit Dänen, Belgiern oder Australiern. Wir können sehr genau eingrenzen, wo sich Integrationsfeindlichkeit und Kriminalität häufen. Gerade diese Milieus müssen sehen, dass es auch einmal nach Hause gehen kann, wenn man sich hier nicht an die Regeln halten will.

Ich bin wahrlich kein Maoist, aber an dem Wort „Strafe einen, erziehe Hundert“ mag durchaus etwas dran sein.

(Beifall von der AfD)

Es sind gerade die hier gut assimilierten Menschen ausländischer Herkunft, die einen immer wieder bitten: Schiebt diese Leute doch endlich ab! Kein Land würde sich das gefallen lassen. Unseren guten Ruf ruinieren die auch. – Damit haben sie recht, meine Damen und Herren. Eine Politik, die das zulässt, ruiniert den guten Ruf der rechtmäßig und gut assimiliert hier lebenden Menschen aus dem Ausland.

(Beifall von der AfD)

Dort, wo es irgendwie rechtlich möglich ist, muss abgeschoben werden. Die Voraussetzungen für eine Abschiebung müssen gesenkt, vereinfacht und ausgeweitet werden.

Liebe Kollegen von der CDU, das können Sie eben nicht einem Herrn Stamp von der FDP überlassen, der lieber illegale Einwanderer legalisieren will, anstatt seinen Job zu machen.

(Unruhe bei der CDU)

Es ist doch unschwer zu erkennen, dass sich die Gefahr erhöht, ja konkretisiert, dass sich die Genese der mangelnden Integration der türkisch-arabischen Zuwanderer in den 1980er-Jahren heute wiederholt.

Dazu noch einmal, angelehnt an das Lagebild des Ministers: Die damals eingewanderten türkisch-arabischen Clans sehen sich heute verstärkt einem Verdrängungswettbewerb durch die in den letzten Merkel-Jahren eingeflogenen Syrer und Iraker ausgesetzt. Das, wovon wir als AfD bereits 2015 warnten, haben wir nun ministeriell bestätigt. Ich sage Ihnen: Da hätte ich lieber nicht recht gehabt.

Noch können wir etwas tun. Sichern wir die Grenzen, so wie jeder Mensch seine Haustür sichert, schieben wir ab, wer sich nicht an die Regeln hält, und verschärfen wir da, wo es nötig ist, das Strafrecht! Mit einer Kraftanstrengung ist die Sache noch zu beheben, aber das wird dauern. Es bedarf des Mutes, sich gegen die politisch korrekten Wahrheitsverweigerer durchzusetzen. Schlussendlich bedarf es des Willens. Wir als AfD haben diesen Willen.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Panske das Wort.

Dietmar Panske (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Über 14.000 Straftaten in gerade einmal drei Jahren, fast 6.500 Tatverdächtige aus knapp 100 Großfamilien. Es ist aber nicht allein die pure Anzahl der Straftaten, der Verbrechen, der Vergehen, sondern es ist insbesondere die Intensität und die Qualität dieser Kriminalität: Raub, Brandstiftung, Erpressung, Drogenhandel, Schutzgeld, Menschenhandel, schwere Gewalt, ja sogar Mord und Totschlag.

Es ist auch die Art und Weise der Tatbegehung: generalstabsmäßig geplant, abgeschottet vorbereitet, bestens organisiert und koordiniert, ausgeführt durch Familien, durch Clans, meist mit türkisch-arabischem Hintergrund, auch mit ausländischen Pässen, aber ein Großteil, nämlich 36 %, haben deutsche Papiere, sind deutsche Staatsbürger.

Dieses Lagebild Clankriminalität beschreibt und analysiert eine in Qualität und Quantität erschreckende Dimension. Für uns ist es daher selbstgesteckter Arbeitsauftrag und die knallharte Kampfansage an diese Clans, dass jetzt genug ist. Jetzt räumen wir auf! Jetzt machen wir Schluss mit diesen Strukturen, mit Gewalt, mit Verbrechen. Unser Weg ist weiterhin: null Toleranz und 100 % Rechtsstaat.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, für Recht und Gesetz in diesem Land ist nun einmal der Staat verantwortlich. Er hat das Gewaltmonopol. Er bestimmt über gut oder böse, über richtig oder falsch.

Wir werden keine Clans und ihre Herrschaftsstrukturen tolerieren oder akzeptieren. Die NRW-Koalition und vor allem ein sehr entschlossener Innenminister Herbert Reul machen seit der Regierungsübernahme im Jahr 2017 ernst. Sprechen Sie einmal mit den Menschen draußen – die spüren das!

Wir sind das erste Bundesland, das sich überhaupt mit einem solchen Lagebild neu aufstellt und seine Arbeit für den Kampf gegen diese besondere Form von Organisierter Kriminalität aufnimmt. Wir haben mit den Aktionen von Großrazzien und der Bildung von Schwerpunktermittlungsgruppen bei Polizei und Staatsanwaltschaft bereits erste Erfolge gehabt.

So mancher Oppositionspolitiker – da muss ich leider zu Ihnen schauen – hat aber in den letzten Monaten dieses konsequente Vorgehen ein Stück weit belächelt. Von PR-Show des Innenministers war die Rede. Nein, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, das will ich Ihnen ehrlich sagen: Genau dieses notwendige konkrete und massive Handeln und Eingreifen belegt und beweist das neue Lagebild Clankriminalität.

(Beifall von der AfD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das zeigt nicht nur die brutal erschreckende Realität dieser kriminellen Clanstrukturen auf. Es zeigt auch insbesondere – auch das gehört zur Wahrheit mit dazu – das jahrelange Verharmlosen, Versagen und Wegschauen einer rot-grünen Vorgängerregierung.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Dieses Phänomen – Herr Wagner, das geht vielleicht an Ihre Adresse, damit Sie es auch verstehen – ist nicht 2015 vom Himmel gefallen und kommt auch nicht über Nacht. Diese Strukturen haben sich lange und langsam ausgebreitet. Wenn man mit den Menschen vor Ort in den betroffenen Stadtteilen spricht, dann sagen die auch: Wir sagen euch doch schon seit Jahren, dass da etwas schief läuft. Das sieht doch jeder.

Aber Sie konnten und wollten sich in Ihrer Regierungszeit vielleicht nicht dieser riesigen Problemlage stellen und haben hingenommen, dass sich diese Clans ausbreiten. Es gab kein Halt bei Ihnen, es gab keinen Stopp bei Ihnen, es gab keine rote Karte. Nichts ist in all den Jahren passiert.

Das hat sich nun zum Glück grundsätzlich geändert; denn wir wehren uns. Wir packen an –

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

entschlossen und mit langem Atem, was in diesen Strukturen besonders wichtig ist. Wir verhelfen dem Rechtsstaat in unserem Land wieder zu Respekt und Durchsetzungskraft.

Aber wir werden es nicht allein bei Polizei und Justiz belassen. Wie das Lagebild aufzeigt, bestehen auch bei der Prävention und der Forschung erhebliche Defizite. Auch das werden wir langfristig mühsam aufbauen müssen.

Allein, das wird nicht reichen. Notwendig ist auch die Zusammenarbeit unter den Bundesländern, im Bund und auf europäischer Ebene. Auch als Konsequenz aus dem Lagebericht hat NRW – das muss man an dieser Stelle einmal deutlich hervorheben – dazu eine führende Rolle unter den Bundesländern eingenommen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zusammenarbeit, Zusammenhalt und Unterstützung sind bei diesem Thema in der Gesamtgesellschaft wichtig. Die Gesellschaft muss zeigen und vorleben, dass wir eine weitaus bessere Form des Zusammenlebens, der Wertvorstellungen und des Respekts voneinander, vor unserer Freiheit, vor unseren Regeln, vor unserem Eigentum und insbesondere vor unserer körperlichen Unversehrtheit haben.

Genau das wollen wir schützen. Deshalb ist es so wichtig, konsequent und mit langem Atem gegen diese Clanstrukturen vorzugehen. Genau das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns. Sie erwarten das zu Recht. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und Roger Beckamp [AfD])

Präsident André Kuper: Danke, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Brockmeier das Wort.

Alexander Brockmeier¹⁾ (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Clankriminalität findet aktuell äußerst große Aufmerksamkeit, und zwar nicht nur in Serien wie „4 Blocks“. Dort geht man zunächst von einer Art Fiktion aus – bis Clanmitglieder dann mitteilen, dass das schon ganz schön nah an der Realität dran ist. Auch die Schlagzeilen in den Zeitungen reden von Vermögensabschöpfungen und Beschlagnahmungen von Luxuswagen.

Dieser gefährlichen Entwicklung müssen wir entschieden entgegenreten; denn unsere Rechtsordnung duldet keine Parallelgesellschaften, in denen nicht das Gesetz, sondern die Familienehre Maßstab für Handlungen ist.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deswegen bin ich Innenminister Reul äußerst dankbar, dass er das Problem früh erkannt und nicht weggeschaut hat. Er hat sich dem Koalitionsvertrag von CDU und Freien Demokraten verpflichtet gefühlt und

das Lagebild möglichst schnell auf den Weg gebracht. In der letzten Woche hat er das alarmierende Lagebild über Clankriminalität vorgelegt. Es ist das deutschlandweit erste Lagebild, das die Tatsachen wirklich auf den Tisch legt.

Nur wenn das Kriminalitätsfeld sichtbar ist, kann man nachhaltige und zielgerichtete Maßnahmen ergreifen, die diesen Strukturen auch wirklich wehtun und effektiv wirken.

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

Wie dringend dieses Lagebild benötigt wird, will ich an einem Beispiel deutlich machen. Noch im Januar dieses Jahres, also vor ungefähr vier Monaten, gingen die Behörden von 50 Clans in Nordrhein-Westfalen aus. Jetzt spricht das Lagebild von mehr als dem Doppelten. Die Zahlen sind wirklich erschreckend: Rund 6.500 Tatverdächtige aus 104 Clans haben allein zwischen 2016 und 2018 14.225 Straftaten begangen.

Aus der Analyse geht auch hervor – das wurde gerade auch schon gesagt –, dass mehr als ein Drittel davon Rohheitsdelikte sind, also schlimme Straftaten wie Nötigung, Raub, gefährliche Körperverletzung und Bedrohung. Die Rede ist auch von 26 Tötungsdelikten, von denen zwei leider vollendet wurden. Gut 6 % der Tatverdächtigen sind für mehr als 30 % der Straftaten verantwortlich. Rund 20 % der Taten gehen auf das Konto von nur zwei Familienclans.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, eines ist doch völlig klar: Diese Zahlen hätte es viel, viel früher geben müssen. Es ist nicht selbstverständlich, dass dieses Lagebild jetzt vorliegt. Das ist der Verdienst von Schwarz-Gelb.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Obwohl es die Anzeichen und entsprechende Meldungen aus den Polizeipräsidien schon seit Langem gibt, hat der ehemalige Innenminister Ralf Jäger aus falscher politischer Korrektheit eben kein solches Lagebild in Auftrag gegeben, sondern sich lieber mit dem Projekt KEEAS zufriedengegeben und keine einzige Maßnahme ergriffen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Begründung der damaligen Landesregierung für ihre Untätigkeit in diesem Bereich lautete, man wolle niemanden aufgrund seiner Familienzugehörigkeit diskriminieren.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Und Sie wollen das?)

Was für ein Unfug! Wir gehen das nicht wie die AfD an, die mit einem völlig falschen Menschenbild und völlig falschen Fakten da herangeht.

(Helmut Seifen [AfD]: Sie kennen unser Menschenbild gar nicht! Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der AfD)

Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft. Aber wenn man eine weltoffene Gesellschaft haben will, dann darf man eben nicht die Augen vor denjenigen verschließen, die dieses weltoffene Bild für ihre kriminellen Geschäftsmodelle ausnutzen wollen – im Gegenteil!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Eines ist doch völlig klar: Wir reden hier nicht über die friedliche Eltern-Kind-Familie, sondern über hierarchisch organisierte Parallelgesellschaften, die sich von archaischen Ehrvorstellungen leiten lassen und sich gegen den Rechtsstaat erheben.

Weil die Lage so ernst ist, sind wir nicht untätig geblieben, bis das Datenmaterial vorlag, sondern haben Maßnahmen ergriffen. Was hat sich die Opposition von Rot und Grün noch Anfang Januar über die Großrazzien in den Ruhrgebietsstädten beschwert – das sei ja alles nur PR.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Lächerlich! – Zurufe von der SPD)

Während die ehemalige Landesregierung unzählige Überstunden und unzählige Ressourcen auf einen jährlichen Blitzer-Marathon verschwendet hat,

(Zuruf von der SPD: Oh!)

richten wir unsere Aufmerksamkeit auf die echten Kriminellen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das, was Sie gemacht haben, war planlose Symbolpolitik und hatte nichts mit effektiver Innenpolitik zu tun.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir gehen nun mit der Nulltoleranzstrategie unermüdlich gegen kriminelle Strukturen vor. Das haben wir den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf versprochen, und daran halten wir uns auch.

(Beifall von der FDP)

Schon im August 2018 haben wir eine Taskforce gebildet, bestehend aus Innenministerium, Finanzministerium und Justizministerium, um schlagfertig mit allen nötigen Kompetenzen gegen die kriminelle Energie vorzugehen. Dabei ist dies unser oberstes Ziel: Wir wollen keinen Zentimeter von der Seite der Organisierten Kriminalität weichen und zu jedem Zeitpunkt auf den Füßen der kriminellen Mitglieder stehen.

An dieser Stelle möchte ich es auch nicht versäumen, der Polizei insbesondere für ihren Einsatz im Namen der NRW-Koalition zu danken.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen leisten einen großartigen Job für unser Land und

für unsere Gesellschaft. Gerade der Kampf gegen diese kriminellen Strukturen erfordert oft viel Engagement und verlangt viele Stunden mit hartem körperlichen Einsatz. Dafür danken wir ausdrücklich.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Deswegen sprechen wir der Polizei auch kein Misstrauen aus, wie die Grünen das mit ihrem Gesetzentwurf heute wieder versuchen, den wir nachher noch beraten werden. Er ist gespickt mit Misstrauen gegenüber der Polizei.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir als NRW-Koalition stärken der Polizei den Rücken.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Aber wir dürfen an dieser Stelle nicht stehen bleiben. Das öffentliche Lagebild ist erschreckend. Wir gehen diesen Weg, den wir eingeschlagen haben, weiter und arbeiten an Lösungen. Das wird kein Sprint, das dauert keine zwei Jahre, sondern uns steht ein langer Marathon bevor. Aber die ersten Schritte, die wir gegangen sind, waren erfolgreich, und genau diesen Weg müssen wir jetzt weitergehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Wolf das Wort.

Sven Wolf (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

„Die Polizei sieht sich mit kriminellen, ethnisch abgeschotteten Gruppierungen insbesondere im Bereich der Rauschgift-, Gewalt- und Straßenkriminalität konfrontiert. Sie trifft im Einsatzgeschehen häufig auf Respektlosigkeit und ein erhebliches Aggressionspotenzial, welches in gewalttätige Angriffe auf Polizeibeamte eskalieren kann.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Sätze dürften den Kolleginnen und Kollegen von CDU, FDP und AfD, die heute die Aktuelle Stunde beantragt haben, gefallen. Doch diese Sätze stammen nicht aus dem angeblich ersten Lagebild von Innenminister Reul aus der letzten Woche, sondern aus dem wirklich ersten Lagebild zur Clankriminalität, das in Wahrheit, wie ich meine, den viel treffenderen Namen „Organisierte Kriminalität“ trägt und aus dem Jahr 2016 stammt.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Dieses Dokument ist öffentlich. Ich habe es dabei. Sie können gerne gleich mal einen Blick reinwerfen und es in Ruhe lesen.

Ich weiß nicht, Herr Reul, ob man Ihnen das einmal vorgelegt hat, und ob Sie es schon gelesen haben. Das ist, glaube ich, ganz hilfreich.

(Zuruf von Herbert Reul, Minister des Innern)

Dann hätten Sie aber auch erkennen müssen, Herr Reul, dass Sie nicht der Pionier der Bekämpfung der Clankriminalität sind.

(Beifall von der SPD)

Wegen dieses ersten Lagebildes zur Organisierten Kriminalität – Clankriminalität ist nichts anderes, Herr Minister, das ist ein Teil davon –

(Lachen von Herbert Reul, Minister des Innern)

hat die frühere Landesregierung darauf reagiert. Der frühere Innenminister hat nämlich die Polizeipräsenz in den Städten Duisburg, Gelsenkirchen, Essen und Dortmund auf Dauer um eine Einsatzhundertschaft erhöht. Eine weitere Personalverstärkung für diese Region – berichtigen Sie mich gegebenenfalls, Herr Reul – habe ich nach dem Regierungswechsel nicht gesehen.

(Beifall von der SPD)

Ganz im Gegenteil, Herr Reul: Sie haben sogar teilweise Polizeipräsenz wieder abgezogen, wenn es um die überflüssige Räumung des Hambacher Forsts ging.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das will ich noch einmal sehr deutlich sagen:

(Zurufe von der CDU)

Überall dort, wo Polizeibeamten ohne Respekt begegnet wird, müssen wir uns an ihre Seite stellen und ihnen auch herzlichen Dank für ihren Einsatz sagen, dass sie für uns alle ihre Knochen hinhalten.

(Beifall von der SPD)

Viel entscheidender ist das, was sich dort seit zwei Jahren weiterentwickelt hat. Die Kriminalitätsbekämpfung darf nicht stehen bleiben, sondern sie muss sich weiterentwickeln.

So hat zum Beispiel der Berliner Senat bereits im letzten Jahr einen sehr klaren Fünfpunkteplan vorgelegt, der unter anderem die Einrichtung einer Koordinierungsstelle Organisierte Kriminalität beinhaltet. Berlins Plan sieht unter anderem Folgendes vor: besondere Verfolgung von Regelverstößen, das Eingreifen schon bei kleinen Taten, das Einziehen von illegalem Vermögen und die verstärkte Gewerbe- und Finanzkontrolle. Daneben geht es auch um die Prävention.

Nichts davon ist bisher in Nordrhein-Westfalen ergriffen worden. Okay, mit einer Ausnahme – das gebe

ich zu –: Sie haben eine Zentralstelle zur Vermögensabschöpfung eingerichtet; zumindest haben Sie sich damit gerühmt. Herr Minister Biesenbach hat es getan. Im März haben Sie es gesagt, dann haben wir uns berichten lassen, und Sie, Herr Kutschaty, haben richtigerweise gesagt, dass das Ihr Amtsvorgänger bereits getan hat.

Was allerdings nicht passieren darf, ist, dass das Land, die Landesregierung den Kampf um das illegale Vermögen verliert. Denn darüber sind sich wohl alle Expertinnen und Experten einig: Den Kampf gegen Clans gewinnt man nur, wenn sich Clankriminalität insgesamt nicht mehr lohnt. Deswegen müssen wir bei der Bekämpfung der Clankriminalität an das Geld der Clans, und hier tut die Landesregierung deutlich zu wenig.

Der Justizminister hat uns im letzten Bericht, den wir angefordert haben, noch mal deutlich gemacht, dass die Vermögensabschöpfungen in den letzten Jahren deutlich gesunken sind. So wird das nichts mit der Bekämpfung der Clankriminalität.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur die Laufkundschaften in den Shisha-Bars abzugreifen und der Polizei vorab Drehbücher zu schreiben, damit der Innenminister in einem guten Bild dargestellt wird, reicht nicht. Sie müssen schon an den Türen der Villen der Clanbosse klingeln; aber das haben Sie bisher nicht getan.

(Beifall von der SPD – Lachen von der FDP – Zurufe von der CDU)

Berlin ist da deutlich weiter. Dort hat der Innensentor,

(Lachen von der CDU – Unruhe)

der übrigens nicht viel länger

(Unruhe – Glocke)

im Amt ist als Herr Reul,

(Zurufe)

bis dato 77 Immobilien beschlagnahmt und zieht inzwischen auch die Mieten ein.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD – Gegenruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die SPD-Fraktion ...

(Unruhe)

– Das tut weh. Die Wahrheit tut weh; ich weiß das. Ich nehme das wahr. Sie müssen sich bei der Bekämpfung von Kriminalität aber auch nach vorne bewegen. Sie müssen auf der Höhe der Zeit sein.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: Ha!)

Das viel gerühmte Buch von Herrn Ghadban – ich habe es gelesen; ich weiß, dass Sie unter anderem die Serie „4 Blocks“ gesehen; ich habe mich für das Buch entschieden – ist im Oktober 2018 herausgekommen. Das ist jetzt groß in der Diskussion. Das heißt, diese Kriminalität hat sich verändert.

Wir müssen bei der Kriminalitätsbekämpfung auf der Höhe der Zeit sein. Deswegen fordern wir, diesen Fünfpunkteplan aus Berlin als gutes Beispiel zu nehmen und ihn in Nordrhein-Westfalen umzusetzen.

Ich will Ihnen ein zweites Beispiel nennen: Hamburg hat ein Shisha-Bar-Gesetz auf den Weg gebracht. Das ist ein echter Schutz der Bevölkerung. Wir können solch ein Gesetz in Nordrhein-Westfalen ebenfalls gut gebrauchen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will noch einen dritten Bereich nennen, und zwar die phänomenorientierte Autovermietung; auch darüber haben wir immer wieder gesprochen. Lassen Sie uns da gemeinsam härter drangehen, damit die Clans nicht mit illegalen Autorennen, mit Hochzeitskorsos oder mit Fahrzeugen, die sie sich gar nicht leisten können, durch unsere Innenstädte fahren und posen.

Das sind die Aufgaben, die Sie erledigen müssen. Ich hoffe, dass wir gemeinsam daran arbeiten können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun die Abgeordnete Frau Schäffer das Wort.

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Panske, Herr Brockmeier, unterlassen Sie die Legendenbildung, die Bekämpfung der sogenannten Clankriminalität wäre eine Erfindung von Schwarz-Gelb; das ist nachweislich falsch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das steht sogar in Ihrem Bericht. Das steht im Bericht des LKA. Ich hoffe, Sie haben ihn gelesen; bei Herrn Brockmeier war ich mir nicht so ganz sicher.

(Zuruf von der FDP: Ah!)

In dem Bericht steht auf Seite 20 – Zitat –:

Während einige Behörden von konkreten Planungen berichten, skizzieren andere Kriminalhauptstellen seit Jahren umgesetzte und zum Teil mittlerweile abgeschlossene Initiativen.

Das ist nachzulesen im Bericht des LKA, Seite 20. Ich kann Ihnen das als Lektüre sehr empfehlen.

Im Übrigen kann man Kriminalität auch bekämpfen, Herr Reul, ohne dass man sich den Sheriffstern anheftet oder die Landespressekonferenz zur Teilnahme an einer Razzia einlädt. Das funktioniert auch. So kann man auch Innenpolitik machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Möglicherweise – das ist nur so ein Gedanke; nehmen Sie das einfach einmal mit – sind Durchsuchungen auch effektiver, wenn die Polizei und der Innenminister dabei nicht von der Presse begleitet werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben letzten Donnerstag im Innenausschuss schon über dieses Thema diskutiert. Ich fand, das war ausführlich, sachlich und ruhig. Ich frage mich deshalb immer, warum das nicht möglich ist, wenn man hier mit Ihnen diskutiert. Aber gut, ich hoffe, wir führen die Diskussionen im Innenausschuss fort; wir haben damit ja bereits letzte Woche begonnen.

Ich habe den Lagebericht jedenfalls ausführlich gelesen.

(Zuruf von der CDU: Andere auch!)

Ich finde die Straftaten, die in diesem Lagebild aufgeführt sind, wirklich erschreckend: Etwa ein Drittel der aufgeführten Straftaten sind Rohheitsdelikte. Dazu gehören Raub, schwere Körper- und Gewaltdelikte; das muss man hier so benennen.

Ich finde aber auch, dass man die Zahlen einordnen muss; auch das gehört zu einer sachlichen Debatte dazu. Diese Zahlen werden so ähnlich auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik aufgeführt. Es sind verzeichnete Straftaten. Es ist eine Eingangsstatistik.

Es ist keine Verlaufsstatistik – wir hatten die Diskussion über die PKS, über die Polizeiliche Kriminalstatistik, Anfang des Jahres –, aber eigentlich wäre eine Verlaufsstatistik das Interessante.

Die Frage ist doch: Wie viele Straftaten führen nachher zur Anklage? Wie viele Verurteilungen wird es geben? – Genau daran, Herr Reul, bemisst sich der eigentliche Erfolg, und da dürfen wir gespannt sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Frage ist doch: Was macht die Landesregierung jetzt überhaupt? Wir hatten im Innenausschuss auf Antrag der SPD-Fraktion einen Bericht. Diesbezüglich wurde gefragt: Wie sieht denn jetzt die Strategie der Landesregierung aus?

Zu den Initiativen der Landesregierung heißt es dann unter dem ersten Punkt in dem Bericht an den Innenausschuss: CDU und FDP haben die Bekämpfung der Clankriminalität in den Koalitionsvertrag geschrieben. – Ich würde mal sagen: Da haben die harten Jungs in Essen mal so richtig Angst bekommen, als sie das gelesen haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es steht im Koalitionsvertrag – das ist ja eine super Maßnahme!

Ansonsten: Die Strategie setzt sich zusammen aus viel Gremien- und Netzwerkarbeit und Informationsaustausch. Was könnte man dagegen haben? Dagegen haben auch wir nichts; entscheidend sind aber natürlich die Ermittlungserfolge.

Den größten Raum in dem Bericht – das gestehe ich zu – nimmt der Kontrolldruck ein. Ziel sei die konsequente Verfolgung von Straftaten und Ordnungsverstößen.

Mit Verlaub: Das ist ohnehin die Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, und natürlich müssen Kontrollen stattfinden, wenn es Hinweise auf Straftaten gibt. Das ist die originäre Aufgabe der Polizei, und wir erwarten zu Recht von der Polizei, dass sie genau das tut.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Aber – und das will ich hier auch noch klar benennen – dieser Kontrolldruck und die Kontrollen führen auch dazu, weil sie eben nicht zielgerichtet sind ... Es wird eine bestimmte Bevölkerungsgruppe in bestimmten Stadtteilen kontrolliert. Dazu habe ich Gespräche geführt.

Vor Kurzem habe ich mich mit einer Jugendgruppe getroffen, die mir genau das berichtet hat: Zehnjährige, vierzehnjährige Kinder – das muss man so sagen – werden kontrolliert; sie bekommen mit, wie ihre Eltern kontrolliert werden, und nachher kommt nichts dabei heraus. Ich finde, das muss man so klar benennen, weil diese Kontrollen zu einer Stigmatisierung führen.

(Gregor Golland [CDU]: Das ist das, was Sie seit Jahren hier immer erzählen!)

– Ja, Herr Golland, das können Sie vielleicht nicht glauben; aber wenn ein vierzehnjähriger Junge immer wieder am Essener Hauptbahnhof kontrolliert wird, kann ich Ihnen sagen, dass das zu einer Stigmatisierung führt, und das kann ...

(Zurufe von der CDU)

– Herr Golland, hören Sie mir einfach ruhig zu; Sie sind gleich noch dran. Es ist alles in Ordnung. Bleiben Sie ruhig: Es ist alles okay.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es kann eben auch zu Solidarisierungseffekten führen und zu mangelnder Abgrenzung von Straftätern. Diese Abgrenzung benötigen wir aber ganz dringend.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Herr Reul, ich finde, Sie haben gestern in der Debatte zum Hambacher Wald

(Nic Peter Vogel [AfD]: Forst!)

sehr wohlthuende Worte gefunden. Sie haben – ich habe mir die Debatte noch mal angeschaut – sinngemäß gesagt, dass es bezogen auf den Hambacher Wald

(Nic Peter Vogel [AfD]: Forst!)

wichtig ist, den überschaubaren Kreis der Linksextremen zu isolieren und die einen von den anderen zu trennen. Das finde ich gut. Das waren sehr wohlthuende Worte. Ich fand es sehr gut, und ich war kurz davor, auch bei Ihnen mal zu klatschen.

Ich finde, das ist genau der richtige Ansatz, den wir auch auf dieses Thema hier übertragen müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass Jugendliche und junge Menschen, die inzwischen zum Teil in der dritten Generation hier leben, die in Essen geboren sind,

(Daniel Sieveke [CDU]: Nein!)

die nur Deutsch sprechen ... Die leben hier in Duldung. Welche Perspektive haben die eigentlich? Die haben keine Perspektive. Die wissen das. Die wissen mit zehn Jahren, dass sie in die völlige Perspektivlosigkeit gehen in Bezug auf Ausbildung, in Bezug auf Job usw. Das kann nicht sein.

Perspektivlosigkeit – um das hier klar und deutlich zu sagen, damit Sie es bloß nicht wieder missverstehen – kann und darf niemals – wirklich niemals! – eine Begründung oder eine Verharmlosung für Straftaten sein.

(Daniel Sieveke [CDU]: Aha!)

Aber zu ignorieren, dass Perspektivlosigkeit Kriminalität natürlich begünstigen kann, wäre ein ziemlich großer Fehler, und das darf nicht passieren.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie reden zwar immer davon, dass wir auch Maßnahmen der Prävention brauchen, aber was machen Sie denn? Bisher ist es doch eine komplette Fehlanzeige, eine komplette Leerstelle der Landesregierung. Hier passiert nämlich nichts.

Hier sind Sie gefordert, auch zusammen mit Herrn Stamp tätig zu werden. Für nachhaltige, für dauerhafte Lösungen zu sorgen, dazu rufen wir Sie auf. Wir haben dieses Thema auch im Integrationsausschuss angemeldet; bald werden wir es dort behandeln. Wir dürfen gespannt sein, was Sie da vorhaben.

Ich glaube, klar ist: Der Erfolg Ihrer Strategie wird sich nicht an der Resonanz von PR-Terminen messen lassen, sondern an der Reduzierung von Straftaten. Wir dürfen gespannt sein. In drei Jahren sind die nächsten Wahlen. Wir sind gespannt, wie die Zahlen dann aussehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Reul das Wort.

Herbert Reul, Minister des Innern: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Gelegenheit, über dieses wichtige Thema hier zu diskutieren. Ein Satz vorweg: Das ist ein Problem, das lange verschlafen worden ist.

(Helmut Seifen [AfD]: Genau!)

Deswegen ist es gut, dass man jetzt endlich anfängt. Aber glaube keiner, dass das hopplahopp mal eben erledigt ist: Dafür braucht man einen langen Atem und konsequentes Handeln.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Voraussetzung ist allerdings, erst mal zuzugeben, dass es das Problem gibt, und dass man es aufschreibt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Es wurde aufgeschrieben, wo es erkannt worden ist und wie es erkannt worden ist!)

Deswegen gibt es bei uns jetzt ein abgestimmtes und konsequentes Vorgehen der Behörden – übrigens nicht nur von Polizei, sondern von Ordnungsämtern, vom Zoll, von Finanzämtern, von Gesundheitsämtern, und es gibt nachhaltige Erfolge.

Übrigens, Frau Schäffer: Es ist keine einmalige Aktion gewesen, auch keine PR-Aktion – das müssen Sie sich abschminken –, sondern es ist seit dem letzten Sommer permanente Praxis in den Behörden im Ruhrgebiet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nur mit solch einem Ansatz intensiver Zusammenarbeit kann man erreichen, dass man kriminelle Strukturen erhellt, Ermittlungsverfahren initiiert, die Nulltoleranzstrategie durchsetzt, Respekt gegenüber Einsatzkräften erreicht, die kriminelle Szene durch die „Strategie der 1000 Nadelstiche“ verunsichert und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger steigert.

Der Unterschied ist: Wir reden nicht nur, sondern wir handeln, wie Sie an den Beispielen sehen können: Erstens: das Lagebild.

Zweitens. Im Berichtszeitraum – die Zahlen sind schon genannt worden – gab es 6.449 Mitglieder diverser Clans, 14.225 Delikte – regionaler Schwerpunkt: Ruhrgebiet, aber nicht nur da –, Gewalttaten, Eigentums- und Betrugsdelikte. Alles das ist vorgebracht.

Wir haben eine gemeinsame Taskforce „Finanzermittlungen beim Landeskriminalamt“ eingerichtet; da geht es um langfristige Ermittlungsarbeit. Zusätzlich wird es ein Projekt zur Bekämpfung der Clankriminalität beim Landeskriminalamt geben.

Übrigens – nur, damit es mal gesagt ist: Wir kümmern uns jetzt hier um Clankriminalität und nicht um diesen Bereich der Organisierten Kriminalität. Verwischen Sie die Dinge jetzt nicht. Das hat auch etwas damit zu tun; aber es ist etwas Neues, was wir anpacken und wie wir es anpacken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dass wir das in die Ruhrgebietskonferenz eingebaut und ein Symposium durchgeführt haben, wo erstmalig Fachleute aus ganz Deutschland zusammen gewesen sind – über 500 Menschen –, dass wir im Mai ein zweites Arbeitstreffen hatten, wo wieder 100 Experten zusammen waren, das ist ein Vorteil.

Zu den Razzien. Wenn Sie sagen, das sei die normale Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, frage ich mich: Warum haben Sie in den letzten Jahren keine Razzien gemacht?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe auch keine Lust mehr dazu, dass immer gesagt wird, das sei alles PR-Show. Ich nenne Ihnen mal ein paar Zahlen: Wir haben seit Beginn der Einsatzmaßnahmen – das sind jetzt neue Zahlen –, also ab 1. Juli 2018, schon über 500 Kontrollaktionen durchgeführt, zum Beispiel in Shisha-Bars und Glücksspielstätten, bei denen über 1.600 Objekte kontrolliert wurden.

Wir haben im Rahmen dieser Kontrollen über 100 der kontrollierten Objekte unmittelbar geschlossen. Insgesamt haben die Behörden im Rahmen der Kontrollaktionen über 10.000 Verstöße geahndet und über 2.500 Sicherstellungen durchgeführt. Wir haben über 5.500 Verwarngelder verhängt und mehr als 200 Festnahmen und Ingewahrsamsnahmen vorgenommen.

Das war keine PR-Aktion; da ist konkret etwas passiert, damit das klar ist!

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Das ist natürlich nur ein Teil der Maßnahmen; den anderen Teil habe ich genannt: dass beim LKA die Taskforce ansässig ist, dass wir auch langfristige Ermittlungsarbeit machen, die Zeit kostet – ja, selbstverständlich. Das ist die zweite Säule.

Drittens. Frau Schäffer, an dieser Stelle haben Sie hundertprozentig recht: Wir brauchen eine Chance für diejenigen, die aussteigen wollen, damit sie aussteigen können.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Herr Golland sieht das anders! – Sven Wolf [SPD]: Teil des Fünfpunkteplans in Berlin, Herr Minister!)

Das gehört auch dazu. Ich gebe zu: Da sind wir noch nicht so weit, dass wir wirklich einen konkreten, brauchbaren Vorschlag haben; denn es ist nicht so einfach. „Einfach“ ist das falsche Wort. Bei Links- und Rechtsextremismus haben wir ja Aussteigerprogramme, aber das ist hier viel schwieriger.

Zu unserem Konzept gehören die Razzien, zu unserem Konzept gehört langfristige Ermittlungsarbeit. Dazu gehören auch Aussteigerprogramme. Wir wollen mit langem Atem und consequentem Handeln dafür sorgen, dass sich etwas ändert. Seit Mitte der 80er-Jahre sind diese Familien hier. Man hat sich um diese Familien nicht gekümmert. Erster Teil.

Zweiter Teil – da waren Sie nämlich dran –: Man hat es einfach laufen lassen und weggesehen oder sich – von mir aus – auch nicht getraut. Jetzt wird sich gekümmert, und jetzt brauchen wir Zeit, um das Ganze zu verändern.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD hat nun der Abgeordnete Herr Ganzke das Wort.

Hartmut Ganzke (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Besonders als Redner in der sogenannten zweiten Runde ist das immer so eine Sache mit dem, was man sagt. Mein Referent hat mich, bevor ich mich auf heute vorbereitet habe, gefragt, ob er mir eine Rede schreiben solle. Ich sagte ihm: Nein, Holger, brauchst du nicht, ich höre mir an, was meine Vorrednerinnen und Vorredner sagen und versuche, darauf zu reagieren.

Ich denke, es war gut, nicht mit einem starren Konzept in diese Rede zu gehen, sondern zuzuhören, was die Vorrednerinnen und Vorredner hier sagen. Das sollte man meines Erachtens in diesem Bereich immer machen.

Mein erster Vorredner, Herr Kollege Wagner, wendet sich in seinem dritten Satz an den Innenminister und sagt: Herr Innenminister, hier könnte man schon zusammenkommen. – Und wissen Sie was, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sind doch zusammenkommen, AfD und CDU und FDP, indem Sie nämlich diese Aktuelle Stunde beantragt haben.

(Widerspruch von der CDU und der FDP – Herbert Reul, Minister des Innern: Na, na, na!)

Was im Endeffekt dabei herausgekommen ist, sehen wir an den Reden. Das ist genau der Punkt. Ich will sagen ...

(Beifall von der SPD – Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Unverschämtheit!)

– Das ist nicht unverschämt, das ist doch nur eine Feststellung, dass zwei Beantragungen von Aktuellen Stunden – einmal seitens der AfD, einmal seitens der CDU und der FDP – auf der Tagesordnung stehen. Wir haben uns die Reden angehört.

Die zweite Anmerkung. Ich habe gezählt: Es hat 45 Sekunden gebraucht, Herr Kollege Wagner, bis Sie gesagt haben, das Problem der Migration bedinge die Clankriminalität. Und weitere 45 Sekunden hat es gebraucht, bis Sie gesagt haben: Auch schon in den 70er-Jahren kamen angebliche Flüchtlinge und Asylbewerber hierher, und deshalb haben wir das Problem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, merken Sie denn nicht, dass Sie hier immer wieder dieselben Sachen sagen und dass das den Leuten nicht nur zum Hals raushängt,

(Markus Wagner [AfD]: Wenn es halt so ist, dann muss man es so sagen! Das ist Ihr Problem!)

sondern Sie auch demaskiert mit den Anträgen, die Sie hier stellen?

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Panske, Sie haben gerade eine Rede gehalten und gesagt – ich habe es gehört und zitiere es jetzt wortwörtlich –: Jetzt sind wir knallhart. Jetzt räumen wir auf. Jetzt haben wir 100 % Rechtsstaat. Jetzt gibt es null Toleranz. Das jahrelange Verharmlosen und Wegschauen hat ein Ende.

Wissen Sie was? – Bei solchen Aussagen stelle ich mir Fragen. Was war denn vorher für ein Rechtsstaat? Ich frage Sie ganz konkret: Hatten wir 70 % Rechtsstaat? Hatten wir 80 % Rechtsstaat?

(Gregor Golland [CDU]: Bei Innenminister Jäger 50:50!)

Hatten wir 50 % Rechtsstaat, oder gab es in der Zeit zwischen 2005 und 2010 unter Innenminister Wolf und Ministerpräsident Rüttgers nur 60 % Rechtsstaat? – Das sind doch die Fragen, wenn Sie solche Argumente bringen.

(Beifall von der SPD)

Das sind doch die Eindrücke, die Sie mit solchen Dingen bei den Menschen im Lande erwecken.

Eins will ich Ihnen ganz klar sagen: Sie werden die SPD hier im Lande immer an Ihrer Seite haben, wenn Sie von einer ganz konkreten Nulltoleranzstrategie sprechen; denn ich meine, dass es genau dasselbe ist, was Herr Innenminister Reul in einem Vorort zu dem Projekt „Kurve kriegen“ auch sagt, und zwar zu der sogenannten Nulltoleranzstrategie.

Er sagt – Zitat –:

„... die Entwicklung besonders kriminalitätsgefährdeter Kinder und junger Jugendlicher zu ‚Intensivtätern‘ frühestmöglich zu erkennen ..., um so die Anzahl der von ihnen begangenen rechtswidrigen Straftaten und damit auch die Anzahl ihrer Opfer auf ‚Null‘ zu reduzieren bzw. sehr deutlich zu verringern.“

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine Nulltoleranzstrategie, die auch in diesem Lande eine überparteiliche Unterstützung erfährt, nämlich dass wir null Toleranz und null Opfer haben wollen. Das ist doch genau der Punkt, den wir als SPD haben wollen, Herr Kollege Panske, aber nicht immer mit diesen Reden.

(Beifall von der SPD)

Ich komme jetzt zum Kollegen Brockmeier, der uns gerade in der ihm eigenen Art mitgeteilt hat: Wir wollen jetzt endlich Folgendes machen. Wir wollen von der falschen politischen Korrektheit endlich wieder abgehen. Das war ein Zitat von Ihnen, Herr Kollege Brockmeier. Das heißt – ein weiteres Zitat –, wir wollen keinen Zentimeter weichen gegenüber diesen Clans.

Diese Rede ist jetzt bekannt. Ihre neu gewählte Generalsekretärin, Kollegin Teuteberg, hat am Dienstag gegenüber „dpa“ etwas verkündet, das sie, so denke ich, auch Ihnen sagen wird, wenn sie diese Rede liest. Sie hat dies in Bezug auf Bundesinnenminister Seehofer gesagt, der mit den Länderkollegen, auch mit dem hiesigen Innenminister, die Bund-Länder-Initiative zur Bekämpfung der Clan-Kriminalität „BLICK“ vorgestellt hat. – Zitat:

„Da ist viel Symbolpolitik dabei. Da ist vieles unausgegoren und dient erst mal der Publicity, aber nicht unbedingt der rechtsstaatlichen Handlungsfähigkeit.“

Das ist genau das, was die Kollegin Teuteberg zu Herrn Innenminister Seehofer gesagt hat, und genau das können wir zur Anmeldung dieser Aktuellen Stunden durch die Fraktionen, die sie angemeldet haben, sagen. Das ist genau der Punkt.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte aber auch auf den Innenminister selber eingehen. Es ist meines Erachtens wichtig, dass man auch die Sachen mitteilt, die der Innenminister sagt oder in der Vergangenheit gesagt hat, indem man sich nicht nur ein Zitat heraussucht, sondern Zitate seiner Äußerungen in unterschiedlichsten Situationen.

Als er eine Kampagne gegen die Unfälle im Straßenverkehr herausgebracht hat, hat er gesagt – und ich finde, das ist ein sehr gutes Zitat unseres nordrhein-westfälischen Innenministers –: „Wir brauchen neben

der Polizei auch andere Botschafter.“ – Dazu können wir nichts anderes sagen; wir unterstützen das.

Zweitens ein Zitat zu einer Situation, in der er sich mit der Bekämpfung des Islamismus und der Aussteigerprogramme beschäftigt hat: „Mit der Präventionsarbeit versuchen wir, eine Verhaltensänderung zu bewirken.“ – Dem kann man nichts hinzufügen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Drittes Zitat: zur Prävention. Dazu gehe ich auf die Ausführungen des Kollegen Panske ein, in denen es – ich habe es mir notiert – um Prävention und Forschung ging. Das haben Sie einmal zitiert. Leider haben Sie auch dreimal zitiert: das jahrelange Verharmlosen und Wegschauen.

Jetzt Innenminister Reul:

„Prävention ist eine wichtige Maßnahme, um Kriminalität zu verhindern.“

„Wir haben gelernt, dass gerade bei jugendlichen Mehrfachstraftätern das Elternhaus eher mitspielt, wenn die Polizei gezielte Präventionsmaßnahmen durchführt, aber auch Sozialpädagogen und die entsprechenden Einrichtungen vor Ort muss man im Anschluss mitnehmen, um sich um die Jugendlichen zu kümmern.“

Das war am 22.06.2018 ein Interview Ihres Innenministers mit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten doch überparteilich im Sinne Nordrhein-Westfalens diskutieren. Aber wenn wir derart diskutieren, wie Sie es in dieser Aktuellen Stunde tun, dann kommen wir nicht zueinander. Das merken auch die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Golland das Wort.

Gregor Golland (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wolf, wer ernsthaft Berlin als Beispiel für die innere Sicherheit anführt,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

sollte mal in den Görlitzer Park gehen, wo Standzonen für Dealer eingerichtet werden – das muss man sich mal überlegen! Berlin ist im kriminalistischen Sinne eine Failed City, eine gefallene Stadt; da möchten Sie nicht unterwegs sein.

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD – Sven Wolf [SPD]: Fragen Sie mal Ihren CDU-Parteifreund, der dort lange Innensenator war!)

Zum Thema „Stigmatisierung“. Frau Schäffer, Sie haben es immer noch nicht verstanden. Ich war am Wochenende im Europawahlkampf unterwegs. Da kommt ein türkischer Mitbürger zu mir und sagt: Super, was Sie machen. Machen Sie weiter so. Sie müssen gegen diese Clans weiterhin konsequent vorgehen.

Wissen Sie auch warum? – Wir sollten das tun, damit man der übergroßen Mehrzahl der ausländischen Mitbürger, die sich rechtschaffen verhalten, nichts Schlechtes nachsagen kann, damit sie nicht in einen Topf geworfen werden. Man sollte differenzieren, und genau das tun wir.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sven Wolf [SPD]: Haben Sie einmal selbst mit den Leuten in Neukölln gesprochen, ob die das auch so sehen?)

Lesen Sie mal, was der Islamforscher Ghadban dazu gesagt hat, der inzwischen massiv bedroht wird. Sie haben das Kernprogramm dieser Clans, wie die ticken und denken, immer noch nicht verstanden.

(Monika Düker [GRÜNE]: Herr Golland weiß Bescheid!)

Sie leugnen es bis heute, Herr Ganzke, und werfen uns Publicity und Showveranstaltungen vor.

(Sven Wolf [SPD]: Das war das Zitat Ihrer Generalsekretärin! – Zuruf von Hartmut Ganzke [SPD])

Wissen Sie, das Schöne ist, dass Sie vor zwei Jahren genau dafür abgewählt worden sind.

(Beifall von der CDU und der FDP – Heike Gebhard [SPD]: Zugehört haben Sie nicht!)

Es hat genau zwei Jahre gedauert, bis das Lagebild Clankriminalität, das wir versprochen und mit unserem Koalitionspartner vereinbart haben, jetzt vorliegt.

(Michael Hübner [SPD]: Herr Wolf hat Ihnen bereits gesagt, wann Ihnen das klar geworden ist: 2016! – Unruhe)

Damit ist eine Forderung umgesetzt worden, die wir schon jahrelang unter Rot-Grün gestellt haben. In Kleinen Anfragen und in den Sitzungen des Innenausschusses in der letzten Legislaturperiode haben ich und andere mehrfach auf das Problem der kriminellen Strukturen,

(Unruhe)

insbesondere in verschiedenen Großstädten in Nordrhein Westfalen, hingewiesen, einen Antrag der CDU-Landtagsfraktion für ein Lagebild Clankriminalität initiiert und die Forderung auch im Plenum bekräftigt.

(Unruhe – Glocke)

Jetzt wird die erschreckende Dimension dieser lange ignorierten Parallelstrukturen offensichtlich. Die frühere rot-grüne Landesregierung hat dieses Thema aus politischer Korrektheit totgeschwiegen nach dem Motto „weil nicht sein kann, was nicht sein darf“, so wie auch schon bei der Kölner Silvesternacht geschehen.

(Beifall von der CDU)

Es wurde von Einzelfällen gesprochen, es wurden Tatsachen geleugnet oder schöneredet, und die ehrlichen, rechtschaffenen Bürger wurden schutzlos dem immer dreisteren Auftreten und Machtanspruch der Clans ausgeliefert.

Ich habe den damaligen SPD-Innenminister Ralf Jäger häufig auf das Problem hingewiesen; es wurde aber hartnäckig geleugnet. Statt multikultureller Folklore

(Monika Düker [GRÜNE]: Oh, nee!)

erleben wir in diesen Fällen das totale Scheitern von Integration, Frau Schäffer, die Ablehnung, gar Verachtung des Landes und seines Rechtssystems, welches diesen Familien in den 80er-Jahren Aufnahme und Unterstützung geboten hat.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Sie sind sich nicht zu schade, um falsch zu blinken!)

Diese hochkriminellen Clans betrachten Deutschland als Beuteland, die Mitmenschen als Opfer sowie Polizei und Justiz als schwach und wirkungslos. Sie beuten die Solidargemeinschaft durch die Sozialsysteme aus, stellen ihre eigenen Regeln auf und beanspruchen den öffentlichen Raum aggressiv und dominant für sich. Das muss sich und das wird sich ändern.

(Beifall von der CDU)

Politik sollte immer mit der Betrachtung der Realität beginnen, statt mit naiver Romantik und unrealistischen Wunschvorstellungen. Das Lagebild beschreibt die Realität prägnant und klar.

Und das ist nur das Hellfeld. Im Hinblick auf das Dunkelfeld ist es sicherlich noch viel schlimmer. Es ist offensichtlich, dass die Notwendigkeit zum Handeln dringend geboten ist. Die Probleme sind unübersehbar.

Das spürt inzwischen auch die SPD in ihren einstigen Ruhrgebietshochburgen ganz deutlich: Die Wähler wenden sich ab, weil die selbsternannten Kümmerer sie nicht mehr ernst nehmen. Stattdessen gewinnen Radikale und Populisten gerade dort hinzu, wo Politik angstvoll wegschaut.

Es ist unsere Aufgabe, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen kriminelle Familienclans vorzugehen. Das tun wir; dafür haben uns die Bürgerinnen und Bürger gewählt.

Die Menschen erwarten von uns zu Recht, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Dafür brauchen wir ein ungeschminktes und transparentes Lagebild. Das ist aber erst der Anfang eines langen und schwierigen Kampfes gegen dieses Phänomen.

Jetzt müssen die richtigen Schlüsse gezogen werden. Wir benötigen eine koordinierte gesellschaftliche Gesamtstrategie, eine Kooperation etwa zwischen Sicherheitsbehörden, Sozialbehörden und auch Bildungseinrichtungen, um gegen diese Bedrohung des Rechtsstaats entschlossen, konsequent und mit null Toleranz vorzugehen.

Dazu gehört, den Clans auf die Füße zu treten, sie permanent unter Druck zu setzen – bei kleinen Vergehen und Ordnungswidrigkeiten angefangen, bis hin zu schweren Verbrechen wie Mord und Totschlag.

Die Strategie der Nadelstiche muss wehtun, wenn sie wirken soll. Und sie wirkt; das hat der Innenminister gerade ausgeführt: Die Clans werden in ihren Geschäften gestört, sind zunehmend nervös und reagieren aggressiv auf Razzien und Ermittlungen.

Die Polizei greift so entschlossen durch wie noch nie zuvor; davon konnte ich mich auch selbst bei verschiedenen Einsätzen überzeugen. Die Beamten spüren die personelle, materielle und gesetzgeberische Unterstützung durch die CDU/FDP-Landesregierung.

Vor allem aber spüren sie den politischen Rückenwind: Endlich werden Probleme nicht mehr weggelogen, sondern benannt. Endlich wird ihnen der Rücken gestärkt, statt ihnen in den Rücken zu treten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was macht die SPD weiterhin? Ich zitiere aus einem Interview in der „WZ“ vom 15.2.2019 mit Thomas Kutschaty unter anderem zur Bekämpfung von Clankriminalität durch unseren Innenminister Herbert Reul; Zitat Kutschaty: „Man hat den Eindruck, Herr Reul macht jedes Wochenende, an dem er kein Kegeln hat, jetzt eine öffentlich wirksame Razzia.“

Da kann ich nur sagen: Wie gut, dass Herbert Reul so selten zum Kegeln geht; dann kann er sich wenigstens konsequent um die Bekämpfung der Clankriminalität kümmern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nordrhein-Westfalen ist erstmals Vorreiter bei der inneren Sicherheit.

Andere ziehen nach und unterstützen unseren richtigen Kurs. Bundesinnenminister Horst Seehofer gründet die Bund-Länder-Initiative „BLICK“ zur Erfassung und Bekämpfung krimineller Großfamilien. Das BKA wird in diesem Bereich deutlich verstärkt. Alle

Sicherheitsbehörden in Deutschland sind aufgefordert, den Kampf gegen diese Clans aufzunehmen, zu koordinieren und entschlossen zu führen.

Die Clans sind eine Gefahr für unsere offene Gesellschaft, den Rechtsstaat und das demokratische Gemeinwesen. Deswegen müssen wir über effektive und effiziente Mittel, Methoden und Gesetze nachdenken und sie durchsetzen.

Innerbehördlicher Datenabgleich, spezielle Ermittlungskommissionen, Schwerpunktstaatsanwaltschaften, eine weitergehende Beweislastumkehr und Vermögensabschöpfung, wie sie in Italien beim Kampf gegen die Mafia erfolgreich ist, Aussteigerprogramme, konsequente Strafverfolgung und, wo möglich, Abschiebungen in das Heimatland gehören dazu.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Golland, die Redezeit.

Gregor Golland (CDU): Meine Damen und Herren, das erfordert – damit komme ich zum Schluss – von allen Beteiligten Mut, Einsatz und die volle politische Unterstützung.

Lieber Herbert,

(Lachen von der SPD)

mach bitte weiter so – die Erfolge geben dir recht –, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen; denn diesen Kampf darf unser Staat, dürfen die Demokraten nicht verlieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Das hätten Sie aber beim Kegeln klären können! – Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Golland. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch einmal Frau Kollegin Schäffer das Wort.

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Golland, weil Sie das gerade wieder gemacht haben, will ich noch einmal darauf hinweisen, dass Sie hier Legendenbildung betreiben, und das tun Sie wissentlich.

Eben habe ich Ihnen das Zitat aus dem Lagebild vorgelesen.

(Verena Schäffer [GRÜNE] hält ein Heft hoch.)

Lesen Sie den Bericht selber noch mal. Das wäre für diese Debatte meiner Meinung nach ganz gut.

Ich will dazu allerdings noch etwas anderes sagen. Nicht nur dieses Zitat, dass die Kriminalhauptstellen seit Jahren an dem Thema dran seien, steht darin,

sondern auch die Grundlagenstudie des LKA. Diese hat im Jahr 2016 unter Rot-Grün begonnen und bildet die Grundlage für diesen Bericht. Vielleicht nehmen Sie auch das noch mal zur Kenntnis.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Außerdem möchte ich den Blick nach Berlin richten – nicht auf die Stadt, sondern nach Berlin als Hauptstadt. Die CDU regiert dort seit zwölf Jahren, und seit zwölf Jahren sitzt ein CDU/CSU-Parteimensch im Innenministerium und ist Innenminister. Da frage ich mich: Warum ist da eigentlich seit zwölf Jahren nichts passiert? Komisch!

(Beifall von den GRÜNEN – Beifall von der SPD)

So viel zur Frage, ob etwas passiert oder nicht.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Herr Golland, im Übrigen werden auch wir an Wahlkampfständen angesprochen, reden aber offenbar mit anderen Menschen.

Eins ist mir aber noch wichtig, und ich möchte die Debatte da versachlichen. Was ich an der Veranstaltung des Innenministeriums im Rahmen der Ruhrkonferenz in Essen spannend fand, waren die Vorträge.

Ich habe da sehr genau zugehört und fand einen Aspekt wirklich interessant, der meiner Meinung nach mit in diese Debatte gehört. Sie haben das Thema „Ausländer“ angesprochen. Wenn man sich anschaut, wer eigentlich die Opfer und Leidtragenden dieser Kriminalität sind, dann stellt man fest, dass das häufig Minderheiten sind.

Ich finde, es gehört zur Debatte dazu, dass es, wenn es um die Bekämpfung dieser Kriminalität geht, auch darum geht, dass es nicht sein kann, dass andere Minderheiten ausgenommen und ihnen Immobilien zu übersteuerten Preisen vermietet werden. Insofern ist die Bekämpfung dieser Kriminalität auch unter dem Aspekt wichtig, dass sie auch dafür verantwortlich sind, dass Minderheiten in diesem Land gut leben können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Golland, eines können Sie nicht wegdiskutieren. Ich möchte Sie einladen, sich mal mit diesen Jugendlichen zusammensetzen und mit ihnen zu reden. Dass Sie sich vielleicht nicht vorstellen können, wie das ist, wenn man kontrolliert und stigmatisiert wird, das kann ich mir vorstellen. Diese Jugendlichen erleben das aber jeden Tag.

Ich stimme Ihnen sogar zu, dass wir ein integrationspolitisches Problem haben. Wir haben natürlich ein Problem, wenn eine große Bevölkerungsgruppe hier lebt, keinen festen Aufenthaltstitel hat und nur geduldet ist. Das kann man erst mal nicht leugnen.

Herr Golland, allerdings ist ein Problem die Frage, was wir mit den Leuten machen sollen. Sie würden wahrscheinlich am liebsten alle Leute abschieben. Aber wohin denn? – Das ist doch genau das Problem. Deshalb leben die Leute ja seit Generationen – in der zweiten oder dritten Generation – hier und sind hier geboren. Deshalb leben sie hier in Deutschland. Damit müssen wir doch umgehen. Wir brauchen doch eine Lösung für das Problem. Diese Lösung kann doch nur eine integrationspolitische Lösung sein.

Herr Golland, aber das wollen Sie aber nicht sehen. Sie setzten nur einseitig auf Repressionen. Das ist zu kurz gesprungen.

(Beifall von den GRÜNEN)

An diesem Bericht ist außerdem wichtig – also noch mal der Verweis auf den Bericht; lesen Sie ihn sich durch –, dass all diese Tabellen eindeutig zeigen, dass eine Vielzahl an Straftaten von wenigen Angehörigen einiger Familien begangen wird.

(Daniel Sieveke [CDU]: Gegen wen?)

Eine Zahl, die in dem Bericht steht, besagt, dass gut 6 % – 6 %! – der Tatverdächtigen für über 30 % der Straftaten verantwortlich sind. Das zeigt mir doch eins, nämlich dass man nicht alle Personen unter einen pauschalen Generalverdacht stellen kann – ganz im Gegenteil. Deshalb ist es so wichtig, gezielt vorzugehen und Straftaten zu bekämpfen. Genau das wollen wir als Grüne. Wir wollen, dass der Rechtsstaat handelt und Straftaten bekämpft. Aber hören Sie endlich auf mit dem pauschalen Generalverdacht! Das bringt uns überhaupt nichts. Wir brauchen beides – die Bekämpfung von Straftaten, aber auch Integrationspolitik.

(Daniel Sieveke [CDU]: Ihre moralischen Belehrungen! – Zuruf von Gregor Golland [CDU] – Gegenruf von Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist Ihnen ja völlig fremd!)

Also reden Sie nicht nur, handeln Sie endlich, damit wir der Probleme Herr werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU – Gegenrufe von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Pfeil.

(Unruhe – Glocke)

Dr. Werner Pfeil (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Schäffer, durch die bisherigen Äußerungen von FDP und CDU wird kein Pauschalverdacht geäußert, sondern ganz konkret auf den Lagebericht und damit

auch auf die darin aufgeführte Clankriminalität verwiesen. Dazu wird Stellung genommen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die AfD hat das natürlich wie immer pauschalisiert. Davon muss man sich komplett distanzieren. Aber letztendlich – Herr Wolf, da ist es doch egal, ob es das erste oder das zweite Lagebild ist – haben wir mit diesem Bericht die Informationen bekommen, die uns eigentlich seit Jahren fehlten.

(Sarah Philipp [SPD]: Nein, das ist nicht egal! – Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist nicht egal, wenn man das behauptet!)

Durch diesen Bericht können wir jetzt tätig werden, insbesondere in einem Bereich, den wir eben auch angesprochen haben: präventiv zu arbeiten.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Wir sind schon vorher aktiv geworden! – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

– Frau Paul, hören Sie mir doch zu! Um präventiv zu arbeiten, fehlten uns doch die Daten.

Uns wird in dem Lagebericht genau mitgeteilt, seit wann überhaupt Datenerhebungen durchgeführt werden. Um wissenschaftlich zu forschen, um weiter in diesem Bereich Hintergründe erforschen und präventive Maßnahmen ergreifen zu können, brauchen wir doch weitere Maßnahmen.

(Sven Wolf [SPD]: Und der zweite Schritt? Jetzt in die Zukunft gucken!)

Die ersten Maßnahmen sind doch schon ergriffen worden. Sie werden uns allen zustimmen, dass Verstöße gegen die freiheitliche Rechtsordnung, gegen Eigentum und körperliche Unversehrtheit und gegen die Freiheit des Einzelnen zu ahnden sind. Da sind wir alle dagegen.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte kämpfen dagegen an und sind tätig in diesem Bereich. Ja, Frau Schäffer, auch da wird die eine oder andere Untersuchung durchgeführt, die möglicherweise nicht zum Erfolg geführt hat. Aber sie soll doch die Clankriminalität, die hier Thema ist und bekämpft werden soll, bekämpfen.

Über die Definition im Lagebild, was Clankriminalität überhaupt ist, haben wir schon gesprochen. Ich möchte noch einmal auf zwei wesentliche Punkte hinweisen, was Alexander Brockmeier eben auch schon gemacht hat. Es ist psychologisch, was das Ganze zusammenhält: zum einen eine gemeinsame familiäre oder ethnische Herkunft derjenigen, die davon betroffen sind, und zum anderen eine fehlende Akzeptanz des deutschen Rechts- und Wertesystems. Diese beiden Punkte bilden die Grundpfeiler

dieser Clans, die sich ganz konkret gegen die deutsche Rechtsordnung richten. Dagegen muss man ankämpfen.

Die Frage, ob man hier im Kindesalter schon etwas unternehmen kann, beantwortet der Bericht im Moment nicht. Er kann sie auch noch nicht beantworten. Aber genau an dem Punkt müssen wir anknüpfen. Da fangen doch die präventiven Maßnahmen an, die hinterher unter anderem zur Auflösung der Clans führen können. Aber das sind nicht die einzigen Punkte. Weitere Punkte sind:

Das Austrocknen sämtlicher krimineller Geldströme; das wurde auch schon genannt. Das wird aber auch durchgeführt.

Konsequente ordnungsbehördliche und strafrechtliche Verfolgung jeder einzelnen Ordnungswidrigkeit ohne jegliche Toleranz. Das wurde schon benannt, es wird auch durchgeführt.

Erweiterung und Ausbau der interbehördlichen Fallkonferenzen sowie die Identifizierung und Bewertung jedes einzelnen Mitglieds der Clanfamilie gehören weiterhin dazu. Das ist der Punkt, über den bisher gar nicht gesprochen wurde. Das ist aber ein sehr wesentlicher Punkt, dass nämlich – Frau Schäffer hat es gesagt – ganz wenige Personen für sehr viele Straftaten verantwortlich sind. Und genau da müssen wir ansetzen.

(Sven Wolf [SPD]: 10 % Intensivtäter, das gab es auch vorher schon!)

Genau das gibt das Lagebild wieder, Herr Wolf. Da müssen wir weiter ansetzen. Bisher hatten wir da zu wenig. Wir müssen auch jetzt den Bereich weiter ausbauen. Das sehe ich nach dem Lagebild auf jeden Fall so.

Der Bundesinnenminister hat den erfolgreichen Kampf gegen die Clans in NRW beobachtet. Seit einiger Zeit befasst sich auch die Ständige Konferenz der Innenminister und Innensenatoren der Länder mit diesem Thema. Der Bundesinnenminister hat nunmehr erklärt, Clankriminalität zur Chefsache machen zu wollen. Es ist unsere Aufgabe, dass wir alle gemeinsam das Projekt angehen und bei konsequenter Bekämpfung der Clanstrukturen hier in NRW und auch im ganzen Bundesgebiet klarmachen: Nicht jeder Clanangehörige ist kriminell. Aber wer kriminell ist, den müssen wir erwischen, und den erwischen wir auch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Sache ist noch besonders wichtig. Ich habe es eben schon einmal gesagt. Es geht hier nicht allein um das Gewaltmonopol des Staates und die Bekämpfung von Kriminalität – nein, es geht um mehr. Es geht auch darum, Betroffenen zu helfen. In diese Clanstrukturen werden Kinder geboren und wachsen dort auf, die von Anfang an kaum eine Chance haben, sich

außerhalb des Familienclans ein eigenes Leben aufzubauen. Und genau da müssen wir ansetzen, und genau da fehlen uns im Moment die Mittel, die Informationen und auch das Wissen, wie wir da reinkommen. Deswegen müssen wir mehr Wissen erlangen und in diesem Bereich forschen.

Die Innen- und Gesellschaftspolitik der NRW-Koalition ist so ausgerichtet, dass Probleme offen benannt werden, konsequent angegangen und nachhaltig gelöst werden. Mit diesem Lagebild sind wir genau dabei. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Pfeil. – Für die AfD-Fraktion hat noch einmal Herr Kollege Wagner das Wort.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hab mir gerade überlegt: Bereitest du jetzt eine zweite Rede vor, oder machst du das einfach reaktiv wie Kollege Ganzke? Zwei Dumme, ein Gedanke – das haben wir richtig gemacht.

(Frank Müller [SPD]: Herr Ganzke ist schon sehr klug!)

Herr Panske, Sie haben in Ihrer Rede darauf hingewiesen, dass die Clankriminalität nicht etwa 2015 vom Himmel gefallen sei. Ja, da haben Sie recht. Das macht die Sache aber nicht besser. Denn die kriminellen Clanstrukturen haben sich bereits vor 30 Jahren etabliert. In 30 Jahren haben die in dieser Zeit verantwortlichen Parteien hier in Deutschland – CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen – nicht viel mehr getan als wegzuhören und wegzusehen. Das ist das Problem, mit dem wir es heute zu tun haben.

(Beifall von der AfD)

Wenn ich vorhin vom Jahre 2015 gesprochen habe, dann hat das einen sehr guten Grund. Denn wir sind jetzt dabei, die gleichen Fehler zu machen, die wir vor 30 Jahren gemacht haben.

Im Rahmen der Zuwanderungswelle seit 2015 haben die kriminellen Libanesen-Clans junge Migranten als Drogendealer verpflichtet, die jetzt wiederum das Geschäft auf eigene Rechnung machen, um höhere Gewinne zu erzielen. Und so entstehen bereits jetzt neue Clanstrukturen wie die „Schwarze Axt“ aus Nigeria oder wie „Al-Salam-313“, eine schiitisch-islamistische Gruppierung, die ebenfalls in der Clankriminalität tätig ist. Das sind Strukturen, die sich seit 2015 langsam etablieren.

Wenn wir heute wiederum aus politischer Korrektheit heraus diese Etablierung krimineller Clanstrukturen,

die seit 2015 stattfindet, ausblenden, dann machen wir nichts, aber auch gar nichts besser, als Sie es vor 30 Jahren getan haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Lieber Kollege Wolf, es ist wirklich ein starkes Stück, Berlin als Synonym für die erfolgreiche Bekämpfung der Clankriminalität hinzustellen. Was ist denn in Berlin passiert? – Da hat man tatsächlich einen Clangipfel abgehalten. Wissen Sie, wann? – Im Herbst 2018, 29 Jahre nachdem sich vor allen Dingen in Berlin diese Strukturen verfestigt haben.

In Berlin bestimmen die Clans nämlich schon längst das Straßenbild von Neukölln, von Kreuzberg und von Wedding. Und wenn wir nicht aufpassen, Herr Wolf, dann bestimmen diese Gruppierungen demnächst auch das Straßenbild von Essen, Duisburg, Dortmund und Gelsenkirchen, liebe Freunde – nicht „liebe Freunde“, besser „meine Damen und Herren“.

(Beifall von der AfD)

Herr Wolf, die „Berliner Zeitung“ schreibt am 19.07.2018: Die Clans haben sich die Straßen in Berlin untereinander aufgeteilt. – Die „FAZ“ schreibt am 24.04.2019: „Arabische Clans: Parallelgesellschaft mitten in Berlin“. – Und dann wollen Sie uns erzählen, dass das Berliner Vorbild erfolgreich sei? Nein, das ist es eben nicht.

Frau Schäffer Sie versuchen uns hier zu erzählen, dass Leute auch deswegen straffällig werden, weil sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erhalten und sich daher nicht als angenommen ansehen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das hat etwas mit Perspektivlosigkeit zu tun!)

Also entschuldigen Sie: 36 % der Tatverdächtigen im kriminellen Clanmilieu haben die deutsche Staatsangehörigkeit. Das deutet nicht etwa darauf hin, dass die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit die Krönung der eigenen Integrationsleistung ist, sondern das deutet darauf hin, dass wir die deutsche Staatsangehörigkeit viel zu leichtfertig verleihen.

(Beifall von der AfD – Josefine Paul [GRÜNE]: Sie haben nicht zugehört! Darum geht es überhaupt nicht!)

Und wenn Frau Schäffer sagt, die rot-grüne Landesregierung sei schon lange an dem Thema „Clankriminalität“ dran gewesen, dann zitiere ich mal die „WAZ“ vom 17.11.2015. Die Überschrift lautete: „NRW-Innenminister – keine Lagebilder über kriminelle Clans“. Dort heißt es:

„Gibt es in NRW Zonen, die von Familienclans beherrscht werden? Der Innenminister“

– damals Ralf Jäger von der SPD –

„winkt ab.“

Und weiter heißt es von Ralf Jäger:

„Aus polizeilicher Sicht verbiete sich eine solche Kategorisierung.“

– Von wegen, man habe da schon etwas gegen Clankriminalität gesagt! Das Schöne an solchen Artikeln ist: Die werden auch kommentiert. Und ein Kommentator sagt:

„Herr Jäger erinnert stark an das Bild der drei Affen: Er sieht nichts, er hört nichts, und den dritten Affen hat er aber leider nicht verstanden, er redet zu viel...“

Da muss ich Ihnen sagen: Das gilt bis heute für Teile der linken Seite dieses Hauses. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Kollege Wagner. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Somit können wir die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, der Aktuellen Stunde, schließen.

Der Präsident hat mich gebeten, noch zwei **nichtförmliche Rügen** auszusprechen, bevor ich Tagesordnungspunkt 2 aufrufe.

Die beiden nichtförmlichen Rügen werden im Nachgang zu Tagesordnungspunkt 3 der gestrigen Sitzung ausgesprochen. Sie betreffen Herrn Abgeordneten Christian Dahm von der Fraktion der SPD und Herrn Abgeordneten Helmut Seifen von der Fraktion der AfD.

Herr Seifen hat sich durch eine Äußerung während seiner Rede zu Tagesordnungspunkt 3 „2019 das Jubiläumsjahr der Demokratie: Demokratieverständnis fördern – dauerhafte Aufgabe in der parlamentarischen Demokratie“ unparlamentarisch verhalten,

(Rainer Schmelzter [SPD]: Das war mehrfach der Fall!)

indem er gegenüber Herrn Kutschaty eine unparlamentarische Äußerung getätigt hat.

(Helmut Seifen [AfD]: Verstehe ich nicht!)

Auch Herr Dahm hat sich durch einen Zwischenruf während einer Rede des Abgeordneten Wagner zu demselben Tagesordnungspunkt unparlamentarisch verhalten, indem er gegenüber Herrn Wagner eine unparlamentarische Äußerung getätigt hat.

In beiden Fällen ist das der Würde des Parlaments und damit des Hohen Hauses nicht angemessen. Sie wissen, dass wir in diesen Fällen die getätigten Äußerungen nicht wiederholen, aber Herrn Kollegen Seifen und Herrn Kollegen Dahm bitte und ermahne ich, derartige Äußerungen künftig zu unterlassen.

Ich rufe auf:

2 Starke Denkmalpflege – starke Heimat! Eigentümer beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3807

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Heimat, Kommunales,
Bauen und Wohnen
Drucksache 17/6290

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die Fraktion der CDU – eine der beiden antragstellenden Fraktionen – Herr Kollege Schruppf das Wort.

Fabian Schruppf (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Nur wer weiß, woher er kommt, weiß, wohin er geht“, hat der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland Theodor Heuss einmal gesagt.

Wenn wir uns nun vor Augen führen, dass sich in unserem Bundesland mehr als 85.000 Bau- und Bodendenkmäler aus unterschiedlichen Epochen befinden, wird deutlich, auf welch reiches kulturelles Erbe wir in Nordrhein-Westfalen zurückblicken können.

Diese Denkmäler und gewachsenen historischen Strukturen, die alle für sich ihre eigene Geschichte über Menschen aus einer anderen Zeit erzählen, gilt es zu wahren und zu schützen. Das ist unsere Aufgabe als Politik, und dieser Verantwortung stellen wir uns als NRW-Koalition.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Doch Denkmalschutz und Denkmalpflege stehen heute vor ganz besonderen Herausforderungen. So stellt beispielsweise Barrierefreiheit im Denkmal eine hochkomplexe Aufgabe für Architekten, Landschaftsplaner, Denkmalbehörden und nicht zuletzt für die Eigentümer dar. Darüber hinaus müssen auch Aspekte des Umweltschutzes, energetische Sanierungen, die Nutzung regenerativer Energien und Brandschutz besser in Einklang mit den Zielen des Denkmalschutzes gebracht werden.

Auch müssen unter Berücksichtigung des jeweiligen Denkmalcharakters – hier komme ich gerne auf das eingangs erwähnte Zitat von Theodor Heuss zurück – neue Nutzungsmöglichkeiten von Denkmälern leichter möglich werden.

Denkmäler sollen dabei weiterhin Zeitzeugen sein, den Menschen ein Heimatgefühl geben und erzäh-

len, was war und woher wir kommen. Sie leisten somit einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Denkmäler müssen weiter in die Mitte der Gesellschaft gerückt werden und nachhaltige Perspektiven bieten – als Wohnorte, sakrale Räume, als Orte für Kunst und Kultur oder aber auch für eine wirtschaftliche und gewerbliche Nutzung.

Die Erhaltung von gewachsenen historischen Strukturen als Kernaufgabe von Denkmalschutz und Denkmalpflege muss demnach mit der jeweiligen individuellen Geschichte in neue Nutzungsmöglichkeiten eingebunden werden. Das gilt insbesondere, wenn es darum geht, sie für die Menschen erlebbar zu machen.

Kurzum: Wir müssen die Denkmäler in unserem Land fit für das 21. Jahrhundert machen.

(Beifall von der CDU)

Die NRW-Koalition hat mit der Erhöhung der Mittel für die Denkmalförderung auf 12 Millionen Euro bereits ein wichtiges Fundament dafür geschaffen. Wir haben so dem bürgerschaftlichen Engagement in der Denkmalpflege die ihm angemessene Unterstützung und Wertschätzung zukommen lassen. Private und kirchliche Eigentümer leisten nämlich einen herausragenden Beitrag zum Erhalt der Baudenkmäler. Daher ist ihr ehrenamtliches Engagement in diesem Zusammenhang schlichtweg unverzichtbar.

Über 64.000 Baudenkmäler, also mehr als zwei Drittel aller Bau- und Bodendenkmäler in Nordrhein-Westfalen, befinden sich in privatem Eigentum. Über 7.000 Denkmäler sind in kirchlicher Hand. Wir wollen und werden diese Eigentümer beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern mit allen Kräften unterstützen. Doch dazu bedarf es eines zeitgemäßen rechtlichen Rahmens.

Erfreulicherweise – deshalb möchte ich mich hier ausdrücklich bei allen mitberatenden Akteuren bedanken – gab es nach konstruktiven Beratungen im Ausschuss hierzu weitestgehend Konsens, was diese formulierten Ziele betrifft. Auch bei der Diskussion des Gutachtens zur Evaluation des Denkmalschutzgesetzes und bei der Anhörung vom 15. März dieses Jahres wurde deutlich, dass die denkmalrechtlichen Vorschriften in Nordrhein-Westfalen in vielerlei Hinsicht Novellierungsbedarf haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um die Herausforderungen und vielfältigen Aufgaben im Denkmalschutz und der Denkmalpflege zu bewältigen, sollen insbesondere die Unteren Denkmalschutzbehörden gestärkt werden. Wir wollen ihnen die richtigen Werkzeuge an die Hand geben, damit sie gemeinsam mit den Eigentümerinnen und Eigentümern tragfähige und zukunftsfeste Lösungen für den Erhalt und die Nutzung von Denkmälern erarbeiten können.

Unser aller Ziel muss es dabei sein, die rechtlichen Rahmenbedingungen so auszugestalten und zu verbessern, dass sie ebenso wie die Bausubstanz unserer Denkmäler den heutigen Herausforderungen standhalten können.

Ich bitte Sie heute, durch Zustimmung zu unserem Antrag ein starkes Zeichen in diesem Sinne zu setzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schrupf. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Becker.

Andreas Becker (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei dem Titel „Starke Denkmalpflege – starke Heimat!“ ist man zunächst beeindruckt und gespannt, was inhaltlich kommen wird. Aber das ist, wie schon im Ausschuss diskutiert und auch gerade gehört, nicht allzu viel.

Ihr Antrag enthält eine Seite Prosa, die mit Allgemeinplätzen bestückt ist. Dann folgt ein Beschluss, der unter anderem die Unteren Denkmalbehörden, also die Kommunen, fokussiert und darüber hinaus die Eigentümer von Denkmälern in den Blick nimmt. Sie wollen erreichen, dass Kommunen in Sachen Denkmalschutz von den jeweiligen Bezirksregierungen umfassend beraten werden können.

Ist das nicht jetzt schon der Fall? Oder wollen Sie diese Beratung personell und konzeptionell ausweiten? Wenn ja, wer soll das dann bezahlen? Das sind die wirklich interessanten Fragen zu Ihrem Antrag. Hierauf geben Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, aber keine Antwort. Mehr Geld, mehr Personal, andere Strukturen – das lässt Ihr Antrag nicht erkennen. Stattdessen erteilen Sie wieder einen Prüfauftrag ohne zeitliche Perspektive. Ihr Antrag bleibt unkonkret.

Das Einzige, das deutlich wird, ist, dass Sie die Eigentümer von Denkmälern dahin gehend stärken wollen, Veränderungen im Einklang mit dem Denkmalschutz vornehmen zu können, etwa in Richtung Barrierefreiheit, Brandschutz, Umweltschutz und Energieeffizienz.

Bei einem gesunden Grundvertrauen in Ihre Politik wären das ja hehre Ziele. Aber wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass es besser ist, auf der Hut zu sein, wenn die neoliberale Maschinerie anläuft.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Bleibt der Denkmalschutz dabei auf der Strecke? Müssen Denkmäler immer betriebswirtschaftlich erfolgreich nutzbar sein? Oder geht es beim Denkmalschutz auch um etwas anderes?

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Wie ist es mit der Rolle der Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger vor Ort, wenn Bezirksregierungen und Kommunen in einen intensiven Austausch treten? Werden diese einbezogen? Werden diese überflüssig? Wer soll die verstärkte Beratung der Denkmaleigentümer denn konkret erbringen? Und wer finanziert diesen Mehraufwand, der ja durchaus sinnvoll sein kann? Gibt es Konnexität? Bei Ihnen fällt der Vorhang, und alle Fragen bleiben offen.

Meiner Fraktion wäre es lieb gewesen, Sie würden mit klaren Antworten kommen, zum Beispiel auf die Frage, wie mit der Masse der Denkmäler in unserem Land – fast 90.000 – und mit den vielen Gebäuden aus den 60er- und 70er-Jahren, die auch denkmalfähig werden sollen, umzugehen ist.

Hilfreich wäre eine klare Aussage zur Stärkung der Unteren Denkmalbehörde, also der Kommune, gewesen,

(Fabian Schrupf [CDU]: Haben Sie eigentlich zugehört?)

was die demokratische Beteiligung vor Ort angeht.

Wer hat denn was zu sagen? Wer soll denn was zu sagen haben? Haben die Städte im Bereich der Denkmalpflege eigentlich den Einfluss, der ihnen stadtentwicklungspolitisch zukommen müsste? Was ist mit dem Denkmalrat beim Ministerium, der im Gesetz steht, aber nicht eingesetzt ist? Soll dieser abgeschafft werden? Oder soll er besetzt und als Schlichtungsinstrument bei Streitfällen genutzt werden?

Zu all dem liefert Ihr Antrag leider nichts,

(Beifall von der SPD)

außer natürlich Ihre übliche parlamentarische Grußformel dieser Landesregierung: Die Vorgängerregierung ist an allem schuld.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wie lange wollen Sie diese ausgelutschte Litanei denn noch weiter ins Land tragen? So langsam wird es Zeit, dass diese Regierung mit Rückblicken und der Suche nach Sündenböcken aufhört und den Blick nach vorne richtet und produktiv Politik für unser Gemeinwesen macht. Wir warten. – Insofern lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Paul das Wort.

Stephen Paul (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man wäre ja wirklich versucht, jetzt zu rufen: Herr Becker! Mensch – kein eigener Änderungsantrag?

Ein Denkmalpflegegesetz, eine Denkmalschutzgesetzgebung, die über Jahre und Jahrzehnte von Ihrer Partei und Ihrer Fraktion politisch gemacht ist, eine Situation, in der viele Denkmäler im Land gut erhalten und gepflegt werden wegen des Engagements der privaten Eigentümer, der kirchlichen Eigentümer, vieler Kommunen, die sich da viel Mühe machen,

(Beifall von der FDP und der CDU)

obwohl Sie vor Jahren die Zuschüsse für denkmalpflegerische Maßnahmen gestrichen und den Leuten in einer Niedrigzinsphase gesagt haben: „Wir geben euch verbilligte Kredite“ – Sie haben sich aus der Verantwortung gestohlen,

(Beifall von der FDP und der CDU)

hohe Auflagen, aber keine Hilfe –, und dann halten Sie, Herr Becker, hier so eine Rede, mit der Sie uns Fragen stellen, uns, die wir jetzt jahre- und jahrzehntelange Versäumnisse in der Denkmalpflege aufarbeiten und das Denkmalpflegerecht auf einen modernen, zeitgemäßen Stand bringen wollen.

Wir wollen Menschen, Vereinen und Kirchengemeinden helfen, die sich um diese Denkmäler als Eigentümer kümmern. Wir wollen ihnen helfen, mit diesen Denkmälern umzugehen, um sie, wie Fabian Schruppf gesagt hat, in eine gute Zukunft zu führen, damit Leben darin bleibt oder neues Leben hineinkommt.

Dabei wollen wir helfen. Das tun wir mit echten Zuschüssen für denkmalpflegerische Maßnahmen; denn damit kann man beispielsweise das Eigenkapital für eine Finanzierung bei der Bank stellen.

Sich hierhinzustellen – wenig konstruktiv, ohne eigene Vorschläge – und nur zu fragen, was wir genau vorhaben, das ist ein bisschen wenig für die größte Oppositionsfraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, und das nach all den jahre- und jahrzehntelangen Versäumnissen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denkmäler sind ganz wertvolle Schätze der Baukultur unseres Landes; der Art, wie unsere Ahnen, wie Generationen vor uns gelebt haben; bei den Kirchen oft auch Zeugnisse des Glaubens und der Frömmigkeit in unserem Lande. Denkmäler sind aber wegen des hohen Engagements der privaten Eigentümer, der Kirchengemeinden, der ehrenamtlichen Vereine oft auch Dankmale, wozu wir als Gesellschaft sagen können: Danke, dass ihr euch in den letzten Jahren so gut um diese Denkmäler gekümmert habt, obwohl es so wenig Hilfe von öffentlicher Seite gegeben hat. Herzlichen Dank dafür an dieser Stelle!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir wollen jetzt diese Denkmäler für die Zukunft fit machen. Das hat Fabian Schruppf sehr schön ge-

sagt; man kann es gar nicht besser formulieren, lieber Kollege Fabian Schruppf. Wir wollen dafür sorgen, dass Leben in diesen Häusern bleibt, dass sie barrierefrei gestaltet werden können, dass man sie energetisch sinnvoll sanieren kann, auch durch einen erleichterten Einsatz regenerativer Energien, und dass man sie vor allen Dingen wirtschaftlich nutzen kann.

Wir alle haben sicherlich einzelne Fälle vor Augen, wo das nach der jetzigen Rechtslage nicht funktioniert. Ich denke beispielsweise an einen extremen Fall in der Wittekindstadt Enger im Kreis Herford. Da steht ein schönes, altes Fachwerkhaus am Ortseingang, ganz ortsbildprägend. Das ist ein altes Haus, das durch einen Erbfall sogar in die Hand des Landes geraten ist.

Das Land findet aber schlicht und einfach keinen Käufer für diese Immobilie. Im Augenblick verfällt dieses schöne alte Haus, weil dort keine wirtschaftliche Nutzung dargestellt werden kann. Es ist mittlerweile ein Schandfleck, und das wird zu Recht kritisiert vom sozialdemokratischen Bürgermeister der Stadt und den Mitgliedern im Rat. Nach der jetzigen Rechtslage ist jedoch kein Käufer zu finden und auch keine wirtschaftliche Nutzung darstellbar.

Das ist ein Grund von vielen. Es gibt viele solcher Denkmäler in Nordrhein-Westfalen, die geradezu nach einer Modernisierung des Denkmalrechtes schreien. Wir haben den Ehrgeiz, diese Denkmäler nicht dem Verfall preiszugeben. Wir wollen hier im Landtag jedenfalls alles dafür tun und beschließen, sodass auch dort wieder neues Leben einzieht.

Das sind Beiträge, um unsere Heimat zu pflegen, unsere Ortsbilder zu schützen und durch die Pflege von Denkmälern auch einen Anpack zu geben, sich mit seinem Ort, seinem Dorf, seiner Stadt oder seinem Viertel wieder zu identifizieren, weil es dort schön ist, weil es dort gepflegt ist und weil dort überall Zeugen der Baukultur in unserem Ort, in unserer Nachbarschaft stehen.

Das ist unser Ehrgeiz, und daran arbeiten wir mit unserer Bauministerin Ina Scharrenbach. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Rimmel.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich zunächst für die intensive fachliche Debatte, die wir zusammen mit der Landesregierung, aber auch mit den Fraktionen und den eingeladenen

Expertinnen und Experten – beispielsweise zu den Ergebnissen des Gutachtens oder auch zu dem Antrag –, im Ausschuss geführt haben, herzlich bedanken.

Ich möchte Gemeinsamkeiten betonen, die wir festgestellt haben, insbesondere wenn es darum ging, die Fehlentscheidungen in der letzten Legislaturperiode – Unterstützung oder Nichtunterstützung der ehrenamtlichen Denkmalschützer – zu korrigieren. Da haben wir auch Ihre Vorschläge unterstützt. Insofern eignet sich das Thema meines Erachtens nicht für einen großen parteipolitischen Streit.

Nichtsdestotrotz werden wir uns enthalten, weil es einen entscheidenden Punkt gibt, der nicht im Antrag selbst begründet ist, sondern im Verfahren. Ein bisschen Kritik in Richtung Landesregierung muss schon sein; wir wollen ja den Spannungsbogen aufrecht erhalten.

Mich hat der Gedanke beschlichen, dass man jetzt einen solchen Antrag stellt, weil die notwendigen Veränderungen im Bereich des Denkmalschutzes nicht mit allererster Priorität angegangen werden. Ein Zeitraum ist jetzt genannt: 2020 will man das Gesetz novelliert bzw. Eckpunkte vorgelegt haben; so genau wissen wir das nicht.

Einige Fragen könnten schon jetzt unterhalb der gesetzlichen Ebene entschieden werden, beispielsweise der wichtige Aspekt, wie die Vielzahl der Gebäude aus der Nachkriegszeit konzeptionell erfasst werden soll. Da müssen wir nämlich aufpassen, dass nicht halbe Stadtteile unter Denkmalschutz gestellt werden. Hierfür braucht es ein Konzept, auf das wir uns verständigen, nach dem dann die Gebäude erfasst werden. Sonst ist das Kind in den Brunnen gefallen. So etwas könnte man schon heute miteinander klären. Da warten wir auf die Vorschläge der Landesregierung.

Wir könnten schon heute in einem schnellen Gesetzgebungsverfahren – ähnlich wie in Hessen – die Anforderungen, die sich durch die erneuerbaren Energien oder die energetische Sanierung ergeben, schnell regeln. Das wäre möglich.

Wir könnten schon heute auch eine Lösung dafür finden, wie wir die Unteren Denkmalbehörden am besten stärken. Hier besteht ein Konflikt der kommunalen Ansprüche, auf der untersten Ebene darüber entscheiden zu wollen. Gleichzeitig gibt es – gerade in kleinen und kleinsten Städten und Gemeinden – aber nicht das notwendige Fachpersonal, jedenfalls nicht in ausreichender Stärke. Dafür muss es eine Lösung geben. Fachliche Beratung ist das eine. Das andere ist möglicherweise eine zusammenfassende gemeindeübergreifende Regelung.

Ich will noch einen letzten Punkt ansprechen. Der Denkmalschutz wird oft der demokratischen Diskus-

sion entzogen, indem Gesetz und Fachlichkeit abschließend auf der administrativen Seite geregelt werden. Ich möchte darüber nachdenken wollen, wie wir an der einen oder anderen Stelle auf den unterschiedlichen Ebenen auch über die Ausgestaltung und die Entscheidung des Denkmalschutzes eine demokratische Diskussion führen können.

Ich erlebe das selbst, wenn es beispielsweise darum geht, Gebäude, die im „Tausendjährigen Reich“ errichtet worden sind, in irgendeiner Weise dem Denkmalschutz anheim zu stellen. Da stellt sich die Frage: Müssen wir das im erhaltenden Stil tun, oder gibt es auch andere Lösungen, um Erinnerungsorte, insbesondere die der Täter, für die Nachwelt offen zu halten?

Das alles sind Fragen, die man schon jetzt miteinander klären könnte. Deshalb atmet der Antrag ein wenig das zeitliche Überbrücken, bis diese Fragen endlich angegangen werden. Inhaltlich kann man wenig dagegen sagen, aber im Hinblick auf das Verfahren ist ein Fragezeichen zu setzen. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Beckamp.

Roger Beckamp* (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag ist in der Sache richtig; er ist jedenfalls nicht verkehrt. Er sagt nicht viel, er ist bleibt ziemlich allgemein.

Die Denkmäler des Landes und ihre Erhaltung haben sicherlich einen hohen Stellenwert für viele Menschen bei uns. Sie sind tagtäglich erlebbare Heimat. Deshalb ist es wichtig, dass die maßgebliche Gruppe der Eigentümer, die der privaten Eigentümer, bei Erhaltung und Nutzung unterstützt wird. Dabei ergeben sich viele Probleme, die die Eigentümer zu bewältigen haben. Sie müssen dabei unterstützt werden.

In dem Antrag selbst ist dafür denkbar wenig vorgesehen. Er bleibt ganz allgemein und spricht von rechtlichen Grundlagen, die überprüft werden müssen. Die Frage ist, wie die konkrete Umsetzung erfolgen soll. Mit Blick auf die Unteren Denkmalbehörden stellt sich die Frage, ob es wirklich sinnvoll ist, sie alle bei den Gemeinden anzusiedeln, oder ob es nicht sinnvoll wäre, sie eine Ebene höher anzusiedeln.

In diesem Zusammenhang stellen sich viele Fragen: Sind genügend Architekten und Handwerker vorhanden? Wie können diese gefunden und im Bereich Denkmalschutz unterstützt werden? Gibt es Ausbildungen in diesem Bereich? Ist die fachliche und personelle Ausstattung der Unteren Denkmalbehörden ausreichend? – All das hatten wir besprochen, aber

das findet keinerlei Niederschlag im Antrag. Insofern bleibt er leider sehr allgemein.

Interessant ist auch das, was Herr Remmel gerade ausgeführt hat, nämlich dass demokratische Entscheidungen über Denkmäler getroffen werden könnten. Das ist in der Tat ein sehr interessanter Gedanke, den wir sicherlich weiter verfolgen können. Ich komme aus Köln, und gerade dort gibt es in dieser Hinsicht viel Gesprächsbedarf.

Der Antrag ist in der Sache richtig. Wir stimmen zu und hoffen auf Konkretisierungen. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Beckamp. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schön, dass wir wieder einmal eine Denkmaldebatte führen; denn letztendlich sind Denkmäler die Wurzeln, aus denen Neues erwächst. Das ist das Besondere bei Denkmälern.

Gebäude – das ist das, was sichtbar ist. Wir haben knapp 7.000 Bodendenkmäler, die sehr oft gut verborgen sind. Sie legen Zeugnis ab über unsere Geschichte, über viele verschiedene Epochen, über die Geschichte unserer Regionen in Nordrhein-Westfalen. Sie sind immer wieder auch Orte der Identität und der Identifikation. Das ist das Spannende, wenn wir über Denkmäler reden.

Wir haben eines auch im Ausschuss deutlich gemacht. Lieber Herr Abgeordneter Becker, ich weiß nicht, ob Sie überhaupt bei der Ausschusssitzung dabei waren; aber Ihre Rede passte wenig zu der Debatte, die wir letzte Woche Freitag im Ausschuss geführt haben. Ihr Abgeordnetenkollege hat sich gänzlich anders eingelassen als Sie. Insofern gehe ich davon aus, dass das noch dem Neustart zu diesem Themenfeld bei Ihnen in der Fraktion geschuldet ist.

Vor diesem Hintergrund habe ich sehr wohl wahrgenommen, dass es das Interesse gibt, gemeinsam das historisch-kulturelle Erbe für Nordrhein-Westfalen und in den Regionen zu bewahren. Wir feiern im nächsten Jahr gemeinsam „40 Jahre Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen“. Das ist, wie ich finde, ein guter Zeitpunkt für die Landesregierung und für das Parlament, ein neues Denkmalschutzgesetz auf den Weg zu bringen.

Die Denkmäler – ob das das Feuerwehrmuseum in Isselhorst oder De Wette Telder in Emmerich am Rhein ist – sind immer Orte, um die sich Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland kümmern, die sie

sichtbar machen, die sie öffnen, die sie erlebbar machen. Sie nehmen Jung und Alt zu folgenden Fragen der Geschichte mit: Woher kommen wir? Warum ist es so, wie es ist? Wie gestalten wir daraus gemeinsam die Zukunft?

Lieber Herr Abgeordneter Remmel, wir haben Ihnen im Ausschuss auch deutlich gemacht, dass wir uns im Rahmen der Dienstbesprechungen, die seit vielen, vielen Jahren das erste Mal wieder in Nordrhein-Westfalen stattfinden, auch über die Frage der Nachkriegsgebäude austauschen und wie wir damit umgehen. Der erste Termin hat gestern stattgefunden. Das war ein sehr erfolgreiches Gespräch.

Ich darf Ihnen auch sagen, dass die neuen Förder Richtlinien, die zum 1. Juli 2019 in Kraft treten werden, zur Unterstützung der Unteren Denkmalbehörden die Erforschung und Präsentation von Denkmalen förderfähig machen, und zwar auch die Erstellung von Gutachten durch die Unteren Denkmalbehörden zu denkmalpflegerischen Einzelfragen. Das ist ein Beitrag in den veränderten Förderrichtlinien.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir haben über Bodendenkmäler gesprochen. Wir haben über Baudenkmäler gesprochen. Gestern haben wir noch ein ganz besonderes Denkmal feiern dürfen, nämlich 70 Jahre Grundgesetz – ein Denkmal der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen. Auch für diese gelebten Traditionen, die wir hier sichtbar machen, gilt, dass wir sie erhalten und schützen müssen. Das gilt für Baudenkmäler und für Bodendenkmäler; das gilt aber auch für die demokratischen Traditionen in unserem Land.

Ich glaube, dass wir in den vergangenen zwei Jahren alle miteinander die Erfahrung gemacht haben, was passiert, wenn man sich nicht ausreichend um die Denkmäler kümmert, im übertragenen Sinne auch um demokratische Traditionen. Deshalb sind wir uns in Nordrhein-Westfalen, einem Land zwischen Tradition und Moderne, unserer Vergangenheit mehr als bewusst und gestalten daraus gemeinsam Gegenwart und Zukunft.

So wird auch ein neues Denkmalschutzgesetz und all das, was damit zusammenhängt, ausgestaltet werden – in dem Wissen, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gemeinsam zu gestalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen empfiehlt

in Drucksache 17/6290, den Antrag Drucksache 17/3807 unverändert anzunehmen. Wir stimmen jetzt über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP und die AfD-Fraktion sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Langguth und Neppe. Wer stimmt dagegen? – Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? – Wie angekündigt, sind die Enthaltungen bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herzlichen Dank für die Abstimmung. Mit dem vorgelegten Abstimmungsergebnis ist der **Antrag Drucksache 17/3807 angenommen** worden.

Ich rufe auf:

3 Brexit – Landesregierung muss endlich für den Wissenschafts- und Forschungsstandort NRW tätig werden und Forschungsk Kooperationen aktiv fördern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6256

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion der SPD Herr Kollege Bell das Wort.

Dietmar Bell^{*)} (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir erleben tagtäglich, wie sich die Situation in Großbritannien weiter zuspitzt. Wer die Nachrichten heute Morgen verfolgt, hat mitbekommen, dass Theresa May ihren Rücktritt angeboten hat, auch von den Ämtern als Parteivorsitzende.

Ein geordneter Brexit wird, je länger das parlamentarische Theater in England anhält, immer unwahrscheinlicher. Wir wissen, wie groß die Bedeutung des Wissenschaftsstandorts Großbritannien auch aus europäischer Sicht ist.

In Großbritannien verbindet sich eine hohe Exzellenz mit international sichtbaren Hochschulen. Eine Kooperation ist auch für andere europäische Hochschulen und Forschungsinstitute wichtig, um weiterhin international sichtbar und erlebbar zu sein.

Großbritannien ist europäischer Spitzenreiter bei der Inanspruchnahme europäischer Förderungsgelder im universitären Bereich. Bis zu 15 % der Grundfinanzierungsmittel der britischen Hochschulen basieren auf europäischen Forschungsmitteln. Deswegen ist die Bedeutung für die britischen Hochschulen, auch weiterhin europäische Forschungsmittel in Anspruch nehmen zu können, extrem hoch.

Wir haben in der Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 13. Februar dieses Jahres das Ministerium gefragt, inwieweit es Aussagen zu Forschungsprojekten, Kooperationen und Ähnlichem machen könne und inwieweit der Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen von einem unregulierten Brexit betroffen wäre. Die Aussage war – ich überspitze es jetzt mal salopp –: Wir wissen nichts, und eigentlich ist es auch nicht wirklich relevant. Wir haben mit den Hochschulen gesprochen, und die sehen keinen Handlungsbedarf.

Dass man das politisch auch anders sehen kann, beweisen andere Bundesländer. Wir haben in unserem Antrag das Beispiel Berlin genannt, wo sehr stark antizipierend die Möglichkeit genutzt wird, britische Hochschulen über die Ansiedlung von Dependancen an die Berliner Hochschullandschaft anzubinden.

Sie können in dem Antrag nachlesen, wie weit diese Kooperationsbemühungen mittlerweile gediehen sind. Ich zitiere:

„Damit ist nicht gemeint, dass die deutsche Wissenschaftspolitik an den ausländischen Lehrstühlen ‚shoppen‘ gehen oder gar eine Art Beutefeldzug starten sollte.

Vielmehr gilt es, die politische Situation zu nutzen, um Wissenschaftsallianzen zwischen britischen und deutschen Universitäten aufzubauen und zu festigen. Berlin hat das im Dezember 2017 vorge macht, mit Unterstützung des Regierenden Bürgermeisters und des Wissenschaftssenats. Die Freie Universität, die Humboldt-Universität, die Technische Universität und die Charité haben sich zusammengetan. Geschmiedet wurde eine enge Kooperation mit der Universität Oxford. Weitere Institutionen wie die Stiftung Preußischer Kulturbesitz unterstützen diese Zusammenarbeit. Fördergelder wurden ausgeschrieben, gezielt für Forschungsbrücken zwischen Kontinent und Insel: Projekte, Lehre, Austauschprogramme. Nun kommen die außeruniversitären Einrichtungen hinzu. Ein Berlin House in Oxford ist ebenso in Vorbereitung wie ein Oxford-Haus in Berlin. Obere Repräsentanten der englischen Universität leben in Berlin und sind Teil der Stadtkultur geworden.“

Und was macht der bedeutendste Wissenschaftsstandort Europas, also Nordrhein-Westfalen?

(Michael Hübner [SPD]: Nichts!)

Nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Nichts, das ist die Wahrheit!

Deswegen sage ich an dieser Stelle sehr deutlich: Wer Wissenschaftspolitik so versteht, dass er die Hochschulen auf Bedarfe abfragt und ansonsten

keine Initiativen ergreift, der versündigt sich am Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Wir erwarten von dieser Landesregierung, dass sie eine offensive Standortpolitik für unsere Wissenschafts-Community betreibt und die Chance, die der Brexit jetzt bietet – ähnlich wie das in Bayern und in anderen Bundesländern unternommen wird –, endlich nutzt, um den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zu stärken.

Es geht letztlich um die Frage der internationalen Sichtbarkeit. Es geht auch um die Frage, mit welchem Selbstbewusstsein wir uns im föderalen Wettbewerb – den es in dieser Frage gibt – als größter Wissenschaftsstandort präsentieren.

Ich warte immer noch auf die Initiativen Ihres Brexit-Beauftragten,

(Sarah Philipp [SPD]: Wo ist der denn?)

der in der Wissenschaftspolitik – und nicht nur da – offensichtlich ein Totalausfall ist.

(Michael Hübner [SPD]: Nicht nur da!)

Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in dem Forderungskatalog sehr pragmatische Vorschläge gemacht, wie man diese Situation verbessern kann. Wir würden uns hier über eine Zustimmung freuen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Tigges.

Raphael Tigges (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich würde der Brexit Auswirkungen auf den Hochschul- und Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen haben, auf die europäische Forschungsförderung und sicherlich auch auf die Mobilität von Studierenden – wenn er denn kommt.

Die grundsätzliche Frage, wie und ob der Brexit überhaupt vollzogen wird, hat sich bislang leider noch nicht geklärt. Das ist auch durch die Fristverlängerung über die Entscheidung des Austritts auf Ende Oktober dieses Jahres und wegen der möglichen Option eines zweiten Referendums noch völlig offen.

Auch die aktuellen Meldungen zum angekündigten Rücktritt von Theresa May, die Herr Bell gerade angesprochen hat, sorgen da nicht gerade für mehr Ruhe. Welche Auswirkungen das auf den Hochschulbereich haben wird, ist noch sehr schlecht abzusehen. Im Falle eines Austritts wird es sicherlich einen großen Unterschied machen, ob es zu einem

geregelten oder unregelmäßigem Austritt des Vereinigten Königreiches kommen wird.

Herr Bell, die heutigen Möglichkeiten für Studierende und Forschende, ins Ausland zu gehen, dort zu studieren, zu leben und sich kulturell mit anderen auszutauschen, sind vielseitiger und zahlreicher denn je. Gerade mit den britischen Hochschulen verbindet unser Land aufgrund der gemeinsamen Geschichte eine lange Tradition.

Die Wissenschaftsallianzen, deren Aufbau Sie mit Ihrem Antrag fordern, gibt es bereits und müssen daher nicht durch eine Initiative des Landes geregelt werden. Es gibt schon höchst vielseitige und individuelle Kooperationen zwischen Hochschulen beider Länder, die in eigener Zuständigkeit – ich wiederhole: in eigener Zuständigkeit – der Hochschulen vereinbart und ausgestaltet wurden.

Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, verfällt wieder in das alte Muster, wonach Sie in die Selbstständigkeit der Hochschulen eingreifen wollen, nach dem Motto „Der Staat regelt alles“, wie Sie das schon immer gemacht haben.

Das ist nicht unser Weg. Wir sagen: Die Hochschulen sollen selber entscheiden, welche Kooperationen für sie sinnvoll sind, welche sie eingehen und wie sie da handeln wollen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Natürlich steht außer Frage, dass das Ministerium bei individuellen Problemlagen helfend und beratend zur Seite steht. Das ist völlig normal, und nach meinem Kenntnisstand geschieht das auch so.

Wenn allerdings Ihr Antrag, Herr Bell, nur darauf abzielt, zu erfahren, welche Kooperationen – das war auch Ihre Anfrage im Ausschuss – bestehen, dann können Sie auch mal googeln oder die einzelnen Hochschulen abtelefonieren. Das muss Ihnen das Ministerium nicht aufschreiben. Sie können selber recherchieren, wenn Sie das rein quantitativ interessiert.

Ich habe das mal gemacht und festgestellt, dass allein die Heinrich-Heine-Universität mit 13 britischen Universitäten Kooperationspartnerschaften pflegt. Die Universität Bonn arbeitet bereits seit 1977 ganz intensiv mit der University of Oxford zusammen. Wenn man im DFG-Förderatlas liest, dass zwischen 2014 und 2016 allein 1.844 Kooperationen bestanden haben, erkennt man, was da schon alles passiert – auch ohne dass das Land eine Strategie vorgegeben hat.

Sie, Herr Bell, fordern in Ihrem Antrag eine finanzielle Beteiligung des Landes für Hochschulkooperationen. Sie führen Beispiele aus Berlin und München an, bleiben aber im Antrag die Antwort schuldig, ob sich die Kommunen und die Länder da überhaupt betei-

gen, und wenn ja, in welcher Weise. Ich habe zumindest nichts gefunden, was darauf hindeutet. Ich habe nur gelesen, dass die Budgets für diese Kooperationen von beiden Unis – jeweils zur Hälfte – getragen werden.

Uns allen muss es darum gehen, dass der Zugang zu europäischen Förderprogrammen für Studierende und Hochschulen generell erhalten bleibt und unsere Hochschulen gute Rahmenbedingungen für selbstständiges Handeln haben. Dafür setzen wir von der CDU uns ein – nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern für ganz Europa.

Die Europäische Union hat bereits Ende Januar dieses Jahres eine Notfallregelung beschlossen, um im Falle eines No-Deal-Brexits das laufende Erasmus+-Programm abzusichern. Für das Forschungsprogramm Horizon 2020 besteht bereits eine Zusage der britischen Regierung, die Teilnehmer bei einem eventuellen Austritt finanziell zu unterstützen. Auch das ist gesichert.

Herr Bell, auch Ihnen dürfte klar sein, dass in diesem Hohen Haus eine Enquetekommission zu diesem Thema eingesetzt worden ist, die sich natürlich auch mit den Auswirkungen des Wissenschafts- und Forschungsstandortes NRW im Hinblick auf den Brexit befasst. Dazu wird sie noch Handlungsempfehlungen abgeben und einen Bericht vorlegen, in den man dann mal reinschauen kann. Da hätten Sie Frau dos Santos Herrmann mal fragen können. In Kürze werden wir noch eine Anhörung zu dem von Ihnen beantragten Thema durchführen. Insofern ist Ihr Anliegen nicht ganz so relevant.

Die Entwicklungen im Vereinigten Königreich und die Thematik, die wir heute diskutieren, machen deutlich, wie wichtig es ist, dass Europa zusammensteht und gemeinsam agiert. Kämpfen wir dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger nächsten Sonntag ein Zeichen für ein starkes und einiges Europa setzen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tigges. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Körner.

Moritz Körner (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Antrag der SPD-Fraktion setzt sich mit den Auswirkungen des Brexits auf den Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen auseinander. Wir erkennen – auch der Kollege Bell hat es eingangs erwähnt –, dass die Auswirkungen überhaupt noch nicht abzusehen sind. Derzeit sind verschiedenste Szenarien im Spiel. Auch der ganz aktuell angekündigte Rücktritt der Premierministerin

zeigt noch einmal, wieviel Dynamik in dieser Sache steckt.

Ich verstehe die Opposition, die darauf hinwirken will, dass die Landesregierung tätig wird. Aber insbesondere dann, wenn es um eine dauerhafte Zusammenarbeit gehen soll, muss man schon wissen, unter welchen Voraussetzungen das Ganze stattfindet: unter einem No-Deal-Szenario, mit einem Deal oder eventuell mit einem zweiten Referendum. All das ist noch sehr im Unklaren. Eine klare Strategie, die die entsprechenden Rahmenbedingungen berücksichtigt, ist derzeit schwierig.

Der Kollege Tigges hat schon ausgeführt, dass darüber hinaus bereits vielfältige Verbindungen mit britischen Hochschulen bestehen und dass unsere Hochschulen in Nordrhein-Westfalen die Freiheit haben, solche Verbindungen zu knüpfen.

Ich will es noch einmal deutlich machen, lieber Kollege Tigges: Die Europawahl ist nicht nächsten Sonntag, sondern diesen Sonntag. Es ist ganz wichtig, dass wir alle wählen gehen.

Eines muss man immer berücksichtigen: In der europäischen Forschungspolitik sind wir schon ziemlich europäisch. Über Horizon usw. funktioniert schon sehr, sehr viel. Das alles ist schon so vernetzt, dass eine Landessteuerung an dieser Stelle vielleicht ein bisschen überhöht wäre.

Dieser Antrag gibt mir nochmals die Möglichkeit, auf die vielfältigen Aktivitäten der Landesregierung hinzuweisen. Minister Pinkwart hat schon verschiedene Reisen nach Großbritannien unternommen. Unter anderem hat er dort den Staatssekretär, zuständig für Universitäten, Wissenschaft und Forschung, getroffen. Was soll denn ein Minister mehr tun, als hinzufahren und schon mal mit den Kollegen zu sprechen, um mögliche Forschungsk Kooperationen und eine weitere Zusammenarbeit auszuloten? Ich finde, das ist schon ein starker Punkt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dieser Punkt ist sogar noch ergänzt worden. Wir haben die Freiheit unserer Forschung. Wir packen insbesondere die Stärken bei Zukunftsfragen mit dem Netzwerk für Künstliche Intelligenz, das beide Ministerien gemeinsam gebildet haben, zusammen. Auch dort haben im Laufe der Reise von Herrn Pinkwart intensive Gespräche zu einer verbesserten Zusammenarbeit stattgefunden, gerade im Bereich Künstliche Intelligenz; denn dort verfügen die Briten über eine enorme Kompetenz.

Sie sehen also: Da finden genau die zielgerichteten Aktivitäten statt, die wir brauchen; gleichzeitig besteht aber immer noch eine hohe Unsicherheit bei der Frage nach dem Brexit. Außerdem haben wir so wieso vielfältige Kooperationen durch unsere breite Hochschullandschaft. Es ist aber ein Unterschied, ob

man aus Berlin mit seinen gebündelten Dingen jetzt ein Haus in Großbritannien aufmacht oder ob wir dort mit unserer weiten Landschaft koordiniert vorgehen. Die Landesregierung ist also dort tätig, und ich denke, wir werden dafür kämpfen.

Abschließend will ich sagen: Sollte der Brexit wirklich passieren, gibt es sowohl in Großbritannien als auch in Europa nur Verlierer.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich will hier noch einmal deutlich feststellen: Sollte es wirklich zum Brexit kommen – und ich glaube, mit dem angekündigten Rücktritt von Frau May ist die Wahrscheinlichkeit eines No-Deal-Szenarios noch einmal klarer geworden –, werden wir sehen, welche Vorteile wir mit der Europäischen Union haben. Deswegen ist es wichtig, am Wochenende ein klares Zeichen für Europa zu setzen.

Außerdem werden wir zusehen, dass wir die Briten trotzdem eng bei uns behalten müssen, weil sie zu Europa und unserer Idee dazugehören. Wenn klar ist, welchen Weg die Briten tatsächlich gehen, müssen wir deswegen alles daransetzen, dass wir sie möglichst eng an Europa halten, und zwar auch was Forschung, was Erasmus angeht.

Dort wird die Landesregierung tätig sein, und wir werden sie dabei als Fraktion unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Körner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Herr Kollege Bolte-Richter das Wort. Bitte sehr.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Eigentlich kann ich direkt an der Stelle weitermachen, an der mein Vorredner geendet hat. – Ich denke, wir sind uns weitgehend einig, dass der bevorstehende Brexit – wie, wann und unter welchen Bedingungen auch immer er kommen wird – für die Britinnen und Briten eine schlechte Sache sein wird, dass er aber auch für uns im Kontinentaleuropa ein schwerer Verlust ist.

Auch die Wissenschaft wird vom Brexit besonders betroffen sein. Die Wissenschaft lebt vom Austausch, und sie lebt gerade auch vom Austausch über Grenzen hinweg, vom internationalen Austausch. Wir stellen fest, dass die britischen Hochschulen einen großen, einen gewichtigen Teil ihrer Forschungsmittel aus den Förderprogrammen der Europäischen Union einwerben; sie sind ein wichtiger Partner für Hochschulen und Forschungseinrichtungen hier bei uns in Nordrhein-Westfalen.

Ich sagte es eingangs: Wir wissen nicht genau, wie der Brexit aussehen wird, sollte er eines Tages kommen. Wir sehen aber, dass die Zeichen derzeit eher in Richtung eines unregelmäßigen Verfahrens deuten. Damit fällt das Vereinigte Königreich sehr wahrscheinlich aus den meisten EU-Förderprogrammen heraus. Die Überlegungen des Antrags sind es daher zunächst grundsätzlich wert, genauer betrachtet zu werden.

Wir haben aber – das muss man an dieser Stelle festhalten – ein Gremium, das genau diese Betrachtung vornehmen soll. Wir als Landtag haben eine Enquetekommission eingesetzt, die sich mit dem Thema „Gestaltung und Konsequenzen des Brexit für Nordrhein-Westfalen“ beschäftigen soll. Der Inhalt dieses Antrags ist insofern eine sehr weitreichende Vorwegnahme dessen, was im Rahmen dieser Enquetekommission zum Brexit geklärt werden muss und dort auch geklärt wird.

Ich hätte mir von der SPD gewünscht, dass sie die Tatsache ernst nimmt, dass wir diese Enquetekommission haben. – Kollege Bell, Sie sind selbst Vorsitzender einer Enquetekommission. Ich denke, Sie können es nachvollziehen, dass man diese Arbeit ernstnehmen sollte.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schaffung von Wissenschaftsallianzen ist nur ein Aspekt aus einem Gesamtkomplex. Zur Bewältigung des Brexits im Bereich Wissenschaft werden noch weitere Punkte gehören. Wir können gespannt sein, was die Enquetekommission da erarbeitet. Es ist jedenfalls nicht sinnvoll, nur eine Forderung von externer Seite zu übernehmen.

Um zu sehen, wo wir mehr Kooperationen brauchen, müssen wir erst einmal wissen, was derzeit genau läuft. Dazu gab es eine Berichts-anfrage der SPD aus dem Februar dieses Jahres; da wurde eine Übersicht verlangt. – Ja, wir brauchen natürlich eine Übersicht zu Wissenschaftskooperationen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich. Aber auch da ist die Enquetekommission dran.

Wir haben uns gefragt, warum Sie das nicht einfach im Ausschuss einmal vertieft berichten lassen, Anfragen stellen oder Ähnliches, wenn Sie nicht darauf warten wollen. Stattdessen sind drei Monate verstrichen, und jetzt kommt so ein einzelner Antrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssten uns über all diese Themen keinen Kopf machen, wenn vor etwa drei Jahren mehr – insbesondere junge – Menschen im Vereinigten Königreich den Weg an die Wahlurne gefunden hätten. Wir stehen in zwei Tagen ebenfalls vor einer gewichtigen Entscheidung.

Angesichts des Brexits und des Erstarkens der Rechtspopulisten ist die kommende Europawahl eine Richtungswahl. Fallen wir zurück in gefährlichen

Nationalismus, der in der Geschichte immer zu größeren Katastrophen geführt hat? Oder erneuern wir Europa als starke Gemeinschaft? Bauen wir ein Europa des Klimaschutzes, der Demokratie und der Gerechtigkeit?

Da können insbesondere die jungen Menschen einen gewichtigen Unterschied machen. Aus ihrem Leben und aus ihren Erfahrungen eines grenzenlosen Zusammenlebens, eines grenzenlosen Studierens, einer grenzenlosen Freiheit in ganz Europa wissen sie, dass dieses Europa ein Erfolgsprojekt ist und es wichtig und richtig ist, den Weg der europäischen Einigung fortzusetzen.

Viele dieser jungen Menschen sind auch heute wieder auf den Straßen und setzen sich dafür ein, dass die ältere Generation endlich ambitioniert daran arbeitet, Fehler und Versäumnisse beim Schutz unseres Planeten zu korrigieren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Abschließend vor diesem Hintergrund der Appell an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes: Gehen Sie am Sonntag wählen – das betrifft nicht nur die jungen Menschen, sondern alle. Machen Sie von diesem wunderbaren Recht, mitgestalten zu dürfen, Gebrauch. Sorgen Sie dafür, dass wir den Weg in ein demokratisches, soziales, vielfältiges und ökologisches Europa gemeinsam gestalten. Darum geht es am Sonntag.

Vor allem geht es aber darum, dass wir dieses Europa nicht den Feinden unseres europäischen Hauses überlassen dürfen – ob sie Farage, Le Pen, Salvini oder Meuthen heißen.

Wenn der Brexit eines zeigt, dann doch, dass wir Demokratinnen und Demokraten in unserem europäischen Haus zusammenstehen und es gegen die Nationalisten verteidigen müssen, wenn wir weiter in Frieden, in Freiheit und in Einheit und Wohlstand leben wollen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bolte-Richter. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Seifen das Wort.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zitat:

„Ein Kluger wird sich mehr Gelegenheiten schaffen, als sich ihm bieten.“

Das schrieb einmal der britische Philosoph und Wissenschaftstheoretiker Francis Bacon, und dieses Aperçu stammt aus Bacons im Jahr 1597 veröffentlichte Essays, die den Untertitel „Praktische und moralische Ratschläge“ tragen.

Ob wir es bei dem im Antrag zitierten „Zeit“-Artikel von Jutta Allmendinger und Steffen Huck mit einem Ratschlag aus der moralischen Kategorie oder eher aus dem praktisch-empirischen Bereich zu tun haben, braucht hier nicht weiter erörtert zu werden.

Der anspielungsreiche Titel des Artikels, „Take over!“, also „Übernahme“, deutet ja wohl eher auf Letzteres hin. Gemeint sind bisher in Großbritannien arbeitende Spitzenforscher, die möglicherweise nach Deutschland an die Universität kommen und hier die Wissenschaft bereichern. Dies wäre zwar nicht ganz die feine englische Art, aber es sei darauf hingewiesen, dass sich auf diesem Wege schon dereinst die Industrialisierung von England in die Welt verbreitet hat, speziell auch in Deutschland.

Unter Abwanderungswilligen aus Großbritannien dürften gewiss auch Deutsche sein oder an unseren Universitäten Ausgebildete; aber die Mehrzahl wären zweifellos Briten. Doch wer hier syrischen Lehrern und Ärzten den roten Teppich ausrollt, der sollte eigentlich keinen Grund haben, uns vielfach näherstehende britische Wissenschaftler in Deutschland nicht willkommen zu heißen.

Es ist schon verwunderlich, dass hier im Parlament immer wieder das Hohelied auf Europa gesungen wird und dabei die völkerverbindenden, länderübergreifenden Formen der Zusammenarbeit und Koordination als große Errungenschaft der europäischen Einigung hervorgehoben werden. Und nun, da Großbritannien aus der Organisationsgemeinschaft der EU austreten will, wird – zumindest subtil – eine Stimmung erzeugt, als verlasse Großbritannien den europäischen Raum oder ziehe unüberwindliche Grenzen hoch.

Wenn denn die bisherigen Verflechtungen und Verbindungen zwischen den europäischen Staaten, die der EU angehören, wirklich so eng, nützlich und völkerverbindend sind, dann muss es doch ein Leichtes sein, die im EU-Rund hergestellten Verbindungen auch bilateral weiterzupflegen.

Nun wird es natürlich nicht so einfach sein, europäische Fördermittel weiterzuführen oder sie zu ersetzen, aber durch bilaterale Verträge zwischen verschiedenen Universitäten, unterstützt durch Land und Bund, sollte es doch Möglichkeiten für gemeinsam finanzierte Forschungsprojekte und weitergehende Formen der Zusammenarbeit geben.

Um es kurz zu machen: Ebenso wie die antragstellende Fraktion sehen auch wir von der AfD-Fraktion, dass die Landesregierung die sich abzeichnenden Perspektiven des Brexits für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen bisher nicht zur Genüge erkannt hat und nicht das ausschöpft, was möglich wäre, von „mehr Gelegenheiten schaffen, als sich bieten“ ganz zu schweigen.

Das erstaunt sehr, wo doch diese Landesregierung immer ihre internationale Orientierung so sehr betont und der Austritt Großbritanniens aus der EU seit drei Jahren bekannt ist. Da hätte man bereits längst bilaterale Kooperationen, zumindest gedanklich, vorbereiten können.

Ich hoffe doch sehr – und ich vermute es auch nicht –, dass dieses Versäumnis nicht etwa eine politische Taktik ist und damit zusammenhängt, die Briten für den Brexit büßen zu lassen und den Bürgerinnen und Bürgern aus den anderen EU-Staaten vor Augen zu führen, dass böse Abtrünnigkeit bestraft wird. Ich hoffe doch – und glaube es dann auch –, dass Ihr Versäumnis einem mangelnden Überblick und der allgemeinen Trägheit, die großen Systemen einfach innewohnt, geschuldet ist.

Ich hatte nun gedacht, dass sich mit diesem Antrag alles ändert. Da die Koalitionsparteien, so wie wir von der AfD-Fraktion, immer stark für eine Zusammenarbeit der europäischen Staaten miteinander eintreten und die Grünen als Zwillingschwester der SPD ihren Anträgen meistens zustimmen, hatte ich auf eine fruchtbare Debatte im Ausschuss und vielleicht sogar darauf gehofft, einmal einen Antrag gemeinsam mit allen fünf Fraktionen verabschieden zu können. Das wäre ein Signal gewesen. Aber nach den Reden, die ich gehört habe, gehe ich davon aus, dass das Ganze kontrovers bleibt.

Wir auf jeden Fall werden hier weiterhin sachorientierte Politik betreiben und keine parteitaktischen Spielchen abziehen. Deshalb werden wir den Antrag positiv begleiten. Wir sind der Meinung, dass die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten fundamental ist.

Ich muss Ihnen, Herr Bolte-Richter, ganz ehrlich sagen: Herr Meuthen und auch die anderen von Ihnen Genannten sind nicht Feinde Europas; sie sind Freunde Europas, aber sie haben eben eine andere Meinung,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das wäre ja neu!)

wie das Zusammenwirken der Staaten organisiert sein soll. Diese andere Meinung müssen wir beherrsigen. Denken Sie an den gestrigen Tag, an die Verfassung, an das Grundgesetz. Da herrscht Meinungsfreiheit. Wir müssen über diese komplizierten Dinge vernünftig diskutieren können. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seifen. – Das Wort hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Für den Fall eines geregelt

Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU gibt es von beiden Seiten Erklärungen und Zusagen über die Fortführung von Projekten und Finanzierungen wie zum Beispiel der Programme „Horizon 2020“ und „Erasmus+“. Natürlich gibt es immer noch eine, wenn auch kleiner werdende, Hoffnung, dass das der Fall sein wird und damit die Zusammenarbeit zukünftig gesichert ist.

Aber die Möglichkeit eines No-Deal-Szenarios für den Austritt – das haben wir eben schon mehrfach gehört – ist nach wie vor sehr groß. Diese dramatischen Entwicklungen – das würde ich gerne auch an Herrn Bell richten – lassen wohl niemanden kalt. Das wurde bei meinen Vorrednern schon sehr deutlich.

Wenn man sich die Zahlen ansieht, die derzeit unsere Kooperationen beinhalten, dann sieht man, dass – auch interessant – über 13.000 Studierende von uns nach England gehen und immerhin über 3.000 Studierende aus England nach Deutschland kommen. Auch über dieses Verhältnis müssen wir mal nachdenken. Mit Blick auf die EU-finanzierte Forschung gibt es derzeit immerhin 2.500 Projekte, an denen deutsche und britische Forscher beteiligt sind. Ich erwähne das, um mal eine Größenordnung zu nennen.

Ich teile überhaupt nicht die Einschätzung von Ihnen, Herr Dr. Seifen, dass wir die Türen für all die englischen Kollegen, die kommen, aufmachen sollten. Natürlich tun wir das. Aber sind wir nicht auch verpflichtet, zunächst darüber nachzudenken, dass diese hervorragenden Hochschullehrer und Forscher in England auch dort eine gute Arbeitsperspektive in Kooperation mit uns und der EU haben? – Das muss es doch sein. Wir können doch nicht sagen: Holen wir uns jetzt die Rosinen aus England nach Deutschland, und was in England passiert, ist uns egal. – Das sind doch unsere Freunde. Die Engländer sind unsere Freunde.

(Beifall von der CDU, der FDP und Josefine Paul [GRÜNE])

Deswegen müssen wir nach Wegen suchen, wie wir da gemeinsam zu guten Lösungen kommen.

Für den „No Deal“ gibt es erste Überlegungen – so möchte ich es ausdrücken – zu Übergangsregelungen in der EU. Die wären knallhart. Das könnte dann so aussehen, dass die englischen Forscher beispielsweise an solchen Forschungsprojekten weiter teilnehmen könnten; aber sie müssen dann alles selber finanzieren.

Wenn man bedenkt, vor wie vielen Jahren in England bereits die Hochschulfinanzierung und die Forschungsfinanzierung wahnsinnig heruntergefahren wurde, dann weiß man einfach, dass das nicht die Alternative ist. Nicht umsonst sind die englischen Forschungsprojekte diejenigen, die mit Abstand die meisten Mittel aus der EU bekommen und sie auch

absolut brauchen. Sie machen Spitzenforschung; das wissen wir auch.

In der Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 13. Februar dieses Jahres – das wurde eben schon gesagt – haben wir uns bereits über dieses Thema unterhalten. Nun geht der Antrag in die gleiche Richtung und stellt letztlich die gleichen Fragen. Leider hat sich – das haben wir vielleicht anders erhofft – an der Sachlage bisher nichts geändert; denn wir wissen, dass die Rahmenbedingungen nach wie vor vollkommen unsicher und nicht geklärt sind.

Es lässt sich auch überhaupt nicht seriös vorhersagen, in welchem Maße jetzt die nordrhein-westfälische Wissenschafts- und Forschungslandschaft vom Brexit betroffen sein wird. Deswegen, und das muss ich ehrlich sagen, bin ich auch strikt gegen den sehr deutlich darin vorzufindenden Aktionismus. Das ist überhaupt nicht hilfreich.

Allen Beteiligten – und ich denke, da müssen wir uns hier nicht gegenseitig etwas versichern – ist die Bedeutung des Austausches von Wissenschaft und Forschung bewusst. Alle tun das Möglichste, um durch Zusagen und solche Übergangsregelungen die Auswirkungen des Brexits so gering wie möglich zu halten. Hierbei ist immer auch, und das müssen wir leider auch zur Kenntnis nehmen, der Rahmen der Gestaltungsmöglichkeiten der jeweiligen Beteiligten zu berücksichtigen.

Die Internationalisierungsmaßnahmen der Hochschulen unterstützt die Landesregierung natürlich überall dort, wo ein konkreter Bedarf besteht; denn die Ausgestaltung von Hochschulkooperation liegt – das wurde eben hier deutlich gemacht – in der Hand der autonomen Hochschulen. Wenn man es über den Daumen peilt, dann werden derzeit über 300 Kooperationen zwischen nordrhein-westfälischen und englischen Hochschulen gelebt. Eine von der Landesregierung zentral vorgegebene Strategie, wie es hier so durchschien, entspricht überhaupt nicht dem Grundsatz der Autonomie der Hochschulen und der Freiheit von Forschung und Lehre. Dafür stehen wir auch nicht zur Verfügung.

Eine solche Vorgabe ist aber auch gar nicht nötig, weil wir in ständigen Gesprächen mit den Hochschulen stehen und natürlich immer wieder abfragen, was wir tun können. Aber im Moment besteht kein Handlungsbedarf, weil man noch gar nicht weiß, worüber wir überhaupt reden.

Ich muss auch noch mit einem Trugschluss aufräumen, der hier durchschimmert, und zwar, dass britische Hochschulen über deutsche Partner, also durch öffentliche Partnerschaften, Zugang zu EU-Fördermitteln aus Horizon 2020 erhalten würden. Das war ja nicht zuletzt eine der Ideen, wie man nachlesen konnte – auch ich lese Zeitung –, warum man solche Kooperationen überhaupt so forciert hat.

Der Zugang ist aber nur möglich, wenn sie grundsätzlich zum Kreis der Förderberechtigten gehören. Eine der rechtlichen Voraussetzungen für die Förderung von Verbundprojekten bei Horizon 2020 ist, dass mindestens drei Partner aus drei unterschiedlichen Mitgliedstaaten oder assoziierten Ländern beteiligt sind. Diese drei Partner schließen dann mit der Europäischen Kommission einen Vertrag, der alle rechtlichen und finanziellen Regelungen umfasst. – Wir wissen ja noch nicht einmal, ob wir es schaffen, dass England wenigstens assoziiertes Mitglied wird. Auch das ist noch völlig offen.

Eine Förderung durch das Land für solche Kooperationen vorzusehen, um eine mögliche Finanzierungslücke durch den Wegfall von Fördergeldern der EU für das Vereinigte Königreich aufzufangen, ist nicht gerade eine brillante Idee und, ehrlich gesagt, auch gar nicht möglich.

Die Verantwortung für das Programm Horizon 2020 liegt bei der Europäischen Kommission. Mit der muss natürlich ganz schnell an solchen Regelungen gearbeitet werden, wenn wir wissen, wie überhaupt die Rahmenbedingungen aussehen. Hier muss man Schritt für Schritt vorgehen und sich dann bei der Kommission, im Rat und auch im Europäischen Parlament engagieren, um Übergangsregelungen bzw. Härtefallregelungen zu finden; denn das wird sehr viele einzelne Studierende und Forscher betreffen.

Aus diesen genannten Gründen sind wir immer nah am Ball und verfolgen das Ganze sehr genau. Sobald wir mehr wissen, als wir es heute können, werden wir selbstverständlich im Ausschuss darüber berichten und dort tätig werden, wo wirklich Handlungsbedarf besteht. Wir unternehmen aber jetzt nicht irgendwelche wilden Aktionen, die im Endeffekt nichts bringen. – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Ich darf der guten Ordnung halber darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 2:18 Minuten überzogen hat. Da fast alle anderen Fraktionen ebenfalls schon Redezeitüberschreitungen hatten, aber nicht in dieser Größenordnung, gibt es immer noch die Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Restredezeiten, falls es noch Wortmeldungen gibt. – Wie ich sehe, ist das nicht der Fall. Dann sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, der uns nahelegt, den **Antrag Drucksache 17/6256** an den **Wissenschaftsausschuss** zu **überweisen**. Dort soll dann in öffentlicher Sitzung die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgen. Gibt es Gegenstimmen zu diesem Verfahrensvorschlag? – Enthaltungen? – Dann stelle ich die einstimmige Zustimmung

des Hohen Hauses zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zu:

4 Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragengesetz Nordrhein-Westfalen – Pol-BeaufG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6147

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die den Gesetzentwurf einreichende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordneter Schäffer das Wort. Bitte sehr.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herbert Reul, der Innenminister, hat bei der Vereidigungsfeier der neuen Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter eine bemerkenswerte Rede gehalten. Er hat gesagt, dass Offenheit und auch das Benennen von Fehlern eine hohe Bedeutung für die Polizei haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Monika Düker [GRÜNE]: Bravo!)

Er hat auch gesagt, es gehöre dazu, Fehler anderer zu benennen und sich nicht hinter einer falschen Kameradschaft zu verstecken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Genau diese Haltung unterstützen wir Grüne, Herr Reul.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung hat ein sehr hohes Vertrauen in die Polizei; das ergeben immer wieder Studien. Auch wir Grüne vertrauen in unsere rechtsstaatliche und demokratische Polizei hier in Nordrhein-Westfalen. Allerdings – und das wissen wir alle – sind Fehler menschlich, und auch Polizeibeamtinnen und -beamte machen Fehler. Wenn Polizistinnen und Polizisten im Einsatz einen Fehler machen und unverhältnismäßig in Grundrechte eingreifen, dann ist dieser Grundrechtseingriff unumkehrbar. Umso wichtiger ist es deshalb, das hohe Vertrauen in die Polizei aufrechtzuerhalten und einen offenen und professionellen Umgang mit Fehlern zu befördern.

Der Polizeibeauftragte bei Herbert Reul – es gibt mittlerweile einen beim Innenministerium angegliederten Polizeibeauftragten – ist ein Etikettenschwindel, man kann das nicht anders sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieser Polizeibeauftragte ist ausschließlich ansprechbar für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, nicht aber für Bürgerinnen und Bürger. Die Unabhängigkeit dieses Polizeibeauftragten ist nicht gewährleistet. Die Stelle ist im Innenministerium angesiedelt und durch das Kabinett berufen und kann natürlich auch wieder abberufen werden. Es fehlt außerdem eine Rechtsgrundlage, die die Aufgaben, Rechte, Pflichten und Befugnisse des Polizeibeauftragten festlegt. Das führt natürlich auch zu Rechtsunsicherheiten. Dieses Modell – das kann ich klar sagen – reicht uns Grünen nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb legen wir Grüne einen eigenen Gesetzentwurf vor. Der Polizeibeauftragte soll für Bürgerinnen und Bürger und für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ansprechbar sein. Er soll durch den Landtag, durch das Parlament gewählt werden und soll auch beim Landtag angesiedelt sein.

(Gregor Golland [CDU]: So sieht Misstrauen gegenüber der Polizei aus! Das ist nichts anderes! – Gegenruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Das sichert die Unabhängigkeit gegenüber der Landesregierung, und dieser Polizeibeauftragte soll auch den Landtag unterstützen.

(Gregor Golland [CDU]: Pures Misstrauen!)

– Herr Golland, Ihre Fraktion ist gleich noch mit einem eigenen Redebeitrag an der Reihe. Ich bin gespannt auf die Diskussionen mit Ihnen.

Wir wollen mit diesem Gesetzentwurf eine niedrigschwellige Möglichkeit zur Konfliktlösung zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit der Polizei, aber auch innerhalb der Polizei erreichen. Derzeit müssen sich Bürgerinnen und Bürger bei Beschwerden über die Polizei bei der Polizei melden, und das ist für uns nicht tragbar.

Wir wollen aber auch erreichen, dass es eine Verbesserung eines professionellen Umgangs mit Fehlern in den Behörden gibt und dass auch strukturelle Defizite erkannt werden. Wir wollen, dass dieser Polizeibeauftragte auch im Sinne der Beamtinnen und Beamten handelt, ganz ähnlich und vergleichbar dem Wehrbeauftragten für die Beschäftigten der Bundeswehr. Auch der ist beim Deutschen Bundestag angesiedelt. Es wäre ein großer Gewinn für die Polizei, wenn sie einen unabhängigen Ansprechpartner hätte, der mit ihren Anliegen an die Politik herantreten könnte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen nicht zuletzt auch, dass damit die fachliche Arbeit des Landtags unterstützt wird. Das würde zur Versachlichung mancher Debatte beitragen.

Herr Golland, Sie haben es gerade reingerufen: CDU und FDP werden uns gleich Misstrauen gegenüber der Polizei vorwerfen.

(Gregor Golland [CDU]: So ist es!)

Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe ein sehr hohes Vertrauen in unsere Polizei, die rechtsstaatlich arbeitet und professionell arbeitet.

(Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Hört, hört! – Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Aber der professionelle Umgang mit Fehlern ist wichtig. Nicht zuletzt der Fall „Lügde“ zeigt uns das doch. Es schwächt nicht die Polizei, sondern es stärkt sie. Ich bin gespannt auf diese Diskussion.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Dr. Katzidis das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Und täglich grüßt das Murmeltier – diesmal aber nicht in Verkleidung der Piraten, sondern im grünen Pelz. Die Piraten wollten bereits 2015 mit einem Antrag die Einrichtung einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle hier in Nordrhein-Westfalen erreichen. Heute ist es ein Gesetzentwurf der Grünen. Das ändert aber nichts am Inhalt.

Die CDU-Fraktion hat bereits 2016 den Antrag der Piraten abgelehnt. Auch wenn wir heute aus formalen Gründen der Überweisung in den Innenausschuss zustimmen, werden wir aber den Inhalt des Gesetzentwurfs ganz sicherlich ablehnen. Wir haben unsere Meinung nicht geändert.

(Beifall von Matthias Kerkhoff [CDU] – Josefine Paul [GRÜNE]: Schade!)

– Zu dem „Schade“ kommen wir gleich noch. – Es gibt vier Gründe, warum wir ihn ablehnen.

Erstens – Frau Schäffer hat es angesprochen –: Wir haben bereits einen Polizeibeauftragten. Er ist Anwalt für 50.000 Beschäftigte in der größten Polizeiorganisation der Bundesrepublik Deutschland. Er ist unabhängig und weisungsfrei. Das wollen wir: jemanden, der sich um die Anliegen der Polizisten kümmert, und nicht jemand, der sie kontrolliert. Das ist unsere Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Zweitens – auch das ist schon angesprochen worden –: Wir stehen für eine Vertrauenskultur und nicht für eine Misstrauenspolitik, so wie sie die Grünen machen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Sie haben der Rede gar nicht zugehört!)

Offensichtlich führen Sie aktuell bundesweit eine groß angelegte Misstrauenskampagne durch. 20. Februar 2019: Gesetzentwurf der grünen Bundestagsfraktion für einen unabhängigen Polizeibeauftragten im Bund. – Sie waren noch ein bisschen cleverer als Ihre Bundestagsfraktion: In dem Gesetzentwurf steht an keiner einzigen Stelle ein Wort der Wertschätzung für die Bediensteten der Bundespolizei, des BKA und der Zollfahndung – an keiner Stelle. Nur Misstrauen!

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Wir reden von unserem Gesetzentwurf, das ist Ihnen schon klar, oder? Haben Sie den überhaupt gelesen? – Gregor Golland [CDU]: Unfassbar!)

28. Februar 2019: Gesetzentwurf der Grünen im sächsischen Landtag zur Einrichtung einer Polizeikommission zur Unterstützung rechtmäßiger Polizeiarbeit im Freistaat Sachsen. – Mir war gar nicht klar, dass die Polizeiorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland offensichtlich Unterstützer brauchen, um überhaupt rechtmäßig arbeiten zu können. Ich weiß gar nicht, wie ich 26 Jahre lang Polizeivollzugsdienst machen konnte!

(Zurufe von den GRÜNEN – Beifall von Gregor Golland [CDU] – Josefine Paul [GRÜNE]: Das geht ganz böse in die falsche Richtung!)

Wir als CDU-Fraktion stehen uneingeschränkt hinter den Bediensteten der nordrhein-westfälischen Polizei, auch wenn solche individuellen oder gravierenden Fehler wie in Lügde passieren.

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Sie wollen sächsische Verhältnisse schaffen!)

Wir stehen für eine Vertrauenskultur, nicht für eine Misstrauenskultur.

Liebe Frau Kollegin Schäffer, wenn Sie von einer sachgerechten Politik sprechen und sachliche Debatten führen wollen, können wir das sehr gerne tun.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So wie Sie gerade, oder was?)

Ich komme dann zu Ihrem Gesetzentwurf – Zitat:

„Wegen der zum Teil hohen Eingriffsintensität kann es jedoch geschehen, dass Bürgerinnen und Bürger im Einsatz angewendete Maßnahmen der Polizei als zu hart und unverhältnismäßig empfinden.“

An keiner Stelle in Ihrem Gesetzentwurf finde ich eine sachliche Auseinandersetzung mit dieser Behauptung.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist der Tenor des Grundgesetzes!)

Ich kann Ihnen da aber gerne auf die Sprünge helfen. Schauen Sie mal in den Beschwerdebericht: Von 2011 bis 2017 gab es im Mittelwert ca. 4.000 Beschwerden über die nordrhein-westfälische Polizei. Im Jahre 2011 waren es 3.800 und im Jahre 2017 4.200, aber bei einer stark gestiegenen Anzahl an Polizeieinsätzen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Was sagt uns das?)

Die nordrhein-westfälische Polizei bewältigt im Jahr ca. 5 Millionen Einsätze. Das heißt, dass es in Nordrhein-Westfalen insgesamt 0,09 % Beschwerden über die Einsätze der nordrhein-westfälischen Polizei gibt – 0,09 %!

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das ist auch gut so! – Zurufe von Josefine Paul [GRÜNE] und Norwich Rüße [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Katzidis, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Schäffer.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ich habe mich nicht gemeldet! Das war Frau Düker!)

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Das können wir sehr gerne am Ende machen.

Von diesen 0,09 % sind gemäß Bericht dazu noch 70 % unbegründet, sodass bei einem Einsatzaufkommen von ca. 5 Millionen Einsätzen der nordrhein-westfälischen Polizei etwas mehr als 300 begründete Beschwerden übrig bleiben. Das sind gerade einmal ...

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wofür oder wogegen ist das ein Argument?)

– Sie wollen eine sachliche Debatte. Dann führen Sie sie auch, und versuchen Sie nicht abzulenken.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Aber das ist doch kein sachliches Argument!)

Das bedeutet, es gibt jährlich ca. 0,0062 % begründete Beschwerden im Verhältnis zum Einsatzaufkommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wissen Sie, was ich dazu sage? – Danke! Wir als CDU-Fraktion danken unseren nordrhein-westfälischen Polizisten für eine rechtsstaatliche und in den meisten Fällen professionelle Arbeit. Wir danken unseren Polizisten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn das qualifizierte Beschwerdemanagement nicht ausreicht, gibt es das Innenministerium, den Minister, den Landtag, den Petitionsausschuss, und man kann Strafantrag stellen.

Der Kollege Bialas hat es in seiner Rede 2015 sehr schön dezidiert dargestellt. Sie haben im Übrigen damals beide den Antrag der Piraten abgelehnt. Ich bin mal gespannt, wie Sie das heute machen. Ich glaube aber, dass die SPD – Herr Bialas sagte damals, sofern es nicht signifikante Auffälligkeiten gebe; die gibt es auch heute nicht – sich wieder dagegenstellen wird.

Wir haben ein Problem mit Gewalt gegenüber Polizisten und nicht umgekehrt. Wir stehen hinter unseren Polizisten und für eine Vertrauenskultur. Deswegen werden wir der Überweisung zustimmen, den Inhalt aber ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Katzidis. – Ich korrigiere, dass die Zwischenfrage nicht von der Kollegin Schäffer, sondern von Frau Kollegin Düker angemeldet wurde.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Entschuldigung, ich habe gerade mit Frau Schäffer die Plätze getauscht. – Danke für das Zulassen der Zwischenfrage.

Herr Kollege Katzidis, ich möchte gerne von Ihnen wissen, wo für Sie der Unterschied zwischen der vom Minister und von uns begründeten Fehlerkultur – da sind wir mit dem Minister einer Meinung, und es gilt, diese zu fördern – und einer Misstrauenskultur, die Sie uns unterstellen, liegt. Womit begründen Sie den Vorwurf?

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Zwei Gründe. Erster Grund: Ich habe eben dargestellt, wie sich die sachliche Situation in puncto Beschwerdeaufkommen darstellt. Wenn wir also weniger als 1 % Beschwerden haben und einen noch viel geringeren Teil an begründeten Beschwerden, ...

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Ja, das ist doch eine sachliche Debatte.

... warum sollen wir dann 850.000 Euro Steuergelder im Jahr für etwas ausgeben, das gar kein Problem ist?

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Die Clankriminalität als Problem leugnen Sie, und hier bauen Sie ein Problem auf, das es nicht gibt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweiter Grund: Herr Minister Reul steht doch ganz klar und offen für eine Fehlerkultur, die in der Vergangenheit, während Ihrer Regierungszeit, nicht gewährleistet war.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Aber die muss man doch strukturiert hinterlegen; sonst bleibt es eine Worthülse!)

Insofern sehen wir auch gar keine Notwendigkeit, zusätzlich derartige Bürokratie zu schaffen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich wäre fertig.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Wenn Sie fertig sind, habe ich nichts weiter hinzuzufügen, Herr Dr. Katzidis, sondern einfach nur festzustellen, dass das Ihre Wortmeldung und die Antwort auf die Zwischenfrage waren. – Als nächster Redner hat nun Herr Abgeordneter Ganzke das Wort.

Hartmut Ganzke (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Katzidis als innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion: Manchmal frage ich mich, ob die Rednerinnen und Redner, die ans Rednerpult treten, auch den Text, zumindest den ersten Satz der jeweiligen Drucksache, gelesen haben.

Ich bin nicht derjenige, der für die Grünen irgendwelche Verteidigungsreden halten muss. Ich möchte aber den ersten Satz mal vorlesen, auch für den Kollegen Dr. Katzidis. Darin steht:

„Die Polizei von Nordrhein-Westfalen genießt unter den Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Vertrauen, hohe Akzeptanz und ein großes Maß an Wertschätzung. Sie ist für die Bürgerinnen und Bürger des Landes für Fragen der Sicherheit in der Regel die erste Ansprechpartnerin. Ihr hohes Ansehen beruht auf dem professionellen und verantwortungsvollen Handeln ihrer fachlich gut aus- und fortgebildeten Polizeibeamtinnen und -beamten.“

Das ist der erste Satz des Antrags der Grünen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich finde ihn sehr, sehr gut. Nicht nur vor diesem Hintergrund verbietet es sich meiner Ansicht nach, immer diese Hammersätze rauszuholen, es gebe hier zwei Fraktionen: die, die Arbeit der Polizei wirklich wertschätzten, und die anderen Fraktionen, die das vermeintlich nicht täten. Das ist erstens falsch und zweitens dumm. Das kann man doch nicht machen, Herr Kollege Katzidis!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist auch politisch nicht ganz so klug, weil Sie nämlich Ihren Parteikolleginnen und -kollegen in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz sowie Ihrem Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein, die dieses Modell unterstützen, gerade voll einen mitgegeben haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Heiterkeit von Verena Schäffer [GRÜNE])

Das haben Sie gemacht. Das sind Menschen, auch Politikerinnen und Politiker, die unabhängige Bürgerpolizeibeauftragte nicht nur gefordert, sondern auch eingerichtet haben.

Herr Kollege Katzidis, ich will – mit Erlaubnis der Frau Präsidentin – aus einem Interview zitieren, was der damalige Bürgerpolizeibeauftragte in Rheinland-Pfalz, Dieter Burgard, in einem Interview auf die Frage „Herr Beauftragter, wie arbeiten Sie?“ gesagt hat.

Antwort:

„Ich schaue mir, losgelöst von der Hierarchie der Polizei, die Vorgänge an. Meine Ergebnisse gehen in den Innenausschuss des Landtags. Ich wende mich auch direkt an den Innenminister und nicht an den Polizeipräsidenten vor Ort. So erfährt die höchste Stelle im Land von den Dingen, die schief laufen. In dem einen oder anderen Fall ...“

– jetzt hören Sie genau zu, Herr Kollege Dr. Katzidis –

„... habe ich sogar erreicht, dass sich der Innenminister für die Vorgehensweise der Polizei entschuldigt hat.“

Was ist daran schlimm, Herr Kollege Dr. Katzidis? Wovor haben Sie Angst,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

wenn man darüber diskutiert, ob man einen solchen Beauftragten auch in Nordrhein-Westfalen einführt?

Ich freue mich gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion darüber, dass wir diesen Gesetzentwurf in den Innenausschuss überweisen. Ich freue mich sehr darauf, wenn wir im Falle einer Anhörung bei der Auswahl der Sachverständigen hoffentlich gerade die Bürgerpolizeibeauftragten aus den einzelnen Bundesländern hören.

Vielleicht wäre es auch interessant, den Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein in den nordrhein-westfälischen Landtag einzuladen, der uns erklären kann, warum es wichtig und richtig ist, einen Bürgerpolizeibeauftragten auf Landesebene einzuführen. – Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir werden der Überweisung zustimmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ganzke. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Brockmeier das Wort.

Alexander Brockmeier^{*)} (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir

freuen uns natürlich, dass die grüne Fraktion es nach zwei Jahren endlich geschafft hat, ihren ersten eigenen Gesetzentwurf in dieser Legislaturperiode vorzulegen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ich bin gespannt, wie viele Gesetzentwürfe Sie als Fraktion einbringen werden!)

– Warten Sie mal ab.

Wir freuen uns auch, dass Sie sich dem Recyceln verpflichtet fühlen und hier noch einmal einen alten Antrag aufwärmen, den Sie in eigenen Regierungszeiten nicht umsetzen konnten.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Monika Düker [GRÜNE]: Das nennt man Demokratie!)

Das ist richtig. Jetzt versuchen Sie das noch einmal hier in einer anderen Regierungskoalition. Auch das überzeugt uns keineswegs, denn das, was Sie mit diesem Antrag machen, ist typisch,.

Herr Ganzke hat es gerade gesagt: Die Grünen sprechen sich hier für die Polizei aus und loben sie. – Aber in Wahrheit sind das doch nur Lippenbekenntnisse.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Unverschämtheit!)

Schauen wir uns doch einmal das Handeln im Hambacher Forst an. Sie schaffen es nicht, sich von den Autonomen zu distanzieren, und Sie säen immer wieder Misstrauen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von den Grünen)

Da will ich ganz deutlich sagen – das richtet sich gar nicht gegen die SPD –, dass sich nicht nur Schwarze und Gelbe hinter die Polizei stellen; das würde ich bei der SPD auch sagen. Aber die Grünen schaffen diesen feinen Schritt einfach nicht. Das ist wirklich schade.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Frechheit!)

– Nein, das ist keine Frechheit, das ist die Realität.

(Beifall von der FDP – Widerspruch von den Grünen)

Wir haben es auch schon in der Aktuellen Stunde gehabt: Wir stellen uns hinter die Polizistinnen und Polizisten

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wir auch!)

und danken ihnen für ihre kräftezehrende Arbeit.

Sie kommen immer wieder mit Punkten, bei denen Sie ihnen Stöcke zwischen die Beine werfen. In Ihrer Forderung ist das nun eine Person, die sich den Bürgerinnen und Bürgern sowie dem Polizeidienst zuwenden soll.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Jetzt hören Sie doch mal zu.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie beschimpfen uns! Eine Unterstellung nach der anderen!)

– Nein, das sind keine Unterstellungen; das sind einfach die Fakten, denen Sie sich auch mal aussetzen müssen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Jetzt kommen wir noch mal zu dem Punkt ...

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Jetzt hören Sie doch mal zu!

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, bevor Sie zu dem Punkt kommen, gestatten Sie mir, dass ich Sie unterbreche, um Sie zu fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mostofizadeh zulassen.

Alexander Brockmeier* (FDP): Das können wir gerne machen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Herr Abgeordneter Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, dass die Zwischenfrage zugelassen wird.

Es geht darum, dass Sie uns als Grünen vorwerfen, wir würden nicht hinter der Polizei stehen und eine Misstrauenskultur pflegen. Können Sie mir ganz konkret, Herr Kollege, Belege für diese ungeheuerliche Unterstellung liefern, die ich in aller Form zurückweisen muss?

Alexander Brockmeier* (FDP): Ja, ich kann Ihnen da einige Beispiele nennen, so aus dem Hambacher Forst, als wir das im Innenausschuss diskutiert haben – da ist die Gewichtung schon ganz spannend –, denn da war die erste Frage von Frau Schäffer, ob das alles überhaupt verhältnismäßig war. Sie hat sich erst in einem Nebensatz um die Polizistinnen und Polizisten gekümmert.

(Beifall von der CDU – Verena Schäffer [GRÜNE]: Ich war bei der Debatte gar nicht da!)

– Natürlich war ich da. Ich bin doch Mitglied des Innenausschusses. Kommen wir zu dem Antrag:

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das, was Sie fordern, gibt es bereits. Wir haben im Innenministerium einen Polizeibeauftragten, der sich genau um die Anregungen und Anfragen aus dem

Polizeidienst kümmert; Herr Katzidis hat das vorhin schon ausgeführt.

Darüber hinaus möchte ich auch auf das qualifizierte Beschwerdemanagement hinweisen, das unter Ihrer damaligen Landesregierung eingeführt wurde. In der Begründung Ihres Gesetzentwurfes loben Sie das natürlich noch einmal ausdrücklich.

Dieses Beschwerdemanagement stellt sicher, dass Anfragen und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern in einem geregelten Verfahren geprüft werden und Eingang finden.

Spannend ist doch jetzt, dass Sie Ihre eigenen Maßnahmen wenige Jahre später, kurz nach Amtseinführung einer neuen Regierung, plötzlich für unzureichend halten. Sie müssen mir schon noch einmal erklären, warum das jetzt auf einmal nicht mehr reichen soll; Sie haben ja schließlich mitregiert.

(Beifall von der FDP)

Darüber hinaus ist auch durch die Kriminalhauptstellenverordnung aus dem Jahre 2018 sichergestellt, dass bei Verdacht auf Vorliegen einer Straftat eine näher zu bestimmende neutrale Kriminalstelle gegen Landesbeamte und somit auch gegen Polizisten ermittelt. Das ist doch alles geregelt.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ermittlungsstelle? Das zeigt, dass Sie den Gesetzentwurf nicht gelesen haben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, wenn Ihnen die Etablierung eines Polizeibeauftragten so sehr am Herzen liegt, frage ich mich erneut, warum Sie das nicht eigentlich schon während Ihrer Regierungsbeteiligung umgesetzt haben.

Noch mal zum Auffrischen: Den ersten nordrhein-westfälischen Polizeibeauftragten haben wir in dieser Legislaturperiode geschaffen.

(Beifall von der FDP – Verena Schäffer [GRÜNE]: Unzureichend!)

Gerne erinnere ich Sie daran, dass wir in diesen kurzen zwei Jahren wesentlich mehr für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen gemacht haben als Sie in den Jahren mit Ralf Jäger zusammen.

Die Sicherheit in unserem Land und eine funktionierende Polizeistruktur liegen uns nämlich am Herzen; wir hatten das heute Morgen auch schon in der Aktuellen Stunde.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Legen Sie den Sprechzettel weg und sprechen Sie zur Sache!)

– Ich rede doch die ganze Zeit zur Sache; Entschuldigung.

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Machen Sie das.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fasse zusammen; vielleicht hilft das den Grünen auch, das nachzuvollziehen: Jetzt, nachdem wir die Lage durch die Schaffung eines Polizeibeauftragten für Polizeibeamte schon deutlich verbessert haben, erscheint die Forderung der Grünen noch überflüssiger, weil wir die Zugänge zu Beschwerden bereits haben.

Ganz spannend – weil Frau Düker auch hier sitzt –: Am Mittwoch hat sie uns noch in der Aktuellen Stunde vorgeworfen, wie schlecht wir mit den Steuergeldern umgehen und wie schlecht wir doch bezüglich der Gelder kalkulieren, die zur Verfügung stehen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Recht hat sie!)

In Ihrem Gesetzentwurf schlagen Sie dann vor, 850.000 Euro zu veranschlagen – das ist schon spannend – für etwas, das überflüssig ist.

Wir haben die Strukturen. Sie wollen für etwas, das wir nicht brauchen, noch mal zusätzlich gut eine halbe Million Euro raushauen? – Das können Sie mir nicht wirklich erklären. Deswegen werden wir das gerne noch mal im Ausschuss beraten. Wir stimmen der Ausschussüberweisung zu, aber den Inhalt teilen wir nicht wirklich.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Weil Sie ihn nicht verstehen!)

– Ich verstehe ihn schon.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Brockmeier. – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat für die Fraktionsvorsitzende Frau Düker eine Kurzintervention angemeldet. Bitte sehr.

Monika Düker* (GRÜNE): Herr Kollege, Sie haben gerade auf die Frage des Kollegen Mostofizadeh danach, wo Belege für den Vorwurf zu finden sind, dass wir eine Misstrauenskultur pflegen, allen Ernstes gesagt, dass das unsere Haltung zum Einsatz im Hambacher Wald sei.

(Alexander Brockmeier [FDP]: Forst!)

Dass wir ihn für unverhältnismäßig hielten, sei der Beleg für unser gestörtes Verhältnis zur Polizei und für eine Misstrauenskultur.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Meine Frage an Sie ist: Wissen Sie eigentlich, dass sowohl die Gewerkschaft der Polizei als auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter sich gegen den Einsatz im Hambacher Wald ausgesprochen haben,

(Zurufe von der CDU, der FDP und der AfD)

nämlich mit der Begründung der Unverhältnismäßigkeit?

Ich frage deshalb noch einmal, ob Sie vielleicht doch einen Beleg dafür haben, weshalb Sie uns hier in infamer Weise Misstrauenskultur unterstellen –

(Moritz Körner [FDP]: Infam!)

außer diesen sehr offenkundig falschen Aussagen.

(Beifall von den GRÜNEN – Helmut Seifen [AfD]: Hamburg, G20-Gipfel!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Brockmeier, Sie haben für 90 Sekunden zur Erwidderung das Wort. Bitte sehr.

Alexander Brockmeier^{*)} (FDP): Herzlichen Dank. – Dass die Grünen sich nicht weiterentwickeln, sieht man daran, dass Sie die ganze Zeit Hambacher Wald anstatt Hambacher Forst sagen, wie es richtigerweise heißen müsste.

(Beifall von der FDP, der CDU und Markus Wagner [AfD] – Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Dann gibt es auch die Frage, wie man handelt. Sie geben zwar in Nebensätzen immer so kleine Lippenbekenntnisse ab, nach dem Motto: „Ja, die Polizei macht das schon alles ganz gut, und wir stärken ihr den Rücken“, aber die eigentlichen Taten sind doch andere.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Welche denn? – Regina Kopp-Herr [SPD]: Nicht zugehört!)

Schauen Sie sich mal all die linken Demonstrationen an, bei denen massiv gegen Polizisten vorgegangen wird, bei denen sie angegangen und tödlich angegriffen werden.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Von uns?)

Davon distanzieren sich die Grünen in keinster Weise, und das können wir so nicht stehen lassen. Wir stellen uns hinter die Polizei. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Monika Düker [GRÜNE]: Das war ja eine faktenorientierte Antwort! – Michael Hübner [SPD]: Völlig faktenfrei! – Gegenruf von Moritz Körner [FDP] – Gegenruf von Michael Hübner [SPD]: Danke, dass du mir zutraust, dass ich alles weiß! – Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockmeier. – Jetzt hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Wagner das Wort.

(Weitere Zurufe)

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Am Freitagnachmittag dann

noch einen Gesetzentwurf der Grünen aus der Abteilung „aktionistische Symbolpolitik“, gepaart mit der berüchtigten grünen Voreingenommenheit gegenüber unseren Polizisten.

Einen unabhängigen Polizeibeauftragten wollen Sie ernannt wissen. Das klingt ja erst einmal ganz schön, impliziert aber auch, dass wir jetzt einen abhängigen Polizeibeauftragten hätten.

Das ist nämlich das erste Problem: Wir haben schon einen Polizeibeauftragten, und der ist erst seit drei Monaten im Amt. Kaum hat er mit seiner Arbeit begonnen, wollen die Grünen schon wieder etwas anderes.

Ich würde sagen: Wir lassen Herrn Hoffmann – Thorsten Hoffmann heißt unser Polizeibeauftragter nämlich – erst mal machen. Warten wir doch alle miteinander erst einmal ab, was diese Planstelle so bringt, und reißen nicht schon wieder alles um und ein und produzieren neue Kosten, neue Büros und neue Dienstwagen.

Es gibt zudem bereits das interne Beschwerdemanagement, und ohnehin gibt es den Weg des Dienstrechts. Die Möglichkeiten sind also heute schon vielfältig.

Warten wir doch zunächst einmal ab, was infolge des kommenden Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Fall „Lügde“ an strukturellen Veränderungen auf die Polizei in NRW zukommt. Man kann sich dann immer noch mal über den Vorschlag eines unabhängigen Polizeibeauftragten unterhalten – sofern wir jetzt keinen unabhängigen haben sollten – und darüber, ob und wie er dazu passen könnte. Ich bin in dieser Frage, ehrlich gesagt, völlig undogmatisch.

Was ich Ihnen aber auch sagen muss: Sie fangen mit Ihrem Gesetzentwurf so ein bisschen einbalsamierend an, die Polizei und ihre Arbeit werde hochgeschätzt. – So weit so richtig, jedenfalls außerhalb des links-grünen Lagers.

Auf den folgenden Seiten Ihrer Antragsbegründung liest sich dann aber doch wieder das altbekannte Misstrauen der Grünen gegen die Polizei heraus, so wie Sie es in vielen Bundesländern immer wieder versucht haben: mit der Kennzeichnungspflicht für Polizisten, mit Hotlines gegen angebliche Polizeigewalt oder wie heute mit sogenannten unabhängigen Polizeibeauftragten, ...

(Monika Düker [GRÜNE]: Da müsst ihr doch jetzt klatschen! – Gegenruf von Moritz Körner [FDP]!)

... so, wie Sie bis heute Schwierigkeiten damit haben, sich von Gesetzesbrechern, also den Gegnern der Polizei, zu distanzieren – seien es widerrechtliche Hausbesetzer, illegale Migranten, linksextreme Gewalttäter im Hambacher Forst oder die linksgrüne Antifa.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist eure Argumentation!)

Eine unmissverständliche Abgrenzung, nicht einmal ein Ende gemeinsamer Demos und Aufrufe mit diesem Sumpf sind von Ihnen zu vernehmen.

(Beifall von der AfD)

Die Grüne Jugend postet sogar stolz, wie auf ihren Demonstrationen Shirts mit der Aufschrift „FCK CPS“, also „Fuck Cops“, getragen werden – oder, um es ins Deutsche zu übersetzen, was dieser grüne Schnösel hier trägt: „Scheiß Bullen“. Das sind die Grünen 2019, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Es wäre also schön, wenn Sie erst einmal Ihr Verhältnis dazu klärten, denn in Ihren Reihen tummeln sich einige, die tatsächlich ein Fall für einen Polizeibeauftragten wären.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Für heute lehnen wir Ihren Antrag ab. Wir sind aber offen dafür, ihn zu einem geeigneteren Zeitpunkt und ohne polizeifeindliche Motivation noch einmal neu zu besprechen. Natürlich werden wir der Überweisung in den Ausschuss zustimmen. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wagner. Ich darf bei dem Anlass die Bitte äußern, dass auch bei den Zitaten

(Markus Wagner [AfD]: Ich weiß, aber das musste sein!)

die Sprachwahl klappt. Bei Zitaten ist das manchmal schwierig,

(Markus Wagner [AfD]: Das steht da nun mal auf dem Shirt!)

aber vielleicht kann man sich auch andere Dinge einfallen lassen, wie man es in der parlamentarischen Ausdrucksweise beschreibt.

Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Reul das Wort. Bitte sehr.

Herbert Reul, Minister des Innern: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Polizei bewältigt jährlich 5 Millionen oftmals konfliktbeladene Einsätze. Die Maßnahmen der Polizei wirken immer – das ist schon mehrfach gesagt worden – in die Öffentlichkeit und prägen damit auch das Bild in der Öffentlichkeit.

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institution der Polizei und in ihre Tätigkeit ist außerordentlich hoch. Das ist die Ausgangslage. Trotzdem:

Auch bei der Polizei passieren Fehler. Deshalb, Frau Schäffer, habe ich das nicht aus Versehen vorgetragen, sondern es ist mir ein Anliegen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das glaube ich Ihnen auch! Das nehme ich Ihnen ab!)

Dieses Anliegen habe ich übrigens in den letzten Wochen und Monaten auch durchzusetzen versucht, als es darum ging, das Ganze in dem berühmten Fall des kleinen ostwestfälischen Städtchens nicht nur abstrakt, sondern ganz konkret zu machen.

Ich habe dafür nicht Lohn, Erfolg und Unterstützung erfahren, sondern Beschimpfungen, dass ich das falsch machte. Deswegen sollte ich sogar zurücktreten. Diese Widersprüchlichkeit verstehe ich nicht. Das ist der eine Teil.

Der zweite Teil ist: Wie geht man jetzt damit um? Dann ist unsere Antwort: Wir richten einen Polizeibeauftragten ein. Wir haben einfach einen eingerichtet. Der ist seit März da. Viele Jahre lang gab es ihn nicht; das ist auch ein Fakt. Insofern, würde ich mal sagen, sind wir einen Schritt weiter als alle Regierungen vorher. Das ist Fakt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt kann man sich darüber unterhalten, welche Aufgaben, Funktionen und Zuständigkeiten dieser Beauftragte haben soll; das ist richtig. Sie haben ein anderes Modell als wir; darüber kann man auch streiten.

Ich glaube, Sie müssen sich auch wegen Ihrer vergangenen Entscheidungen schon mit dem Vorwurf konfrontieren lassen, dass es Ihnen nicht nur um die Frage geht, in der Polizei eine Anlaufstelle zu haben, damit sich Polizisten über Fehler, Vergehen, unrechtmäßiges Verhalten usw. beschweren können. Sie wollen die Öffentlichkeit hinzuziehen; das ist ein anderer Impetus. Sie haben außerdem eine Vorgeschichte, die heißt: Gesetz für Kennzeichnungspflicht von Polizisten.

(Beifall von der CDU – Zuruf: So ist es!)

Das gibt der Sache dann schon einen anderen Geschmack.

Deswegen kann ich verstehen, dass der eine oder andere fragt: Warum brauchen wir denn das, was Sie an Mehr zu dem vorschlagen, was wir jetzt schon haben? Das haben Herr Wagner und andere gesagt.

Dieser Polizeibeauftragte genießt Unabhängigkeit. Er hat Möglichkeiten, zu handeln. Er ist Anlaufstelle. Das ist alles das, was wir dringend brauchen und wozu wir jetzt eine Möglichkeit anbieten – nicht mehr und nicht weniger. Unmittelbar kann eingegriffen werden.

Er ist in das Ministerium integriert; ja, das ist der Unterschied zu Ihrem Vorschlag. Das hat aber auch einen guten Grund: Wir wollen nämlich sicherstellen,

dass neben der Aufarbeitung und der Konfliktbewältigung im Einzelfall auch eine strategische Aufarbeitung der zugrunde liegenden Sachverhalte möglich wird, damit man – noch einmal – auch mit Blick auf das Thema „Fortentwicklung einer professionellen Fehlerkultur in der Polizei“ weiterkommt.

Es gibt übrigens einen öffentlichen und schriftlichen Bericht. Auch da wird er also kontrolliert. Der Bericht liegt hier vor. Der Landtag ist doch der Kontrolleur. Sie können doch jederzeit darüber diskutieren und Ihre Meinung äußern.

Drittens. Es ist vorgetragen worden: Wir haben doch ein Beschwerdemanagement in der Polizei. Wenn ich mich recht erinnere, ist das auch in Ihrer Zeit eingeführt worden.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ja! Das war auch gut so!)

Ich verstehe gar nicht, warum Sie das jetzt nicht mehr gut finden.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Ich finde, das Beschwerdemanagement funktioniert verdammt gut:

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

4.960.000 Polizeieinsätze, 4.216 Beschwerden, 0,85 %. Also: Das Problem der Beschwerden über die Polizei ist nicht so gigantisch. Auch wenn in den letzten Wochen anhand des einen Falls der Eindruck erweckt wurde, die Polizei würde schlecht arbeiten, stimmt das doch gar nicht.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das sagen wir auch nicht!)

Es sind Einzelne – da sind wir einer Meinung –,

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Genau!)

und 40.000 oder 42.000 machen einen guten Job.

Dieses Management, das Sie damals eingeführt haben, dass in einem geregelten Verfahren überprüft wird, funktioniert, ist gut und reicht offensichtlich auch aus,

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

weil die Fälle ja nicht mehr sind als die, die wir jetzt haben.

Darüber hinaus gibt es auch noch andere Möglichkeiten, wie Sie wissen. Die Änderung der Kriminalhauptstellenverordnung im Jahre 2018 – übrigens in unserer Regierungszeit – schafft auch noch Möglichkeiten, dass dann, wenn in Polizeibehörden Fehler passieren, eine andere Behörde prüfen muss. Das hatten Sie früher auch nicht; das haben wir auch verschärft.

Also: Wir tun relativ viel. Es mag ja sein, dass Sie meinen, es wäre nicht genug, aber wir tun viel, um in

der Fehlerkorrektur zu einer fairen Beurteilung der Fehler und zum Abstellen von Fehlern zu kommen, aber nicht zu einer Verunglimpfung der Polizei insgesamt. Das ist genau das Problem, und das macht den Unterschied aus.

Insofern bitte ich, doch noch einmal darüber nachzudenken, ob es der Weg, den wir gehen, nicht zumindest wert ist, dass man ihn erst einmal prüft, ob er nicht ausreichend ist.

Beschwerdemanagement, Petitionsausschuss, strafrechtliche, disziplinarrechtliche Verfahren, Änderung der Kriminalhauptstellenverordnung und jetzt ein Polizeibeauftragter – ich finde, wir haben ganz viele Instrumente, und meines Erachtens reichen sie aus.

Wenn sie nicht ausreichen sollten, müssen wir darüber reden. Darüber kann man jederzeit reden, aber doch nicht so pauschal, dass man daraus einen Glaubenskrieg macht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Schäffer das Wort. – Bitte sehr.

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will erst einmal festhalten, dass die FDP offensichtlich kein einziges Beispiel für eine angebliche Misstrauenskultur von uns Grünen gegen die Polizei vorweisen konnte. Ich finde, das ist auch bezeichnend.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Reul, ich nehme Ihnen sogar ab, dass Sie eine Fehlerkultur wollen; ich glaube Ihnen das.

(Herbert Reul, Minister des Innern: Das mache ich sogar!)

Aber überzeugen Sie mal Ihre eigene Fraktion davon; das wäre doch der Punkt.

(Beifall von den GRÜNEN)

CDU und FDP sind hier ganz offenbar weiter in ideologischen Grabenkämpfen verhaftet.

(Zuruf von der CDU)

Es findet keinerlei politischer Diskurs statt. Ich war in Kiel. Ich habe auch mit dem Polizeibeauftragten in Rheinland-Pfalz gesprochen. Lassen Sie uns doch gemeinsam hinfahren. In Schleswig-Holstein sind CDU und FDP inzwischen überzeugt davon, dass die Polizeibeauftragte eine gute Arbeit macht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da ist keine Rede mehr davon, dass man sie abschaffen will. Man ist in der Regierung; man könnte

es ja tun. Man macht es nicht, weil man überzeugt davon ist. Hier das Angebot: Lassen Sie uns gemeinsam nach Kiel fahren und die Gespräche führen.

Ich will auch noch einmal sagen, Herr Brockmeier: Es ist nicht üblich, dass Oppositionsfraktionen hier einen 50-seitigen Gesetzentwurf vorlegen. Wir haben uns aber die Arbeit gemacht. Wir hätten auch nur einen Antrag stellen können, mit dem wir Herrn Reul auffordern, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten.

Nein, das haben wir nicht gemacht. Wir haben uns über ein Jahr hingezogen, und wir haben einen Gesetzentwurf erarbeitet. Wir haben uns damit auseinandergesetzt. Ich erwarte von Ihnen, dass auch Sie sich sachlich damit auseinandersetzen. Ich finde, das ist das Mindeste, was man als Erwartung an Abgeordnete haben kann:

(Beifall von den GRÜNEN)

dass sie die Gesetze lesen und sich sachlich damit auseinandersetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schäffer. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. – Das bleibt auch beim Blick in die Rundes so.

Dann sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, der uns empfiehlt, den **Gesetzentwurf Drucksache 17/6147** an den **Innenausschuss** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu **überweisen**. Darf ich fragen, wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit dem gerade festgestellten Abstimmungsverhalten so überwiesen.

Ich rufe auf:

5 Bunt, bunter, Straßenblockaden! Die Landesregierung muss ein tragfähiges Handlungskonzept gegen Chaoshochzeiten vorlegen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6262

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion dem Abgeordneten Wagner das Wort. Bitte sehr.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen!

„Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“

Das sagte die abgebrochene Theologin und Grünen-Frontfrau Göring-Eckardt. Und ja, verändert hat sich so manches, zum Beispiel die Vorstellung davon, wie hier einige meinen, Hochzeit feiern zu müssen. Aber ob wir uns darüber freuen können – ich glaube eher nicht.

Ich rede jetzt nicht einmal davon, dass man in diesem Land als Frau dazu unter Umständen – je nach Herkunft – mittlerweile auch gezwungen werden kann oder dass man Streitigkeiten neuerdings auch gerne mal in Großgruppen mit Messern und Baseballschlägern austrägt.

Als bürgerlicher Mensch freue ich mich immer, wenn zwei Menschen – angesichts des Themas, das wir zu besprechen haben, muss ich dazu sagen: in Freiheit und ohne Zwang – zueinander finden und ihre Liebe auch in Form gießen. Natürlich kann und soll man der Freude darüber Ausdruck verleihen. Wenn es Regionen in der Welt geben sollte, bei denen man dafür zu Schusswaffen greift oder mitten auf der Autobahn anhält, Rennen fährt oder umdreht, dann mag das, bitte sehr, jedes Land, jedes Volk für sich entscheiden; da will ich mich nicht einmischen.

Einmischen muss ich mich, müssen wir uns als AfD aber, wenn so etwas auf unseren deutschen Straßen passiert. Über einhundertmal musste die Polizei allein in den ersten drei Aprilwochen auf die Straße, um ausländische, im Regelfall türkische Hochzeiten zur Räson zu rufen. Sogenannte Integrationsforscher wollen uns aber erzählen, dass man dagegen nicht zu hart vorgehen solle. Und für die Grünen dürfte es überraschend sein, dass sich Integrationsforscher überhaupt zu diesem Thema melden; denn von den Grünen hören wir, dass ja auch Deutsche so etwas täten.

Nun ja, wir haben das Innenministerium mal gefragt. Aus der Vorlage 17/2067 geht hervor, dass es allein in dem Zeitraum vom 12. bis zum 14. April 2019 zu 32 Einsätzen im Zusammenhang mit Hochzeiten in NRW kam. Bei 18 von 32 Einsätzen sind weitergehende Ermittlungen anhängig. Aus den Datensätzen dieser 18 Ermittlungsverfahren ergibt sich wiederum, dass von den 54 identifizierten Tatverdächtigen tatsächlich 23 deutsche Staatsbürger sind. Der Rest waren Türken, Syrer, Iraker, Usbeken, Kosovaren und Russen.

Wir haben weiter gefragt, wie denn die Vornamen der deutschen Täter lauteten. Ich zitiere die Antwort:

„Sie heißen“

– abgesehen von der einmaligen Beteiligung von Denise und Fabian –

„Bashar, Osman, Harun, Mehmet oder Hassan.“

Meine Damen und Herren, damit eines klar ist: Selbstverständlich kann auch ein Ahmed genauso gut Deutscher sein oder werden wie ein Markus oder ein Armin oder ein Herbert. Aber dass hier die die Staatsangehörigkeit überlagernde ethnokulturelle Prägung der Herkunftsfamilie der ausschlaggebende Faktor für die Tatbeteiligung darstellt, liegt doch wohl mehr als nahe. Und damit nähern wir uns dem Kern der Sache so, wie wir das heute Morgen schon beim Thema „Clankriminalität“ tun mussten.

Natürlich müssen Bußgelder, Sicherstellungsvorschriften und Ähnliches angepasst werden. Daneben aber – und das ist der Punkt – müssen wir ran an die Themen Integration, die Sanktionierung von Integrationsverweigerung, an das Staatsangehörigkeitsrecht und natürlich auch an das Megathema „Abschiebung“.

Und da, liebe CDU, sieht auch die Landesregierung von Armin Laschet und Herrn Dr. Stamp mehr als schlecht aus. Ich wiederhole mich gerne, wenn ich sage, dass Sie dieses Thema nicht einfach dem FDP-Minister überlassen können, der sich eher darum kümmert, Illegales zu legalisieren.

Als Mitglied der AfD freut es mich natürlich, dass einzig wir den Willen dazu haben, konsequent abzuschieben, dass nur wir Integrationsverweigerung sanktionieren wollen. Allerdings bin ich, bevor ich Parteimitglied bin, zuerst Bürger dieses Landes, und in dieser Funktion würde ich mir wünschen, dass nicht nur die AfD, sondern auch Sie da wieder auf Kurs kommen.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr dafür, dass wir uns im Ausschuss darüber unterhalten, was wir als Gesetzgeber an Verschärfungen im Straf- und im Verkehrsrecht durchsetzen können. Ich will aber auch nicht, dass die Multi-Kulti-Gesellschaft immer häufiger dazu führt, dass wir mittlerweile an allen Ecken und Enden über die Einschränkung von Freiheitsrechten und die Verschärfung oder Neueinführung von Straftatbeständen für alle – eben auch die angestammten Deutschen und die gut assimilierten Ausländischstämmigen – nachdenken müssen.

Wir dürfen unsere Freiheit nicht aufgeben, sondern müssen das Eigene, das Gute, das Bewährte verteidigen – nicht mit Schaum vor dem Mund, sondern entspannt und souverän, und dazu gehört auch: Wer sich nicht anpassen will, kann auch gerne wieder gehen.

Wenn ich eingangs Frau Göring-Eckardt zitiert habe, dann bin ich leider auch gezwungen, zu wiederholen, was unsere Kanzlerin so von sich gibt:

„Wir haben mühsam verstanden, dass und wie die Einwanderung unser Land verändert und wie sie unser Land auch noch weiter verändern wird.“

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Markus Wagner (AfD): Frau Merkel und ihre grünen Freunde in den Mainstream-Medien mögen sich über derartige Veränderungen freuen. Wir und die Mehrheit der Deutschen tun das nicht, und wir sind deren Stimme. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Golland.

Gregor Golland (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Türkische Hochzeiten auf deutschen Autobahnen sind ein Phänomen, welches in den letzten Wochen traurige Bekanntheit und Aufmerksamkeit erlangt hat.

Autokorsos, Straßenblockaden, Nötigung und Beleidigung anderer Verkehrsteilnehmer, Tänze, Feuerwerk und das Rumballern mit Schreckschusspistolen auf öffentlichen Straßen und Plätzen sind gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr, es sind Ordnungswidrigkeiten und Straftaten. Sie sind nicht durch kulturelle Besonderheiten oder Traditionen zu rechtfertigen oder zu verharmlosen, sondern mit den Mitteln des Rechtsstaates konsequent zu ahnden.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das sehe ich auch so!)

Dies tut die Landesregierung. Nachdem es in wenigen Wochen über 100 bekannte Fälle gegeben hat, ist Innenminister Reul sofort in die Offensive gegangen und hat ein Lagebild erstellen lassen. Darüber haben wir heute schon etwas gelernt. Des Weiteren hat er sehr offen und direkt kommuniziert – ich zitiere aus seiner Pressemitteilung vom 17.04.2019 –:

„Das ist rücksichtsloses Verhalten, für das mir jedes Verständnis fehlt, und das wir nicht hinnehmen.“

Und weiter:

„Die Polizei in Nordrhein-Westfalen geht gegen Exzesse vor und versteht da keinen Spaß.“

Hier sieht man den Unterschied zur rot-grünen Vorgängerregierung. Probleme werden nicht ignoriert, geleugnet, schöngeredet, sondern offensiv benannt und angegangen, eben auch, wenn es politisch nicht korrekt sein mag.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Die Linie der NRW-Koalition gilt: konsequentes Einschreiten und null Toleranz gegenüber denjenigen, die sich nicht an Regeln und Gesetze halten. – Es sind eben keine Bagatellen. Dieses Verhalten stört das Rechtsempfinden der anständigen Bürger immens. Es drückt die öffentliche Verachtung für unsere Art, miteinander zu leben, unsere kulturelle Identität und unsere Rechtsordnung aus. Es ist eine Machtdemonstration gegen die Gesellschaft und eine Protzerei mit teuren, oft geliehenen Sportwagen, um die eigene Unzulänglichkeit zu kaschieren.

Dabei ist keinerlei Unrechtsbewusstsein zu erkennen, wie der Vorfall auf der A3 zeigt. Die angehaltenen Mitglieder der Hochzeitsgesellschaft gaben gegenüber den Beamten zu Protokoll: Diese sollen sich keine Sorgen machen, denn man kenne schließlich einen guten Anwalt.

Die daraufhin eingerichtete Ermittlungskommission „Donut“ hat schließlich zu mehreren Wohnungsdurchsuchungen im Kreis Wesel geführt, bei denen auch SEK im Einsatz waren. Das zeigt, dass man es hier offenbar nicht mit Falschparkern, sondern mit polizeibekanntem Kriminellen zu tun hat. Die dabei gefundenen Testosteronpräparate lassen in vielerlei Hinsicht tief blicken. Das Auftreten dieser Klientel erinnert zudem an das von kriminellen Familienclans. Hier sind Überschneidungen naheliegend.

Was kann man nun dagegen tun? – Die Anwendung und Durchsetzung bestehender rechtlicher Möglichkeiten muss zu 100 % erfolgen. Wo diese nicht ausreichen, müssen wir nachsteuern. Führerscheine sollten so lange wie möglich entzogen und die Fahrzeuge beschlagnahmt und verwertet werden. Da diese oft nur gemietet bzw. von Verwandten oder Strohmännern geliehen worden sind, sollten auch die Halter in die Haftung genommen werden. Dann hört der Spaß ganz schnell auf.

Ähnlich wie nach den schrecklichen Raserunfällen mit Toten ist es sinnvoll, neue gesetzliche Möglichkeiten zu prüfen und gegebenenfalls zu schaffen, bevor noch mehr passiert und unbeteiligte Unschuldige zu Schaden kommen.

Im Übrigen ist der hart arbeitenden Bevölkerung nicht vermittelbar, wie 20-Jährige ein Auto im Wert von 150.000 Euro fahren können. Der Abgleich mit den Sozialämtern zur Prüfung möglicher Betrugstatbestände sollte bei entsprechenden Kontrollen regelmäßig durchgeführt werden.

Respekt und Anerkennung bekommen der Staat und damit wir alle nicht durch falsche Toleranz, sondern durch konsequente Rechtsstaatlichkeit. Unsere Sicherheitsbehörden werden die bis dato gewonnenen Erkenntnisse verarbeiten und Strategien zum weiteren Vorgehen ableiten.

Wir wollen, dass Menschen friedlich ihre Feste feiern – darauf haben sie ein gutes Recht –, aber wir

wollen nicht, dass andere dabei in Mitleidenschaft gezogen werden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Golland. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei manchen Anträgen kann man nur versuchen, humorvoll damit umzugehen. Ich werde zwar sehr ernsthaft über das Phänomen sprechen, weil das verdient ist, aber nicht über die restlichen Implikationen Ihres Antrags.

Ich habe ihn heute Morgen gelesen. Ich war vom Bahnhof auf dem Weg nach hier. Da ist mir Folgendes passiert – ein solcher Antrag macht ja etwas mit einem –: Da ist eine Gans vor mir bei Rot über die Straße gegangen, und alle Fahrzeuge mussten halten. – Da dachte ich: Das geht nicht. – Ich konnte keine Identitätsfeststellung machen, aber ich habe ein Foto, das ich Ihnen geben kann.

(Heiterkeit von der SPD)

Die Gans kriegen wir. Dann sage ich: Raus mit der aus Düsseldorf! Raus mit der aus Düsseldorf!

Zum Antrag: Sie erwähnen darin einen Professor Detlef P. Das fand ich gut, denn normalerweise schreibt man nur bei Beschuldigten den Nachnamen nicht aus. Detlef P.! Ich habe nachgeschaut, er heißt Detlef Pollack. Da dachte ich: Sie sind aber sehr sensibel mit dem Namen umgegangen. Das hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Detlef P. stellt auf jeden Fall fest, dass ein Autokorso eine Ausdrucksform nationalen Stolzes sein kann. Da kann ich nur sagen: Das wissen wir spätestens seit 1990, als wir Fußballweltmeister geworden sind und wir seitdem ständig zum Feiern auf die Straßen gehen. 2018 haben wir das nicht gemacht. Selbst nach dem Schweden-Spiel haben wir das nicht gemacht.

(Heiterkeit von der SPD)

Im Jahr 2008 gab es aber während der Fußball-Europameisterschaft permanent Autokorsos, sowohl dann, wenn die Deutschen gewonnen haben, aber auch dann, wenn die türkische Nationalmannschaft gewonnen hat. Das ist erst in der 89. Minute nach dem 3:2 von Deutschland gegen die Türkei zu Ende gewesen. Lahm hat das Tor geschossen. Bayern-Fans wissen das. Da hat der Lahm der türkischen Gemeinde den Autokorso quasi lahmgelegt. Wir sind herumgefahren, haben unsere Fahnen geschwenkt, und das über Stunden. Aber hallo!

Als dann Spanien das Endspiel gewonnen hat, führen nur einige wenige Spanier im Korso herum. Da dachte ich mir: Mensch, da musst du eigentlich mitfahren. Das ist so traurig. – Aber dann konnte ich dem Torres doch nicht verzeihen, dass er das Tor gegen Lehmann gemacht hat. Ich hatte aber auch keine spanische Flagge dabei. Insoweit ist alles gut.

Nein, Leute, ein Autokorso ist keine fremde Sitte. Übrigens ist laut Wikipedia der Autokorso übliches Brauchtum bei Hochzeiten, und zwar mit Hupen und hinten mit Blechdosen. Ich denke jedes Mal, wenn die an mir vorbeifahren: Mensch, ein Glück, dass du da nicht drinsitzt, aber die anderen sollen sich unglücklich machen, wenn sie es denn wollen.

Dann kommt wieder Detlef P. und schreibt, da gehe es um männliches Machoverhalten. Ja, das glaube ich auch. Aber hallo! Weltumspannende Sitte oder Unsitte: Männer und ihre Autos, vor allem dann, wenn noch Testosteron dazu kommt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Kompensationsnotwendigkeiten von Männern mit ihren Autos, das ist eine lange, lange Geschichte.

Jetzt werde ich aber auch mal ernst; denn die derzeitigen Autokorsos sind eben nicht wie die nach Fußballspielen vorhersehbar und auch von der Polizei nicht so planbar, dass sie dabei ist und für Ordnung sorgen kann.

Sie bewegen sich mittlerweile häufig deutlich jenseits der Grenze von Ordnungswidrigkeiten gegenüber dem, was wir bisher kennen. Das gilt vor allem für das Verhalten auf der Autobahn. Selbstverständlich haben da Waffen überhaupt nichts zu suchen. Das Dumme ist, dass wir hier auch davon reden müssen, dass davon eine Gefahr und zum Teil auch eine tödliche Gefahr ausgeht.

Ich sage Ihnen einmal ganz persönlich: Ich kann es schlicht und ergreifend auch nicht leiden, mir solche Idioten mit Machogehabe reinzutun. Das kann ich nur ganz schwer ertragen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe auch keine Lust, wegen eines solchen Affengehabes im Stau zu stehen. Ich bin gerade in dieser Woche nicht verdächtig, den Innenminister zu loben, aber das Phänomen ist erkannt worden. Das haben wir sehr deutlich vernommen.

Es wird ernst genommen, und es ist völlig richtig, direkt darauf zu reagieren. Das ist es ja, wenn es heißt, Polizei sei eine lernende Einheit. Sie nimmt neue Phänomene wahr, erforscht sie, versucht ihre Maßnahmen diesbezüglich anzupassen, um diese Phänomene entsprechend zu bekämpfen.

Das ist ein selbstverständlicher Teil der Polizeiarbeit und das laufende Geschäft. Das machen die. Da

braucht es einerseits keinen Kulturpessimismus und andererseits keine Heldenüberhöhung oder, was Sie gerade gesagt haben, ein ständiges Betonen von Glaubensbekenntnissen.

Auch der Innenminister macht hier eindeutig seinen Job: draufgucken, prüfen, Personalmaterial gewinnbringend einsetzen, prüfen, ob weiteres notwendig ist. Wir müssen natürlich auch prüfen, ob der Rechtsrahmen stimmt, ob der Nötigungstatbestand und insbesondere § 315 StGB ausreicht. Dann müssen wir die ersten Urteile abwarten und möglicherweise rechtlich nachjustieren an der einen oder anderen Stelle. Das werden wir dann sehen. Das kann die Polizei nicht alleine, da müssen wir gucken, wie es im juristischen System dann läuft.

Ich bin übrigens auch immer ein Freund von Nebenstrafen. Zum Beispiel finde ich einen Führerschein entzug, wenn jemand deutlich nachweist, dass er zum Führen eines Fahrzeugs nicht geeignet ist, wunderbar – frei nach dem Motto: Was nichts kostet, ist auch nichts. Konsequenzen sind immer interessant.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Andreas Bialas (SPD): Ich würde auch durchaus weitere Möglichkeiten prüfen, Halterhaftung und Sonstiges.

Bei den Worten von Kollege Golland musste ich doch ein bisschen schmunzeln. Da dachte ich: Na, mit Kevin ein Bierchen getrunken und dann über Enteignungsfantasien im Bereich Verkehr nachgedacht.

(Heiterkeit von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Andreas Bialas (SPD): Das fand ich spannend.

(Zuruf von der CDU)

Ich komme auch zum Ende. Ich würde noch hinzufügen: Ausloten von Aufklärung, Einbezug von hochzeitsfeierausrichtenden Frauen – die sind meistens vernünftiger –, nicht dass die Frau nachher alleine bei der Hochzeit sitzt.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Ich habe derzeit nicht das Gefühl, dass die Polizei das in NRW nicht in den Griff bekommt.

Die Phänomene kommen, die Phänomene gehen – jetzt konsequentes Handeln, der Innenminister berichtigt uns im Innenausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Sie haben wahrscheinlich gesehen, dass von Herrn Kollegen Wagner eine Kurzintervention angemeldet wurde. Sie können das auch gerne vom Platz beantworten; das ist Ihnen überlassen. – Herr Kollege Wagner, Ihr Mikro ist freigeschaltet.

Markus Wagner (AfD): Lieber Kollege Bialas, zum einen vorweg: Die Abkürzung des Nachnamens ist leider eine häufig gestellte Forderung der Landtagsverwaltung bei der Einbringung von Anträgen.

Darüber hinaus haben wir damit natürlich auch Ihre Recherchefähigkeiten prüfen wollen,

(Zuruf von der SPD: Oh!)

ob Sie in der Lage sind, den vollständigen Nachnamen herauszufinden. Sie haben den Test auf jeden Fall bestanden.

Zum anderen bin ich begeistert über Ihr fußballerisches Fachwissen. Nur, es besteht natürlich ein deutlicher Unterschied zwischen irgendwelchen Autokorsos bei einer Welt- oder Europameisterschaft, die zumeist in den Innenstädten stattfinden, oder dem Ausbremsen von Verkehrsteilnehmern auf der Autobahn, dem Blockieren von Autobahnen, dem Anhalten auf Autobahnen und dem Aussteigen auf Autobahnen, um Fotos zu machen.

Vielleicht müssen wir so lange darüber reden, bis nach einem solchen Fall der erste Tote wegen einer solchen Aktion zu beklagen ist. Ich glaube, dass wir schon deutlich machen sollten, welche Unterschiede es zwischen den Autokorsos gibt, die Sie zu Beginn Ihrer Rede beispielhaft genannt haben – auch um das Ganze ein bisschen aufzulockern; das verstehe ich ja –, und denen, über die wir hier sprechen.

In diesem Sinne, glaube ich, sollten wir uns auf das konzentrieren, was insbesondere auf unseren Autobahnen stattfindet und brandgefährlich ist, was eine Machtdemonstration bedeutet und was auch die Verachtung unseres Rechtssystems ausdrückt.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Bialas, wenn Sie möchten.

Andreas Bialas (SPD): Es gab ja auch andere Namen in dem Antrag, zum Beispiel Rainer Wendt. Da

hätte ich mich gefreut, wenn da „Rainer W.“ gestanden hätte.

Ich glaube, ich habe sehr deutlich gemacht, wo hier der Spaß ist – das habe ich auch sehr deutlich auf ihre Implikationen bezogen – und wo es tatsächlich um ein ernsthaftes Phänomen geht. Auch da habe ich sehr deutlich gemacht, dass ich nicht das Gefühl habe, dass die Polizei oder deren Führung sich dem nicht deutlich stellt und keine Maßnahmen ergreift.

Wie gesagt, ich bin nicht dafür da, die Regierung zu loben. Ich bin aber auch nicht dafür da, zu sagen: „Sie machen Mist“, wenn sie es gerade mal nicht macht.

(Heiterkeit von Herbert Reul, Minister des Innern)

Noch etwas anderes: Bitte nehmen Sie meine Einstellung zur Kenntnis, dass es schon ein Unterschied ist, ob ich den deutschen Rechtsstaat verachte oder ob ich mich testosterongesteuert saublöd verhalte. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Pfeil.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, so unterschiedlich können Themen behandelt werden. Wir haben zum einen eine sehr humorvolle Darstellung von Herrn Bialas, der aber die Schwerpunkte sehr wohl richtig gesetzt hat; wir haben eine rechtliche Darstellung von Herrn Golland, und wir haben eine Darstellung des Antragstellers, von Herrn Wagner, der zumindest im letzten Drittel immer wieder das Thema „Abschiebung“ in den Mittelpunkt seines Antrages und auch seiner Rede gestellt hat.

Das Thema „Chaoshochzeiten“ ist ein Problem. Es ist ein rechtsstaatliches und ein Sicherheitsproblem. Das weiß aber auch der Innenminister.

Der Antrag stammt vom 14.05.2019. Richtig ist, dass es in der Vergangenheit eine Vielzahl von Vorfällen gab. Doch bereits am 8. April 2019 ist das Innenministerium tätig geworden und hat alle Kreispolizeibehörden aufgefordert, bei Einsätzen im Zusammenhang mit Hochzeiten stets eine WE-Meldung abzusetzen.

Bis zum 9. Mai 2019 wurden auf dieser Grundlage 120 Vorfälle festgestellt, und es wurden Schwerpunkte ausgewertet. Das Innenministerium hat also fakten- und zahlenbasierte Grundlagen ermittelt und ein Lagebild erstellt. Daraus folgte ein Aktionsplan. Der steht seit dem 16. Mai 2019 allen zur Verfügung.

Ich kann nur sagen: Die Landesregierung ist direkt tätig geworden. Der Minister hat alles, was ihm zur

Verfügung stand, direkt in die Wege geleitet. Deswegen braucht es dieses Antrages in dieser Ausführlichkeit nicht mehr. Ich bin mir sicher, dass die Sachen weiter gut behandelt werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Pfeil. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nur sagen: Männliches Machoverhalten kann ich überhaupt nicht leiden. Leider ist es aber nicht verboten.

(Heiterkeit)

Wir sprechen hier aber über eine Straftat. Es ist verboten, sich auf eine Autobahn zu stellen und eine Hochzeitsparty zu feiern, und zwar zu Recht, weil es ein gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr ist.

Ich will aber auch noch einmal darauf hinweisen, dass in der Zusammenstellung über die beim Innenministerium eingehenden WE-Meldungen, die wir für die letzte Sitzung des Innenausschusses bekommen haben, auch Sachen dabei sind, bei denen ich ein Fragezeichen machen würde, ob und inwiefern da eine Gefährdung für die Gesellschaft besteht.

Zum Beispiel Punkt 18, WE-Meldung aus Mönchengladbach, Tathergang: Ruhestörung durch laute Musik aus Fahrzeugen. – Das kann ich total blöd finden; ich sehe hier jedoch erst mal keine Gefährdung.

Aber wenn Straftaten begangen werden, wenn es gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr gibt – das ist verboten –, braucht es kein Handlungskonzept, sondern die Strafverfolgung.

Andreas, ich gebe jetzt doch noch ein Glaubensbekenntnis ab: Ich glaube an unsere rechtsstaatliche Polizei; ich glaube an die Justiz. Und ich glaube, dass das Thema bei ihnen in guten Händen liegt und beide mit dem Thema gut umgehen werden. Dafür brauche ich den Antrag nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und Dr. Werner Pfeil [FDP] – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Reul das Wort.

Herbert Reul, Minister des Innern: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, darauf kann man sich verständigen: Ein Autokorso, der Freude ausdrückt, ist kein Problem. Er wird dann zum Problem, wenn er zu einer Gefahr für andere wird. Das ist

das neue Phänomen, das wir bisher nicht hatten, was insbesondere bei dem Vorfall im März auf der Autobahn deutlich geworden ist.

Dazu hat es schon Debatten im Innenausschuss gegeben, und wir haben Konsequenzen gezogen und gesagt: Was ist überhaupt der Sachverhalt? Das müssen wir erst mal klarkriegen. Das ist nicht irgendein Autokorso.

Frau Schäffer, Sie haben recht, Fall 18 gehört nicht auf diese Liste. Da bin ich Ihrer Meinung. Aber bei den anderen handelt es sich um Fälle, bei denen uns die Polizeibehörden die Ausgangslage geliefert haben.

Deswegen haben wir gesagt: Wir wollen erst einmal die Fakten haben, Statistiken ermitteln – wie viele, wann und wo –, um daraus Konsequenzen und Maßnahmen für einen Aktionsplan ableiten zu können, dessen Ziel relativ einfach ist. Wir müssen verhindern, dass Unbeteiligte in Gefahrensituationen kommen.

Politisch ist klar: Wir können und werden nicht zulassen, dass irgendwelche Menschen meinen, auf Straßen, Stadtviertel oder Wege und Plätze Besitzansprüche zu haben.

Ein Überblick über die vorhandenen Zahlen: 127 Vorfälle – minus eins, also 126 –; die meisten Einsätze am Wochenende – kein Wunder, aber wichtig –; geografischer Schwerpunkt: Ruhrgebiet; 12 Vorfälle auf Autobahnen; 36 gemeldete Vorfälle mit Schussabgaben – nur bei 14 haben wir Munitionsreste gefunden, sodass die Schussabgabe sicher ist; die anderen sind gemeldet, das schwankt also ein bisschen –; 17 Vorfälle mit Abbrennen von Pyrotechnik. Auch Letzteres geht nicht auf Straßen, damit das klar ist.

Das ist die Ausgangslage. Wir haben im Moment eine Beruhigung der Lage. Ich glaube, das hat etwas mit dem Fastenmonat zu tun – nicht mehr und nicht weniger –, weil dann solche Feste nicht stattfinden.

Lange Rede, kurzer Sinn: Die Regeln der Straßenverkehrsordnung gelten für alle, ob Hochzeitsgesellschaft, privater Fahrer oder Berufsfahrer. Wer sich nicht daran hält, muss mit der Strenge des Gesetzes rechnen. Und wir müssen dafür sorgen – das ist wohl das allerwichtigste, und dazu dient auch diese Lagebeurteilung –, dass wir relativ schnell und zügig da sind, wenn so etwas passiert, damit sich daraus keine Gefahren entwickeln können. Das hat oberste Priorität.

Dann muss man nachschauen – einige Maßnahmen sind sicherlich schon ergriffen worden –, wie wir handeln, wie wir sanktionieren können. Wenn die Mittel nicht ausreichen – für den Hinweis bin ich den Rednern dankbar –, muss man auch über neue rechtliche Instrumente nachdenken. Wir wollen aber erst mal die anwenden, die wir haben. Ich glaube, die können auch schon ordentlich wehtun.

Über den Führerscheinenzug entscheidet aber nicht die Polizei, sondern andere Behörden. Aber wenn man den Nachweis führt, dass jemand nicht in der Lage ist, ein Fahrzeug zu führen, kann man über Führerscheinenzug ernsthaft nachdenken. Es haben schon ganz andere Fälle zum Führerscheinenzug geführt.

Ich bedanke mich für die Gemeinsamkeit in dieser Frage. Lange Rede, kurzer Sinn: Die Autobahnen sind keine Festsäle. Wer das anders sieht, wird nicht mehr Auto fahren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 5.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/6262** an den **Innenausschuss** – federführend – sowie an den **Integrationsausschuss** und den **Verkehrsausschuss** zur Mitberatung. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Sich enthalten? – Da beides nicht der Fall war, haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

6 Islam in Nordrhein-Westfalen: Interreligiösen Austausch intensivieren – Dialog mit Muslima und Muslimen auf eine neue Grundlage stellen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5068

Beschlussempfehlung und Bericht
des Integrationsausschusses
Drucksache 17/6281

Ich eröffne die Aussprache, und für die antragstellende Fraktion der CDU hat Frau Kollegin Wermer das Wort.

Heike Wermer (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Integration und Migration sind zwei Felder, die wir von der NRW-Koalition seit Regierungsübernahme erfolgreich angehen.

Mit einer Integrationsstrategie werden aktuell alle Schritte und Strukturen geordnet und optimiert. Wir wollen das Prinzip der gelingenden Integration umsetzen. Dabei ist uns klar: NRW ist ein Land, das über eine Einwanderungsgeschichte verfügt, und

das schließt alle Nationalitäten, Zugehörigkeiten und Religionen mit ein.

Für ein erfolgreiches Zusammenleben ist die Diskussionskultur untereinander zu befördern. Gerade der interreligiöse Dialog ist hier ein wichtiges Medium, um Gemeinsamkeiten zu erkennen und Intoleranz vorzubeugen. Antisemitismus, Islamfeindlichkeit oder aber Angriffe auf Christen – egal ob in Deutschland oder im Ausland – sind nicht zu dulden.

Meine Damen und Herren, oft wurde in der Vergangenheit über Muslime gesprochen. Für uns gilt aber der Anspruch, verstärkt mit Muslimen zu sprechen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wir wollen sie in die Politik einladen und mitnehmen. Das wollen wir mit unserem Antrag fördern. Dafür soll die „Koordinierungsstelle Muslimisches Engagement in NRW“ ihre Arbeit aufnehmen. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen. Erst 2018 wurden Projekte mit DITIB zu Recht auf Eis gelegt. Eine Organisation, die sich nicht von einem anderen Staat und seinen Weisungen distanziert, kann kein adäquater Ansprechpartner für uns sein.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Daneben gelten auch Vereinigungen wie Milli Görüs, Mitglied im Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland, durchaus als problematisch.

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Ein reiner Islam der Konsulate bringt uns nicht weiter.

Bis 2017 haben wir uns nur auf den bekannteren Islam, nämlich den organisierten Islam fokussiert. Die großen Organisationen können aber nicht für die rund 30 anderen sprechen. Mit der Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW“ wollen wir den Gesprächsfaden mit Muslimen aufbauen, halten und weiterspinnen.

Es ist klar: Wir müssen die Weichen neu stellen. Das kann aber nur gelingen, wenn wir unser Augenmerk vor allem auf freiheitliche, europäische und weltoffene Akteure richten und diese Einstellungen auch erwarten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es sind nicht nur die großen Verbände, die unsere Aufmerksamkeit verdienen; auch kleinere, freiheitliche Moscheegemeinden und Vereinigungen müssen ihre Meinung zu unserer Gesellschaft einbringen können. Das haben wir konkret im Blick.

Wir wollen allen Muslimen einen Raum für Dialog geben. Selbstverständlich können wir diesen Dialog nur anstoßen; schließlich wollen wir die weltanschauliche Neutralität des Staates wahren. Wir können jedoch Impulsgeber sein, damit ein Dialog der Muslime nach innen, aber auch nach außen stattfindet.

Das im Ausschuss vorgestellte Dreisäulenmodell stimmt mich zuversichtlich: Erstens. Die Koordinierungsstelle stößt ein Forum für die muslimische Zivilgesellschaft an. Zweitens. Sie erörtert momentan die Zusammensetzung eines Expertenrats, der bei tagessaktuellen oder grundsätzlichen Gesellschaftsthemen zurate gezogen werden kann. Drittens. Sie nimmt das Projektmanagement in den Blick und bietet sich als Ansprechpartner für Projektförderungen in unterschiedlichen Bereichen an.

Die Koordinierungsstelle dient somit nicht nur der Zusammenarbeit, sondern darüber hinaus auch dem Zusammenleben aller. Zu diesem Zusammenleben gehört auch, dass erstens die Lebenswirklichkeiten von Muslimen in NRW Berücksichtigung finden und zweitens eine Vernetzung von Akteuren stattfindet. Einen solchen Koordinationspartner stellen wir uns vor.

Der Landeshaushalt für das Jahr 2019 berücksichtigt bereits die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Muslime in NRW. Einer Arbeitsaufnahme der Koordinierungsstelle steht also nichts mehr im Wege. Als NRW-Koalition wollen wir endlich eine Struktur schaffen, um nicht nur über Muslime zu sprechen, sondern um gemeinsam mit ihnen an einem noch besseren NRW für uns alle zu arbeiten. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Wermer. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Yetim.

Ibrahim Yetim (SPD): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Der Islam gehört zu Nordrhein-Westfalen, und die mehr als 1 Million Menschen muslimischen Glaubens bei uns im Land, die ihre Heimat hier haben, gehören auch zu uns.

Dieses Land ist auch ihr Land und somit auch ihre Heimat. Sie haben Nordrhein-Westfalen mit geprägt, sie tun es Tag für Tag. Sie sind ein Teil unserer Gesellschaft. Das sei vorweggeschickt, um zu verdeutlichen, warum es so wichtig ist, dass wir mit diesen Menschen in einen engen Kontakt kommen.

Frau Wermer hat vorhin gesagt, dass die Landesregierung das Dialogforum Islam aufgekündigt hat. Ja, das war in der öffentlichen Diskussion. Ich finde es auch richtig, dass Sie das aufgekündigt haben. Wir hatten das wegen der Spionagevorwürfe gegen DITIB ausgesetzt.

Sie werden sich daran erinnern, dass wir gesagt haben: Solange nicht geklärt ist, wie wir mit DITIB umgehen, wie DITIB mit uns umgeht und wie DITIB sich aufstellt, können wir nicht mehr mit euch reden. –

Deswegen wurde das Dialogforum Islam von der alten Landesregierung ausgesetzt. Das war ein wichtiger Schritt, um deutlich zu machen, wo wir als Landesregierung stehen.

Bei der Koordinierungsstelle und dem Expertenrat, den Sie jetzt einrichten wollen, haben wir das Problem, dass Sie DITIB wieder mit einbinden. Ich finde, Sie machen hier wieder das Tor für einen Verband auf, der sich immer noch nicht klar positioniert hat, und der immer noch nicht klar zu unserer Gesellschaft und zu unserer Werteordnung steht. Deswegen bin ich sehr gespannt, wie Sie das anstellen wollen.

(Beifall von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Wir als SPD-Fraktion begrüßen es, dass Sie einen größeren Teil muslimischer Akteure einbinden wollen. In Nordrhein-Westfalen gibt es viele reformorientierte Gemeinden, aber auch viele andere Organisationen, die für das muslimische Leben stehen. Deswegen ist es gut, dass Sie versuchen, sie alle einzubinden.

Ich habe an der einen oder anderen Stelle schon mal gesagt, dass ich es für wichtig halte, diese kleineren Gemeinden einzubinden und zu berücksichtigen. Damit würde deutlich, dass es eben nicht nur DITIB gibt, nicht nur VIKZ und wie sie alle heißen, die für sich immer in Anspruch nehmen, für die Muslime in NRW zu sprechen. Das stimmt einfach nicht. Das muslimische Leben in NRW ist weitaus vielfältiger, als es dargestellt wird. Deswegen ist es auch gut, dass Sie das so angehen. Dafür an dieser Stelle ein Lob von uns.

Gleichwohl haben wir grundsätzlich immer noch einige Probleme mit diesem Antrag. Es sind ein paar Fragen offengeblieben, und ich will Ihnen sagen, was uns nicht überzeugt.

Sie sehen eine Intensivierung des religiösen Dialogs vor. Dabei ist immer noch nicht klar geworden, welche Rolle religiöse Fragen in der Koordinierungsstelle spielen sollen und wie das Ministerium diese Rolle unter dem Gebot „Trennung von Kirche und Staat“ moderieren will. Für uns ist eines ganz wichtig: Religion und Staat müssen getrennt bleiben. Allerdings sehen wir noch nicht genau, wie Sie das umsetzen wollen.

Sie greifen in Ihrem Antrag den religiösen Extremismus auf. Ja, das ist ein Thema; denn es gibt einzelne Moscheegemeinden – davor darf man die Augen nicht verschließen –, in denen eine Radikalisierung stattfindet. Wenn Sie aber den Dialog mit den Muslimen in Nordrhein-Westfalen gestalten wollen, dann ist eine solche Stigmatisierung erst mal nicht hilfreich.

Wir denken – ich habe auch den Minister in der letzten Ausschusssitzung so verstanden; da sind wir einer Meinung –, dass der Kampf gegen den religiösen

Extremismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die nicht nur die religiösen Gemeinden vollziehen müssen.

Den Expertenrat sehen wir an einer Stelle auch etwas kritisch. Gerade in den letzten Wochen wurde noch einmal sehr deutlich: Es kann nicht sein, dass die Staatssekretärin ein Thema in die Welt setzt, zu dem das Ministerium keine Zahlen vorliegen hat. Der Minister ist dann bemüht, diese Debatte wieder einzufangen. Die Landesregierung befragt anschließend den Expertenrat dazu. Das ist ein merkwürdiges Politikverständnis. Wir sind der Meinung, dass genau dafür der Expertenrat eigentlich nicht da sein sollte.

Dieser Antrag ist jetzt nach zwei Jahren Ihrer Regierungszeit ein erstes Signal an die Muslime in Nordrhein-Westfalen. Allerdings ist die Gesellschaft im Allgemeinen, aber auch die Ausgestaltung und Umsetzung der Arbeit der Koordinierungsstelle noch etwas diffus.

Hinzu kommt, dass, wie wir jetzt erfahren haben, Professor El-Mafaalani, der – wie ich finde – Querdenker, derjenige, der das Konzept entwickelt hat, nach einem Jahr im Ministerium nun aufhört. Wir fragen uns: Wie geht es da jetzt eigentlich weiter? Das kam sehr überraschend.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Ibrahim Yetim (SPD): Ich möchte noch kurz den Minister zitieren, der gesagt hatte, dass Professor El-Mafaalani, der dieses Konzept entwickelt hat, diese Aufgabe hervorragend angehen werde. – Jetzt ist er von Bord gegangen. Da stellt sich die Frage: Wie geht es weiter?

Wir werden uns enthalten und hoffen, dass diese Koordinierungsstelle ihre Arbeit gut machen wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Für die die zweite antragstellende Fraktion, die FDP-Fraktion, hat Herr Kollege Lenzen jetzt das Wort.

Stefan Lenzen (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! NRW ist ein vielfältiges Land. Darauf können wir stolz sein; denn unsere Vielfalt ist unsere Stärke. Menschen verschiedenster Religionen leben bereits seit Jahrhunderten im Rheinland, in Westfalen und Lippe. Nach den Angehörigen der christlichen Kirchen stellen dabei die Muslime die größte Gruppe dar.

Für ein friedliches Zusammenleben brauchen wir den Dialog zwischen den Menschen der unterschiedlichen Glaubensrichtungen. So ist es richtig, dass die NRW-Koalition aus FDP und CDU mit unserem Integrationsminister Dr. Joachim Stamp in der Zusammenarbeit mit den Muslimen hier in unserem Land neue Wege geht. So schaffen wir mit der Koordinierungsstelle „Muslime in NRW“ eine Plattform, um den Dialog mit dem Islam auf eine neue Grundlage zu stellen.

Von der Kollegin Wermer haben wir schon im Detail gehört – deswegen von mir in aller Kürze –, dass die Koordinierungsstelle auf drei Säulen baut: erstens auf ein „Forum muslimische Zivilgesellschaft“ als Dialogplattform, zweitens auf einen Expertenrat als Beratungsgremium und drittens auf ein Projektmanagement zu Themen wie Empowerment, Vernetzung und Antidiskriminierung.

Aus der Vergangenheit haben wir gelernt: Die vorherige Konzentration auf meist türkische und konservativ geprägte Verbände hat die Vielfalt des Islams nicht wirklich berücksichtigt. Ich glaube, ich kann hier für vier Fraktionen im Hause sprechen – die ganz rechts im Hause mögen das anders sehen –: Den Islam gibt es nicht; aber die Menschen, egal welcher Religion sie angehören, gehören zu uns.

(Beifall von der FDP)

Insofern ist es richtig, dass die NRW-Koalition diesen Islam-Dialog mit allen Akteuren begehen möchte. Wir brauchen ein Abbild der gesamten Vielfalt, und dazu gehören auch weltoffene und liberale Akteure und Verbände.

Wir wollen eben nicht DITIB und Diyanet die Hoheit über diesen Dialog überlassen. Welche Folgen das hat, haben wir doch in Köln bei der dortigen Islam-Konferenz gesehen, woran Vertreter der islamistischen Muslimbruderschaft teilgenommen haben. Das läuft allen Anstrengungen zur Integration von Muslimen entgegen. Daher werden wir den Dialog mit den Islamverbänden auf neue Füße stellen.

Ich halte es für richtig, dass wir als Land – da stehen wir auch in der Verantwortung – den Dialog, zumindest die Organisation des Dialogs, in die Hand nehmen. Wir brauchen dort auch Raum für einen innerislamischen Diskurs.

Für ein friedliches Zusammenleben verschiedener Religionen brauchen wir die Auseinandersetzung nicht nur innerhalb der einzelnen Konfessionen, sondern auch unter den einzelnen Religionen. Daher ist es konsequent, in einem nächsten Schritt die bestehenden Initiativen und Ansätze so weit zu verstärken, dass ein interreligiöser Dialog fortentwickelt werden kann.

Machen wir uns nichts vor: Dialog baut bestehende Vorurteile ab, zeigt Gemeinsamkeiten auf und kann auch das Gemeinschaftsgefühl entstehen lassen.

Denn wir alle sind NRW. Eines muss klar sein: Antisemitismus, Islamophobie, Christenfeindlichkeit und andere religionsfeindliche Gewalt haben keinen Platz in unserer Gesellschaft.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dort, wo sie vorkommen, müssen sie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Am besten sollte es gar nicht erst so weit kommen. Deswegen müssen wir verstärkt im Bereich Prävention ansetzen. Der interreligiöse Dialog kann ein Teil davon sein.

NRW ist ein Einwanderungsland. Wenn Menschen aus anderen Ländern zu uns kommen oder bereits hier sind, dann muss man schauen, in welcher Rechts- und Werteordnung sie aufgewachsen sind. Es ist umso wichtiger, dass wir hier unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte vermitteln; denn sie bilden die Basis für unser Zusammenleben. Das ist auch Bestandteil eines Integrationsprozesses. Daher kann vielleicht eine Chance darin liegen, den Islam-Dialog oder auch den interreligiösen Dialog zur Unterstützung zu nutzen.

Wichtig ist, an dieser Stelle zu betonen: Nicht alle Migranten sind Muslime. Das wäre so, als würde man umgekehrt die hier schon lebenden Muslime außer Acht lassen. Wir dürfen nicht, wie das immer wieder gerne bei einer Fraktion passiert – das haben wir heute Morgen noch erlebt –, Clankriminalität mit Islam gleichsetzen. Dort werden auch Flüchtlinge und Terrorismus gleichgesetzt. Wir haben heute gehört, dass die AfD generell kein Problem mit Ausländern hat, solange es Belgier und Australier sind. Das zeigt deren beschränkte Sichtweise auf unsere Welt.

An einem Islam-Dialog dürfte dieser einen Fraktion also nicht gelegen sein. So müssen wir es feststellen. Zusammen mit den anderen Fraktionen kann man aber sicher sagen, dass wir unsere gelebten Werte in einen solchen Dialog mit hineinnehmen möchten.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Stefan Lenzen (FDP): Das ist auch keine Frage nur von Muslimen, sondern das ist eine Aufgabe für uns alle. Das ist ganz wichtig. Wir brauchen dort neue Ansätze. Darauf müssen wir uns jetzt konzentrieren, auf diesen Aspekt genauso wie auf die eben erwähnten Aspekte.

Lassen Sie uns den Islam-Dialog auf neue Beine stellen. Lassen Sie uns schauen, dass wir mit allen Muslimen ins Gespräch kommen und im nächsten Schritt auch den interreligiösen Dialog voranbringen. Wir wollen weiter dafür kämpfen, dass NRW ein vielfältiges und friedliches Land bleibt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Aymaz.

Berivan Aymaz^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wir alle, ausgenommen der Block ganz rechts außen, sind uns einig: Muslimisches Leben gehört zu Deutschland und auch zu NRW. Damit diese Aussage nicht zu leeren Worthülsen verkommt, ist es wichtig, den Austausch mit den Musliminnen und Muslimen zu verstetigen bzw. darauf zu achten, dass dieser Austausch auch verstetigt bleibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Insbesondere mit Blick auf die erschreckenden islamfeindlichen und rassistischen Angriffe in Deutschland ist es notwendig, unter anderem durch den gemeinsamen Dialog mit Muslimen ein klares Zeichen für die Pluralität in unserem Land zu setzen. Gut ist auch, dass mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle die Vielfalt des muslimischen Lebens erkannt wird und die vier muslimischen Dachverbände bei Weitem nicht alleine das breite Spektrum von Musliminnen und Muslimen repräsentieren.

Wir werden dem vorliegenden Antrag dennoch nicht zustimmen, sondern uns enthalten. Ich sage Ihnen auch gerne, warum. In der ausführlichen Aussprache im zuständigen Ausschuss konnten ganz zentrale Fragen für uns nicht geklärt werden. Sie, Herr Minister Stamp, lassen den Medien gegenüber stolz verlautbaren, dass mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle in NRW bundesweit ein einmaliges Modell geschaffen worden sei und dass neben den religiösen Zusammenschlüssen nun auch Verbände und Vereine, die sich nicht in erster Linie religiös ausrichten, in das Dialogformat eingebunden würden.

Berufsverbände, Kunstvereine, Frauen und muslimische Pfandfindergruppen werden hier aufgezählt; sie sollen hinzukommen. Nach welchen nachvollziehbaren Kriterien diese ausgesucht werden, bleibt völlig im Unklaren. Ebenso wenig konnte die Frage beantwortet werden, nach welchen Kriterien der vorgesehene Expertenrat, der immerhin die Landesregierung zum Umgang mit alltäglichen Fragen des muslimischen Lebens beraten soll, und der sogar spontan auch mal Stellungnahmen für die Landesregierung erstellen soll, überhaupt zusammengesetzt wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist eine sehr wichtige Stelle – bei der man jedoch absolut nicht weiß, wer darüber bestimmt, wer hineinberufen wird.

Außerdem setzt sich die Koordinierungsstelle zum Ziel – so heißt es in Ihrem Bericht –, innermuslimische Prozesse zu stärken. Ich muss gestehen, auch

ich wünschte mir in vielen Themenbereichen progressive innermuslimische Prozesse,

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

wenn es beispielsweise um Geschlechtergerechtigkeit geht oder wenn es darum geht, wie muslimische Gemeinschaften mit Schwulen, Lesben und Transgender umgehen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das gilt auch für die Frage, ob Mädchen im Kindesalter ein Kopftuch tragen sollten oder nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da wünsche ich mir progressive und ganz klare Prozesse innerhalb der Gemeinschaft.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, genauso wie Religionsgemeinschaften die staatliche Sphäre zu achten haben, gilt nach unserem Neutralitätsgebot, dass der Staat eben nicht innerreligiöse Prozesse zu steuern hat.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Diese formulierte Zielsetzung ist eine klare Überschreitung des Neutralitätsgebots, das in unserer Verfassung – wir feiern gerade 70 Jahre Grundgesetz – ganz klar verankert ist. Zu dieser Frage hat sich die Staatssekretärin Güler schon mehrmals unglücklich geäußert.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

All diese Fragen habe ich in der Aussprache im Ausschuss auch dem zuständigen Ansprechpartner Herrn El-Mafaalani gestellt, aber keine befriedigenden Antworten erhalten. In diesem Zusammenhang finde ich es übrigens sehr schade, dass der von mir sehr geschätzte Ansprechpartner schon nach knapp einem Jahr Ihr Haus wieder verlässt und uns in diesen Fragen wohl nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Ich wünsche ihm von dieser Stelle aus bei seinen neuen Aufgaben viel Erfolg.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Minister, erlauben Sie mir zum Abschluss eine Frage, die mich wirklich sehr beschäftigt, und, wie ich glaube, viele andere auch. Vor Ihrem Amtsantritt im Jahr 2017 sagten Sie: Wir werden mit DITIB so nicht mehr weitermachen. Wir werden den Dialog und die Zusammenarbeit nur mit solchen Verbänden suchen, die tatsächlich die Interessen der Muslime vertreten. – Sie sagten, mit dieser Kaste von Funktionären sei keine vernünftige Integrationspolitik zu machen. Ich finde, damals hatten Sie recht.

Ich frage Sie, Herr Minister Stamp: Was hat sich seit Ihrem Amtsantritt plötzlich so grundlegend verändert, dass Sie gar kein Problem mehr damit haben, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!

Berivan Aymaz* (GRÜNE): ... mit einem Verband an einem Tisch zu sitzen und zu kooperieren, der in den letzten Monaten immer wieder, auch in NRW, unter Beweis gestellt hat, fern von demokratischen und freiheitlichen Prinzipien und gänzlich nur im politischen Interesse des Autokraten Erdogan zu handeln?

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Dass Sie diese Verbände jetzt wieder salonfähig machen, wird auch nicht dadurch besser, dass Sie die Pfadfinder mit hinzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Aymaz. – Für die AfD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Walger-Demolsky jetzt das Wort.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Obwohl ich mich selbst als Agnostiker bezeichnen möchte, habe ich eine hohe Achtung vor all den Menschen, die sich zu einem Glauben bekennen. Richtig – Dialog ist eine Grundlage für gegenseitiges Verstehen, also auch für die Toleranz und die Freiheit, zu der sich unser Grundgesetz in Art. 4 ausdrücklich bekennt.

Mit der Religionsfreiheit sind zwei Formen der Freiheit gewährleistet: die positive und auch die negative Freiheit; also auch die Freiheit, einen religiösen Glauben nicht zu haben, ein religiöses Bekenntnis nicht abgeben zu müssen, religiöse Riten und Äußerungsformen nicht zu vollziehen und an ihnen nicht teilnehmen zu müssen.

Hier liegt schon der erste große Fehler in Ihrem Antrag. In der Betrachtung der Ausgangslage übergeht man ganz einfach die vermutlich 40 % der Menschen in NRW, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, und folglich findet sich im Folgenden keine Einladung an diese große Gruppe, die aber Teil eines sinnvollen Dialogs sein müsste, wenn es um gegenseitige Akzeptanz und gegenseitiges Verständnis gehen soll.

(Beifall von der AfD)

Es geht um präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus, Islam und Christenfeindlichkeit. Eine wachsende Verachtung der Menschen, die keiner Religion folgen, wird gar nicht thematisiert, und das, obwohl in den letzten Jahren deutlich erkennbar war, dass dies in manchen Religionen tief verwurzelt ist.

Da wir – aus meiner Sicht bedauerlicherweise – immer noch keine wirklich säkulare Gesellschaft sind,

ist es richtig, den Dialog seitens der Landesregierung neu zu ordnen. Eine geeignete Dialogplattform ist dabei durchaus wünschenswert. Diese seitens der Landesregierung anzustoßen, ist aufgrund der vielen Akteure, die daran teilnehmen sollen, auch erforderlich.

Es ist der richtige Weg, den Fehler der alten Regierung, nur mit wenigen zu sprechen, zu korrigieren. Leider machen aber auch Sie den Fehler, den Dialog vor allem auf die größte Minderheit auszurichten, anstatt einen Dialog mit allen Mitspielern abseits der Extremisten und Staatsgegner zu suchen.

(Beifall von der AfD)

Damit sind wir beim nächsten Problem dieses Formats. Erkennbar ist eben nicht der konsequente Ausschluss von Gruppierungen, die durchaus als extremistisch einzuordnen sind. Und dabei wäre es doch einfach, einen Blick in den Verfassungsbericht zu werfen und die beobachteten und als staatsfeindlich eingestuften Gruppen per se auszuschließen. Treffen würde das die Grauen Wölfe, die Muslimbruderschaft, Milli Görüs und andere – also auch Gruppierungen, die zum Teil im Zentralrat der Muslime organisiert sind.

Solange das der Fall ist, kann doch der Zentralrat, der in Ihrem Antrag aber als gesetzt gilt, kein geeigneter Gesprächspartner sein. Ist das fehlender Mut, einer großen Organisation, die auch in den Medien schnell Gehör findet, deutlich zu machen, was geht und was nicht geht? Eine größere Zusammenarbeit zwischen dem Innenministerium und dem Integrationsministerium wäre da – wie an allen Stellen – wünschenswert.

Zur DITIB wurde vieles gesagt. Ich bin nicht ganz sicher, ob es richtig ist, jede einzelne DITIB-Gemeinde vom Dialog auszuschließen. Richtig finde ich jedoch, die DITIB nicht als Organisation zuzulassen.

Ich hatte bei der Vorstellung übrigens den Eindruck – und dieser hat sich bei der Lektüre des Protokolls noch einmal bestätigt –, dass Herrn Professor El-Mafaalani ein Teil dieser möglichen Defizite des Formats durchaus bewusst war und das Ganze aus diesem Grund auch relativ offen angelegt worden ist. Da eine der größten Gruppen, nämlich diejenigen, die sich zu keiner Religion bekennen, keine Repräsentanz bei diesem Dialog findet, wohingegen diejenigen, die als staatsfeindlich und extremistisch einzustufen sind, nicht konsequent ausgeschlossen werden, ist eine Zustimmung unsererseits unmöglich.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Walger-Demolsky. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp*, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist ein Land der religiösen Vielfalt und das Bundesland, in dem die meisten Menschen muslimischen Glaubens leben. Es ist daher für Nordrhein-Westfalen von besonderem gesamtgesellschaftlichem Interesse, den Dialog mit den muslimischen Bürgerinnen und Bürgern zu stärken, neu zu entwickeln und auch weiterzuentwickeln.

Wir als Nordrhein-Westfalen-Koalition haben deshalb vereinbart, dieses Themenfeld neu auszurichten. Daran arbeiten wir intensiv. Der vorliegende Antrag wurde bereits im Integrationsausschuss und im Hauptausschuss ausführlich beraten, auch auf der Grundlage eines umfangreichen Berichts zu den Planungen des Integrationsressorts im Zusammenhang mit der Koordinierungsstelle Muslimisches Engagement in Nordrhein-Westfalen.

Um Ihnen eine Sorge zu nehmen und vielleicht doch noch Ihre Zustimmung möglich zu machen, darf ich Ihnen – darüber freuen Sie sich sicherlich mit mir – die gute Nachricht überbringen, dass Professor El-Mafaalani trotz seines Rufes an die Uni Osnabrück weiterhin die Koordinierungsstelle leiten wird. Er ist im Organigramm des Ministeriums sogar ein bisschen nach oben gerutscht; er ist jetzt nämlich unmittelbar beim Minister angesiedelt.

Mir ist es ein wichtiges Anliegen, die Koordinierungsstelle zu einem großen Erfolg zu machen, und deswegen freue ich mich, dass wir diese Expertise dauerhaft für Nordrhein-Westfalen gesichert haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für die anderen Bereiche – das darf ich an dieser Stelle sagen – haben wir mit Frau Asli Sevindim eine ganz exzellente Nachfolgerin gefunden.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Damit ist der Weg für die heutige Abstimmung bereitet. Die Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und den Musliminnen und Muslimen war bis zum Vorjahr sehr stark auf die großen Islamverbände beschränkt. Das wollen wir ausdrücklich verändern. Wir wollen die Pluralität des Islams und seiner Akteure stärker berücksichtigen.

Wir haben mehrfach betont, dass wir das Gespräch mit kleineren, verbandsunabhängigen und zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen suchen. Dazu gehören auch liberale Muslime und Gemeinschaften, zu denen die vorige Landesregierung bisher leider nur wenige Kontakte unterhielt. Bei manchen haben wir jetzt erst gelernt, dass es sie überhaupt gibt. Es gibt viele Organisationen und Zusammenschlüsse, die nicht sehr bekannt sind, die aber vor Ort eine wertvolle Arbeit leisten.

Herr Kollege Yetim hat gefragt, wer denn dorthin kommen kann. Ausdrücklich sind alle eingeladen, die organisiert sind. Wir machen es auch nicht daran fest, dass die Vereinigung einen ausschließlich religiösen Zweck verfolgen muss, vielmehr nehmen beispielsweise auch Organisationen wie die irakische Ärztevereinigung oder andere teil. Es handelt sich also um ein ganz vielfältiges Zusammentreffen. Das ist gerade der Sinn der Sache, dass ganz unterschiedliche Akteure miteinander ins Gespräch kommen.

Herr Yetim, Sie haben auch noch die Frage gestellt, wie der Expertenrat zusammengesetzt wird. Natürlich wird darüber nicht einfach abgestimmt, sondern das ist am Ende eine Entscheidung unseres Hauses. Aber wir wollen das natürlich im Gremium besprechen und die unterschiedlichen Akteure dazu hören. Das soll nicht par ordre du mufti aus dem Ministerium vorgegeben werden. Das gilt auch für die Themen, die dort besprochen werden.

Frau Aymaz, die Themen, die Sie angesprochen haben, sind auch mir wichtig; wir werden sie gerne in den Diskurs einspeisen. Wir erwarten eine kontroverse innermuslimische Debatte darüber, die für den innergesellschaftlichen Fortschritt und für Reformgedanken wichtig und sinnvoll ist. Es ist also ganz wichtig, den Diskurs insgesamt voranzubringen.

Hinsichtlich der Frage, ob wir uns in Religion einmischen: Als Landesregierung führen wir auch Spitzengespräche mit den jüdischen Gemeinden, der katholischen und der evangelischen Kirche. Das ist also ein ganz wichtiger und wesentlicher Austausch. Wir wissen aber, dass es im Islam nun mal anders ist und es dort diese Organisationsform wie beispielsweise bei den Kirchen nicht gibt.

Deswegen ist es wichtig, eine Plattform zu finden, wo ganz unterschiedliche Akteure zusammenkommen, um dann dort mit diesen unterschiedlichen Akteuren zu sprechen und außerdem die Möglichkeit zu schaffen, dass sich ganz unterschiedliche Akteure auch innerhalb der muslimischen Gemeinde begegnen. Darauf freue ich mich.

Ich freue mich, dass wir damit am 1. Juli dieses Jahres hier in Düsseldorf mit unserer Auftaktveranstaltung beginnen. Ich bin gespannt, wie es dann weitergeht. Darüber werden wir natürlich auch den Ausschuss und das Plenum gerne weiter informieren.

Ich hoffe, ich habe Ihre letzten Bedenken zerstreut, und Sie können sich doch noch einen Ruck geben, sodass wir gemeinsam beschließen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Es liegen keine weiteren

Wortmeldungen zur Aussprache unter Tagesordnungspunkt 6 vor.

Wir können zur Abstimmung kommen. Der Integrationsausschuss empfiehlt in Drucksache 17/6281, den Antrag Drucksache 17/5068 unverändert anzunehmen. Wir stimmen jetzt also über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Niemand.

(Markus Wagner [AfD]: Wir sind nicht so schnell!)

– Entschuldigung, ich habe offensichtlich zu schnell wieder weggeschaut. Die AfD-Fraktion hat also dagegen gestimmt. Wer möchte sich enthalten? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Neppe und Langguth. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Pro-, Kontra- und Enthaltungsstimmen ist der **Antrag Drucksache 17/5068 angenommen** worden.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 7 aufrufe, komme ich erneut auf den gestrigen Plenartag zurück und spreche eine **nichtförmliche Rüge** aus, und zwar bezogen auf den Abgeordneten Andreas Keith von der AfD-Fraktion.

Im Nachgang zu Tagesordnungspunkt 15 – das war die Debatte zum Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und Staatsferne der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen und des Westdeutschen Rundfunks Köln –, den wir in der gestrigen Sitzung debattiert haben, möchte ich eine nichtförmliche Rüge aussprechen, die, wie gesagt, Herrn Abgeordneten Andreas Keith von der AfD-Fraktion betrifft.

Herr Abgeordneter Keith hat sich in seinem Zwischenruf während der Rede des Abgeordneten Herrn Keymis zu Tagesordnungspunkt 15 unparlamentarisch verhalten, indem er sich gegenüber Angehörigen der Fraktionen der Grünen und der SPD beleidigend geäußert hat. Das ist der Würde des Parlaments in keinsten Weise angemessen. Ich darf Sie bitten und auffordern, die Äußerung nicht zu wiederholen und selbst noch einmal nachzuschauen, was Sie an der Stelle geäußert haben; denn das wiederholen wir hier nicht. – Das war also eine nichtförmliche Rüge.

Ich rufe auf:

7 Fit für die Zukunft europaaaktiver Kommunen – In eine reibungslose Zusammenarbeit von Kommune, Land, Bund und EU investieren

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4120

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

Drucksache 17/6325

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Europa und Internationales
Drucksache 17/6280 – Neudruck

Die Aussprache eröffnet für die CDU-Fraktion Herr
Kollege Krauß.

Oliver Krauß* (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident!
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kol-
leginnen und Kollegen! Der vorletzte Tagesord-
nungspunkt am heutigen Freitag betrifft noch einmal
Europa. Wie Sie wissen, laufen seit dem gestrigen
Donnerstag die Europawahlen. Wie wichtig diese
Wahlen sind, haben CDU, SPD, FDP und Grüne
durch ihren gemeinsamen Wahlauftritt in diesem
Hause bereits hinreichend verdeutlicht.

Man könnte nun geneigt sein, vor diesem Hinter-
grund dem vorliegenden Antrag bzw. dem Ände-
rungsantrag der SPD-Fraktion mit großem Wohlwo-
len zu begegnen. Er läuft jedoch selbst in der geän-
derten Version Türen ein, die schon lange offen
sind – Türen, die zuletzt sogar viel weiter geöffnet
wurden.

Viele unserer Städte und Gemeinden sind in Brüssel
aktiv. Die Auszeichnung von Kommunen als „Euro-
paaktive Kommune“ erfolgt inzwischen nicht mehr
nur befristet, sondern sogar dauerhaft. Die Landes-
regierung hat diese Auszeichnung sogar noch um
das Element der Zivilgesellschaft erweitert. Dies alles
ist eine anerkannte Würdigung der Europaarbeit,
kann und soll aber auch Ansporn für andere sein.
Entsprechende Forderungen im SPD-Antrag sind so-
mit bereits mehr als erfüllt.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung be-
findet sich in einem engen Austausch mit der regio-
nalen, der kommunalen und der EU-Ebene. Dieser
neue Dialog mit der Landesregierung stärkt die Be-
ziehung zwischen Land und Kommunen. Das haben
uns doch auch die kommunalen Spitzenverbände in
der stattgefundenen Anhörung bestätigt.

Da die Kommunikation bereits intensiv erfolgt, fehlt
mir das Verständnis dafür, dass der SPD-Antrag ge-
nau das nun fordert. Selbstverständlich wird die Lan-
desregierung auch ohne eine explizite Aufforderung
durch den Landtag über die Ergebnisse der Regional
Hubs berichten; schließlich werden auch die Europe-
Direct-Informationszentren bereits unterstützt.

Meine Damen und Herren, Nordrhein Westfalen ist
eine der am Pilotprojekt zur strukturierten Rückkopp-
lung von Vollzugerfahrungen von EU-Recht teilneh-
menden Regionen, um die Vorschläge der Taskforce
zeitnah umzusetzen. Somit hat NRW auch hier eine
proaktive Rolle eingenommen.

Ebenso geht NRW bei der strukturierten Zusamen-
arbeit mit den freien Trägern europapolitischer Bil-
dungsarbeit voraus – in regelmäßigem Dialog der
Multiplikatoren mit dem Europaminister, mit den Fo-
ren der Europawoche, dem Wettbewerb „Europa bei
uns zuhause“, dem Netzwerktreffen der Europabe-
auftragten und dem Hochschulformat „NRW debat-
tiert Europa“.

Diese bewährte Abstimmung würde empfindlich be-
rührt, wenn Landespolitik nun zusätzliche Administ-
ration verordnete. Der Städte- und Gemeindebund
NRW hat in der Anhörung zu Recht vor einer verfa-
serten Landschaft gewarnt. Die im Änderungsantrag
nun geforderte zentrale Anlaufstelle innerhalb der
Landesregierung lehnen wir daher ab. Es sollte nicht
mehr Bürokratie geschaffen werden, vielmehr wollen
wir Bürokratie abbauen. Zudem finden wir bereits in-
nerhalb der Landesregierung ausreichend Fachkompe-
tenz und Überblickswissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zusammenar-
beit zwischen der EU, dem Land und den Kommunen
ist auf Subsidiarität verpflichtet. Die Landesregierung
unterzieht bereits heute alle Rechtsetzungsvorhaben
einer entsprechenden Subsidiaritätsprüfung. Der
vorliegende Antrag verkauft sich nun als Sachwalter
der Subsidiarität, geht aber zwischen den Zeilen in
eine völlig andere Richtung mit dem Plädoyer für zu-
sätzliche Administration, Landesbeauftragte, Euro-
pabeauftragte, mehr Konferenzen, mehr Informati-
onszentren. Solche Regelungsvorschläge von oben
sind nicht zielführend.

Die kommunale und zivilgesellschaftliche Europaar-
beit unterstützt die Landesregierung viel besser
dadurch, indem wir Beschäftigte der Kommunalver-
waltungen, die mit den europäischen Themen be-
traut sind, optimal vernetzen und ihnen einen engen
Austausch mit der Landesregierung ermöglichen,
auch durch eine effektive Hilfestellung bei den An-
tragstellungen.

Meine Damen und Herren, kommunale Selbstver-
waltung bedeutet aber auch, den Kommunen die
ihnen zustehenden Freiheiten zu belassen. Die kom-
munale Selbstverwaltung ist und bleibt ein hohes Gut
und sollte nicht angetastet werden. Auch dies hat die
Anhörung im Übrigen deutlich gemacht.

Fazit: Der Änderungsantrag hat den ursprünglichen
Antrag zwar abgeändert, aber nicht verbessert. Ihre
erhobenen Forderungen sind entweder bereits voll-
umfänglich erfüllt oder laufen ins Leere. Unsere Ab-
lehnung des Antrags ist daher nur konsequent. – Ich
danke Ihnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kol-
lege. – Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege
Weiß das Wort.

Rüdiger Weiß (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In nicht einmal 48 Stunden wählen wir ein neues Europaparlament. In nicht einmal 48 Stunden entscheidet sich also, in welche Richtung die Europäische Union in den nächsten Jahren und möglicherweise Jahrzehnten steuern wird.

In gewisser Weise bekommen wir in 48 Stunden auch einen Nachweis darüber, wie wir hier im Landtag Europaarbeit abgearbeitet und geleistet haben, zumindest ein kleines Stück. Denn auch den Regionen, also auch uns als Land Nordrhein-Westfalen, kommt eine zentrale Rolle innerhalb des EU-Mehrebenensystems zu. Wir tragen das europäische Integrationsprojekt in die Kommunen und zu den Menschen vor Ort.

Eines war in den letzten Wochen und Monaten vor der Europawahl immer und überall in NRW und darüber hinaus spürbar: Die überwältigende Mehrheit der Menschen befürwortet die Europäische Union. Viele sind sogar begeisterte Europäerinnen und Europäer, die für ein geeintes Europa auf die Straßen gehen.

Gleichzeitig müssen wir aber immer noch beobachten, dass nach all den Jahren und Jahrzehnten, seit es das europäische Integrationsprojekt gibt, dieses Projekt nach wie vor für eine Vielfalt von Menschen immer noch zu abstrakt, zu weit weg und möglicherweise zu marktorientiert ist. Sein tatsächlicher Nutzen ist für viele kaum spür- und wahrnehmbar.

Dieser Umstand, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss auch uns ein Ansporn sein, unsere Ärmel hochzukrempeln und unseren Teil für ein geeintes Europa der Bürgerinnen und Bürger beizusteuern. Wenn wir wirklich für eine Zukunft in einem geeinten Europa kämpfen möchten, wenn wir wollen, dass Europa besser wird, dann müssen wir dafür sorgen, dass es besser bei den Menschen vor Ort ankommt.

Wer die Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Menschen vor Ort verbessern möchte, der sollte am besten nicht über sie, sondern mit ihnen sprechen. Deshalb haben wir uns von der SPD Zeit genommen und uns genau angehört, was die Betroffenen zu unserem ursprünglichen Antrag, der gerade schon erwähnt worden ist, vom letzten November zu sagen haben. Mit diesem Antrag haben wir uns in einem umgekehrten Verfahren im Plenum und auch darüber hinaus befasst.

Wir hatten – ich möchte daran erinnern – eine Sachverständigenanhörung zu dem ursprünglichen Antrag im Ausschuss. Die meisten der Expertinnen und Experten aus Kommunen, Verbänden und Organisationen waren der Meinung, unser Antrag habe genau die richtige Stoßrichtung. Das kann man im Übrigen auch im Protokoll sehr gut nachlesen.

Parallel dazu sind wir Anfang dieses Jahres wochenlang durch NRW getourt und haben von Eslohe bis Rheine, von Wuppertal bis Bielefeld Gespräche geführt – nicht nur mit den kommunalen Verwaltungen, sondern auch mit den Menschen vor Ort. Wir haben uns die Vorschläge von Städtepartnerschaftsvereinen, Sportvereinen, Sozialverbänden, von Beigeordneten, von ehrenamtlich Engagierten, von Lehrerinnen und Lehrern, von Schülerinnen und Schülern, von Unternehmerinnen und Unternehmen angehört und mit ihnen diskutiert.

Viele der Wünsche, der Anregungen und der Sorgen, die wir erfahren haben, haben wir in unseren Antrag überführt, der Ihnen heute vorliegt. Sie sehen also: Worüber wir heute abstimmen, ist kein Antrag aus einer verstaubten Schublade; es ist ein Vorschlag für eine Neuausrichtung der Zusammenarbeit innerhalb des Mehrebenensystems, wie die nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen vor Ort sie sich wünschen.

Es ist ein Vorschlag, der die kommunale Europaarbeit stärkt, und der die Kommunen bedarfsgerecht unterstützt. Es ist ein Vorschlag, der sicherstellen soll, dass alle Menschen in Europa und auch in NRW gleichermaßen von Europa profitieren. Denn ob und wie Europa vor Ort funktioniert und ankommt, das darf doch, bitte schön, nicht vom Engagement von Einzelpersonen abhängen.

In Ihrem Haushalt für 2019 stellen Sie 210.000 Euro mehr zur Stärkung der Europafähigkeit des Landes bereit. Das ist zunächst einmal begrüßenswert. Aber viel wichtiger als eine Budgetaufstockung für Leuchtturmprojekte wäre doch eine grundlegende Verbesserung der Europafähigkeit nicht nur des Landes, sondern auch der angesprochenen Kommunen. Unseren Vorschlag dazu haben Sie vorliegen. Es wäre eine vertane Chance für das Land, für uns alle, wenn dieser Antrag aus parteistategischen Gründen abgelehnt würde.

(Markus Wagner [AfD]: Das machen Sie ja nie!)

Wenn es noch eines Beweises bedarf, wie nah wir alle – hoffentlich – bei dieser Frage beieinander sind, dann lassen Sie mich aus einem Gastartikel unseres Europaministers Herrn Dr. Holthoff-Pförtner zitieren, den ich gestern in den „Ruhr Nachrichten“ lesen konnte:

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Ist das seine eigene Zeitung?)

Denn auch das vereinte Europa ist kein Wunder, sondern ein Friedensprojekt, dessen Erfolg von der Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger abhängig ist.

Ich komme nicht umhin, zu sagen: Das ist doch geradezu so, als hätte der Minister an unserem Antrag mitgeschrieben. So hört sich das schon fast an.

(Beifall von der SPD)

Zum Schluss kann ich als überzeugter und leidenschaftlicher Europäer nur an Sie appellieren: Helfen Sie mit, Europa besser zu machen, indem wir es gemeinsam zu den Menschen vor Ort tragen. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu! – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Weiß. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Nückel.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da wir sicherlich alle darauf brennen, nach unserer heutigen Sitzung schnell in den Wahlkampf eilen zu können, mache ich es kurz, aber nicht ganz schmerzlos.

Lieber Kollege Weiß, manchmal hört man wohl nur das, was man hören möchte. Ihren Eindruck von der Anhörung kann ich nicht bestätigen. Wir waren auch im Lande unterwegs, und da haben wir gehört: Da, wo Sie waren, haben Sie viel geredet, wo Sie eigentlich zuhören wollten. Vielleicht ist deshalb auch ein etwas schräger Eindruck entstanden.

Die Antragsteller befürchten, dass die Ergebnisse der Taskforce im Sande verlaufen. Diese Befürchtung haben die Sachverständigen in der Anhörung nicht bestätigt. Auch die Kommission hat angekündigt, dass sie das Prinzip stärken will und dass es positiv ist. Das spricht gegen Ihren Antrag.

Die Antragsteller möchten, dass die Landesregierung das Konzept „Europaaktive Kommune“ fortführt. Genau das hat die jetzige Landesregierung bereits vor Monaten gemacht, und das haben auch die Sachverständigen bestätigt. Sie haben auch gelobt, dass es auf das Element „Zivilbevölkerung“ erweitert wird.

Ich meine auch, dass die Landesregierung die in den Kommunen eingerichteten Europabeauftragten bereits unterstützt. Das zeigt, dass die Forderung auch an diesem Punkt eigentlich überflüssig ist. Sie ist inhaltlich zwar richtig, aber sie ist eigentlich schon erfüllt.

Kommen wir zum Änderungsantrag. Ich sage mal: Wenn jemand eine Rosinenschnecke isst, dann wird er noch nicht zum Teilchenbeschleuniger.

(Heiterkeit von der FDP und der CDU)

Ebenso führt es nicht automatisch zur Beförderung der Sinnigkeit des Antrags, wenn man einen Änderungsantrag stellt. Der ursprüngliche Antrag wird damit leider nicht besser gemacht.

Viele Forderungen im Änderungsantrag sind nämlich auch schon erfüllt. Die Kommunen erhalten Hilfestellungen bei der Antragstellung, und es findet auch ein regelmäßiger Austausch statt. Und was Sie dann vom Land noch fordern – zusätzliche Berichtspflichten –, fördert doch nur wieder die Bürokratie und sicherlich nicht die Europafähigkeit der Kommune.

Das ist wieder – so nenne ich es mal – das SPD-typische Gängelband des Misstrauens. Deswegen ist das Thema, das Sie im Antrag ansteuern wollen, verfehlt. Ich sage: Setzen! Von einer Note sehe ich besser mal ab. – Danke.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht nun der Abgeordnete Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss zugeben: Auch ich tue mich schwer, zwei Tage vor der Europawahl mit einem solchen Antrag in besonderer Weise für Europa werben zu wollen. Denn das macht an mancher Stelle schon deutlich, wie schwierig Prozesse gestaltet worden sind und wie schwierig es ist, unseren föderalen Aufbau auch noch mit einem wie auch immer gearteten Aufbau in Europa zusammenzubringen. Das bedarf in der Tat der Sorgfalt, es bedarf der intensiven Diskussion.

Tatsächlich beschreiben Sie vieles in Ihrem Antrag richtig. Auch die Schlussfolgerungen gehen zum Teil in die richtige Richtung. Teilweise nehmen Sie allerdings neuere Dokumente nicht auf, die in der letzten Zeit erschienen sind – beispielsweise die Mitteilung der Europäischen Kommission aus dem letzten Oktober, die Erklärung der Subsidiaritätskonferenz in Bregenz oder die Brüsseler Erklärung der Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente. Auch darüber könnte man noch einmal reden.

Worum geht es? Es geht um die Frage, inwieweit bestimmte Aufgaben auf bestimmten Ebenen angesiedelt werden – möglichst bei den Kommunen; bei den Bürgerinnen und Bürgern; das ist selbstverständlich. Gleichzeitig sagt aber die entsprechende Taskforce, die Sie zitieren, dass Aufgaben, die von Europa wahrgenommen werden, auch dort fixiert und angebracht werden sollen.

Insofern ist unser Eindruck differenziert. Wir werden uns deshalb an dieser Stelle enthalten und hoffen, dass in der Diskussion nach der Europawahl erneut die Frage aufgegriffen wird, wie insbesondere Kommunen gestärkt werden können.

Wir haben dazu auch Vorschläge gemacht: dass bestimmte Teilbereiche der europäischen Förderung

den Kommunen direkt von Europa zugänglich gemacht werden. Das ist zurzeit in der Diskussion, insbesondere mit Blick auf die Mittelverwendung in einigen Staaten, bei denen wir derzeit Fragen an den Rechtsstaat haben. Das könnten wir, denke ich, gut miteinander diskutieren, aber heute ist nicht der richtige Zeitpunkt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD hat der Abgeordnete Herr Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So wenig es der SPD auch gefallen mag: Die Europäische Union ist ein Staatenbund oder Staatenverbund. Die Nationalstaaten sind nicht aufgelöst, und sie werden sich auch nicht auflösen – so sehr Sie sich das auch wünschen mögen. Nationalstaaten sind nämlich der natürliche Raum für eine gemeinsame Demokratie, für eine gemeinsame Öffentlichkeit und für gemeinsame Werte.

(Beifall von der AfD)

Wenn man in Deutschland zumindest unter den Parteien damit eine Minderheitenposition vertritt – europaweit sieht das gottlob ganz anders aus.

Hinzu kommt: Unser deutscher Nationalstaat ist traditionell kein Zentralstaat, sondern ein vielgliedriger Bundesstaat, dessen Glieder wiederum in selbstverwaltete Gebietskörperschaften unterteilt sind. Dieser Föderalismus, der eine bürgernahe Politik zumindest ermöglichen kann, wird leider seit vielen Jahren ausgehöhlt unter maßgeblicher Beteiligung der Sozialdemokratie, wie wir das gerade zum Beispiel im Bildungsbereich erleben.

Jetzt tun Sie so, Herr Weiß, als wollten Sie die Kommunen und Regionen irgendwie stärken. Wenn Sie das wollten, würden Sie ihnen mehr Autonomie geben. Aber in Wahrheit streben Sie das genaue Gegenteil an. Sie wollen den EU-Superstaat, und dann wandern die Kompetenzen naturgemäß nach oben und nicht nach unten. Würde sich Ihre Politik durchsetzen, die Nationalstaaten und erst recht die Gliedstaaten und Regionen würden zu bloßen Verwaltungseinheiten herabgestuft.

Aber das ist sogar in Deutschland nicht mehrheitsfähig, und deshalb wird das getarnt. Allenthalben ist von Subsidiarität die Rede; wir haben es vorhin schon öfters gehört. Seit dem Vertrag von Maastricht ist der Subsidiaritätsgrundsatz Primärrecht der Union. Es soll also auf der höheren Ebene nur das entschieden werden, was nicht auch darunter geregelt werden kann.

Aber das Problem ist doch, dass es in Brüssel keinen einzigen Menschen gibt, der glaubt, ein Nationalstaat oder vielleicht sogar nur ein Gliedstaat dessen könnte etwas besser regeln als die Zentrale. Deshalb gibt es auch keinen einzigen Fall, wo man zugunsten von Subsidiarität, zugunsten der unteren Ebene, entschieden hätte – nicht einen Fall seit 1993.

Das ist nicht nur mir aufgefallen, und deshalb hat Jean-Claude Juncker in einem offensichtlich nüchternen Moment die Taskforce für Subsidiarität gebildet, und in die setzen Sie laut Ihrem Antrag auch große Hoffnungen. Anscheinend ist Ihnen die Ironie nicht aufgefallen. Denn wenn Jean-Claude Juncker eine Subsidiaritätskommission einrichtet, ist das, als ob Kim Jong-un ein Bürgerrechtskomitee einrichtet oder Nicolás Maduro einen Rat für Wirtschaftsweise. Erwartungsgemäß kommt auch nichts dabei heraus, außer hier und da ein bisschen mehr anhören und am Ende doch wieder das machen, was man will.

Große Hoffnungen setzen Sie auch auf den Ausschuss der Regionen, ein Organ der EU, das man in Brüssel – das kann ich aus eigener Erfahrung berichten – für so notwendig hält wie einen Blinddarm. Es tut mir leid, Herr Brockes, aber das ist das, was ich da gehört habe. Der Ausschuss darf Stellungnahmen abgeben, die vielleicht jemand liest, vielleicht oder wahrscheinlich aber auch nicht. Am Ende entscheidet die Zentrale.

Genau das, Herr Weiß, ist es, was Sie und Ihre Partei sich vorstellen und wünschen: einen degenerierten und entkernten Föderalismus, bei dem sich die Rechte der Glieder auf bloße Anhörungsrechte beschränken – mit dem angenehmen Nebeneffekt, dass man in all den vielen Koordinations- und Anhörungsgremien zwar nichts entscheidet, aber immerhin ein paar Parteifreunde versorgen kann.

Das alles hat mit Föderalismus und mit kommunaler Selbstverwaltung nichts, aber auch überhaupt nichts zu tun. Das ist schlecht getarnter Zentralismus, und deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab, geändert oder auch nicht.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner.

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu den letzten Ausführungen kann ich nur sagen: Ich habe über Föderalismus promoviert. Von all dem, was ich gerade gehört habe, habe ich da aber nichts gelernt.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Die Landesregierung nimmt den Antrag der Fraktion sehr gerne zur Kenntnis, da er die von uns ebenso eingeschätzte wichtige Europaarbeit der kommunalen Ebene noch einmal unterstreicht und mir die Gelegenheit gibt, auf die Erweiterung des Wettbewerbs zur Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ hinzuweisen und darüber hinaus aufzuzeigen, dass wir in der Ergänzung mittlerweile auch die zivilgesellschaftlichen Engagements besonders auszeichnen.

In dem Bereich der Subsidiarität und in Bezug auf EU-Fördermittel haben wir neue Initiativen umgesetzt.

Zum Thema „Taskforce Subsidiarität“: Nordrhein-Westfalen begrüßt, dass die Kommission in all ihren Folgeabschätzungen und Begründungen eine Subsidiaritätsprüfung vornehmen wird. In Nordrhein-Westfalen machen wir das bereits heute. Die Landesregierung unterzieht bereits heute alle Rechtsschutzvorhaben einer Subsidiaritätsprüfung, und wir sind der Auffassung, dass die Kommission nur dann tätig werden sollte, wenn das Handeln auf EU-Ebene auf einer unteren Ebene nicht geleistet werden kann. Das Subsidiaritätsprinzip ist nicht irgendein Hirngespinnst, sondern ist Vertragsbestandteil des EU-Vertrages.

Wir begrüßen ausdrücklich das Vorhaben, die Prüffrist für nationale Parlamente zu verlängern und die Fristen für die Stellungnahmen der Parlamente von acht auf zwölf Wochen zu verlängern.

Ebenso begrüßen wir die Gründung der regionalen Kontaktstelle des AdR, die die Erfahrungen betroffener regionaler und lokaler Akteure bei der Umsetzung des EU-Rechts besser erfassen und darauf aufbauend Verbesserungsvorschläge formulieren soll.

Es freut mich sehr, dass sich Nordrhein-Westfalen mit seinem Antrag durchsetzen konnte und nun zu den 20 Kernregionen innerhalb der EU gehört, die für die zweijährige Pilotphase diesem Netzwerk angehören. So haben wir die Chance, die von EU-Rechtsetzungsvorschlägen betroffenen Akteure besser einzubinden und damit Bürgernähe zu erzeugen.

In der Arbeit der regionalen Hubs sehen wir einen Paradigmenwechsel. Nach dem eher passiven Subsidiaritätsprinzip haben wir nun aktive Möglichkeiten von gelben und roten Karten; wir haben es aber auch in der Hand, selber europäische Rechtsetzung aktiv mitzugestalten.

Zur Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“: Am 5. November 2018 wurden die ersten 25 Kommunen dauerhaft als „Europaaktive Kommune“ ausgezeichnet. Mit der neugeschaffenen Auszeichnung „Europaaktive Zivilgesellschaft“ hat die Landesregierung ihren Blick über die kommunale Arbeit hinaus auch auf die Zivilgesellschaft erweitert. Die Bewerbungsfrist für die

diesjährigen Auszeichnungen „Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“ endete am 9. Mai. Wir haben rund 30 qualitativ hochwertige Bewerbungen.

Die EDICs haben erfolgreich mitgearbeitet bei gemeinsamen Veranstaltungen zur Europawahl. Die Landesregierung ist aktiv und nutzt alle Möglichkeiten, die Europaarbeit kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure anzuspornen und zu würdigen. Dabei freuen wir uns über die Unterstützung und Begleitung aller Kräfte.

Die Förderprogramme der europäischen Struktur- und Investitionsfonds werden beim Land in sogenannter geteilter Mitverwaltung umgesetzt. Dadurch können die Bedürfnisse im Land genau adressiert werden. Außerdem geschieht die Umsetzung der Förderprogramme mit unseren Kommunen.

Das Thema der Vereinfachung und das in direktem Zusammenhang mit einer erfolgreichen Umsetzung stehende Programm besitzen für die Landesregierung hohe Priorität.

Das Motto „Entfesselung“ gilt auch für die europäischen Struktur- und Investitionsfonds. Die Landesregierung erwartet, dass die verschlankten Verordnungstexte für die kommenden Förderperioden die Praxis erleichtern und den Zugang leichter handhabbar machen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass zum Start der neuen Förderperiode ein schlanker, effektiver Verwaltungsaufwand und damit ein optimaler Mittereinsatz erreicht wird, der die Akzeptanz der Förderprogramme erhöht.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir Ihren Antrag, sehen aber keine Veranlassung, irgendetwas Neues darin zu sehen, das wir unterstützen sollten. – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Damit liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 17/6325. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der SPD. Wer ist dagegen? – Das sind die Abgeordneten von CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltung der Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen zweitens über den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 17/4120 ab. Der Ausschuss für Europa und Internationales empfiehlt mit Drucksache 17/6280 – Neudruck –, den Antrag Drucksache 17/4120 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag in der Drucksache

17/4120 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte dem folgen? – Das ist die SPD. Wer ist dagegen? – Das sind CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppes. Wer enthält sich? – Enthaltung der Grünen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

8 Gesetz zur Einführung der Zustimmungswahl für Bürgermeister und Landräte

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6267

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Abgeordneten Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Stichwahl ist das so eine Sache. Die CDU und etwas widerwillig auch die FDP verweisen auf den Umstand, dass an den vergangenen Stichwahlen häufig nur sehr wenige Wähler teilgenommen haben.

SPD und Grüne wiederum verweisen darauf, dass eine relative Mehrheit im ersten Wahlgang unter Umständen ebenfalls nur sehr wenige Wähler umfasst.

Für beide Szenarien gibt es tolle Beispiele und tolle Gegenbeispiele. Beide Szenarien sind unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten schwierig.

Zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme gehört aber auch, dass beide Parteien, die mal Volksparteien waren, hier ganz eigene Interessen vertreten. Die CDU, die inzwischen flächendeckend eine strukturelle, aber eben auch nur eine relative Mehrheit hat – sogar in Großstädten wie Köln –, erhofft sich reiche Beute, und die chronisch schwindstüchtige SPD fürchtet um Pfründe, denn so, wie es jetzt aussieht, kann sie, wenn überhaupt, nur noch per Stichwahl ein Bürgermeisteramt oder das Amt eines Landrats erobern.

Die jeweiligen Anhängsel machen das durchsichtige Spielchen mit, die FDP allerdings mit vernehmbarem Murren. Ich habe es selbst miterlebt, wie Ihre Parteifreunde im Kölner Stadtrat Ihnen die Gefolgschaft verweigert haben. Aber ich nehme an, sie müssen das nicht umsonst machen.

Jetzt haben wir also folgende Situation: Gut ein Jahr vor der Kommunalwahl hat die Landesregierung ein Wahlrecht durchgeprügelt, das höchst umstritten ist und bei dem nicht klar ist, ob es einer verfassungsgerichtlichen Prüfung standhalten wird.

Aber genau die steht bevor: Die Gegner haben eine Klage bereits in Aussicht gestellt. Deshalb brauchen

Sie mir jetzt auch nicht gleich zu erzählen, dass das Thema schon erledigt ist; das wird jetzt monatelang, und zwar möglicherweise bis kurz vor der Wahl, vor sich hin köcheln.

Darüber hinaus kann man davon ausgehen, dass bei wechselnden Mehrheiten hier im Hause diese Änderung wieder rückgängig gemacht wird – dann zum zweiten Mal.

Meine Damen und Herren, das Wahlrecht ist aber ein denkbar schlechter Raum für das Wechseln politischen Kleingelds. In einer funktionierenden Demokratie muss es sich auf breite Mehrheiten und auf breite Akzeptanz stützen und von hoher Kontinuität gekennzeichnet sein.

Das alles ist hier aber erkennbar nicht der Fall. Da wir zu keinem dieser beiden Machtblöcke gehören und auch nicht gehören wollen, machen wir mit unserem Gesetzentwurf einen Vorschlag, frei von Eigeninteressen.

Das Zustimmungswahlrecht, das wir hier vorschlagen, ist denkbar einfach: Anstatt einer Stimme hat der Wähler so viele Stimmen, wie er möchte bzw. wie viele Kandidaten es gibt. Der Kandidat mit den meisten Stimmen ist gewählt. So einfach ist das.

In der Praxis aber wird er den oder die Kandidaten wählen, den oder die er bevorzugt. Wenn er dieses denkbar einfache Wahlrecht nicht versteht und einfach weiter wählt wie bisher und eine Stimme abgibt, dann ist diese natürlich auch weiterhin gültig und wirksam.

Meine Damen und Herren, so bekommen Sie das Beste aus zwei Welten: Sie bekommen viele Wähler, klare Mehrheiten und nur einen Wahltermin. Ach ja, und die mit dem Verfassungsgerichtsprozess verbundene Unsicherheit hätte sich ebenfalls erledigt.

Da bleibt jetzt eigentlich nur noch ein Problem: Der Antrag ist von einem bösen Rechtspopulisten gestellt worden, und dem können Sie natürlich nicht zustimmen. Deshalb zitiere ich zum Abschluss eine Organisation, die wahrlich nicht unter Rechtspopulismusverdacht steht, nämlich „Mehr Demokratie e. V.“ – Zitat:

„Bei der Wahl mit nur einer Stimme werden Sympathisanten von weniger aussichtsreich erscheinenden Kandidaten wider ihren Willen motiviert, das kleinere Übel eines mehrheitsfähigen Kompromisskandidaten zu wählen, damit ein nicht noch unbeliebterer Kandidat siegt. Bei der Zustimmungswahl können die Wähler beide Bewerber oder ihren tatsächlichen Favoriten wählen, ohne dass die eigene Stimme an Gewicht verliert. Bei diesem Wahlsystem ist nur ein Wahlgang nötig. Das Argument von CDU und FDP, dass die Wahlbeteiligung bei Stichwahlen im Vergleich zum ersten Wahlgang niedriger liegt, wird hier aufgenommen und das Problem mit einem für

Bürger und Kandidaten vorteilhafteren Wahlrecht gelöst.“

Gerne erläutere man der Landesregierung diesen Vorschlag. – Meine Damen und Herren, das Angebot sollten Sie annehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Hoppe-Biermeyer das Wort.

Bernhard Hoppe-Biermeyer^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir feiern in diesen Tagen 70 Jahre Grundgesetz. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben einen Bauplan für eine stabile deutsche Demokratie vorgelegt.

Art. 28 des Grundgesetzes sagt, dass das Volk in Kreisen und Gemeinden eine Vertretung haben muss, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. An diesen Maßstab halten wir uns und überprüfen regelmäßig die Praktikabilität und Sinnhaftigkeit des Kommunalwahlgesetzes.

Diesem Maßstab wird Ihr Gesetzentwurf leider nicht gerecht. Das, was Sie vorhaben, schießt weit über das Ziel hinaus. Sie berufen sich auf irgendwelche Webseiten und werfen unbegründet und undurchdacht Modelle in den Raum. Dafür ist unsere kommunale Demokratie zu wertvoll, und das Thema ist zu ernst.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Die Politikverdrossenheit in der Gesellschaft hat in den vergangenen Jahren leider zugenommen, und die Wahlbeteiligung hat sich tendenziell verringert. Was Sie an dieser Stelle also auf keinen Fall machen sollten, ist, den Wahlgang komplizierter und aufwendiger zu gestalten. Darum sind Ihre Modelle auch ungeeignet.

Sie wollen die relative Mehrheitswahl durch eine Zustimmungswahl ersetzen. Die Folge einer solchen Wahlrechtsänderung wird sein, dass die Wahlbeteiligung sinken wird. Das darf und sollte nicht der Effekt einer Wahlrechtsänderung sein.

Bei der Zustimmungswahl kann jeder Wahlberechtigte beliebig viele Kandidaten wählen, ohne jede Gewichtung, nur ja oder nein. Wenn anstatt des besten Kandidaten aber beliebige viele, mehr oder weniger akzeptable Kandidaten auf dem Wahlzettel angekreuzt werden dürfen, wird am Ende der am wenigsten unsympathische Kandidat die Wahl gewinnen.

Unsere Demokratie lebt von einem klaren Bekenntnis des Wählers zu einem bestimmten Kandidaten.

Der Wählerauftrag beinhaltet eine klare Bindung zwischen Wähler und Mandatsträger. Ihr System schwächt diese Bindung.

Außerdem erklären Sie mit keinem Wort, wie Sie mit einem komplizierten Wahlsystem Menschen einfacher erreichen wollen. Wir haben vollstes Vertrauen in den Wähler. Im Vorfeld einer Wahl sollte sich aber der Wähler mit Inhalten und nicht mit grundlegend veränderten Wahlsystemen beschäftigen. Alles andere führt zu einer niedrigen Wahlbeteiligung.

(Michael Hübner [SPD]: Dann hätten Sie die letzte Änderung auch nicht machen dürfen!)

Weil die AfD-Fraktion anscheinend auch selbst nicht komplett von ihrer Idee überzeugt ist, hat sie auch noch eine Alternative formuliert, das sogenannte Instant Runoff Voting. Einzelne Kandidaten, egal wie viele, sind bei der Wahl nach Präferenz aufzulisten. Das klingt nicht nur komplizierter, sondern das ist es auch, insbesondere was die Nachvollziehbarkeit des Stimmenauszählens und der Gewichtung der Zweit-, Dritt- oder Viertstimme angeht.

(Zurufe von der AfD)

Fazit: Die Zustimmungswahl und das Instant Runoff Voting verkomplizieren die Wahl

(Zurufe von der AfD)

und würden sich deshalb negativ auf die Wahlbeteiligung und damit auch auf die Legitimation der Mandatsträger auswirken.

Der Überweisung an die Fachausschüsse stimmen wir aber trotzdem zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kramer das Wort.

Hubertus Kramer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Wenige Wochen nach Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes mit der Abschaffung der Stichwahl für die Wahl der Bürgermeister und Landräte legt die Fraktion der AfD heute den Gesetzentwurf zur Einführung der Zustimmungswahl für Hauptverwaltungsbeamte vor. Der Kern des Antrags lautet:

„Die Abschaffung der Stichwahlen wird akzeptiert und beibehalten. Gleichzeitig wird aber die relative Mehrheitswahl durch die Zustimmungswahl ersetzt.“

So weit das Zitat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden Verständnis dafür haben, dass die SPD-Landtagsfraktion einen solchen Antrag derzeit aus grundlegenden Überlegungen heraus als deplatziert empfindet.

Sie alle wissen, dass wir die Abschaffung der Stichwahl für einen politisch motivierten, nicht verfassungskonformen Anschlag auf die Demokratie halten

(Beifall von der SPD)

und deshalb gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine rechtliche Überprüfung durch den Landesverfassungsgerichtshof anstreben.

Unsere Argumente haben wir in den vergangenen Monaten zu zahlreichen Anlässen überzeugend vortragen und mit Ihnen ausgetauscht.

Die Abschaffung der Stichwahlen akzeptieren wir, anders als im Gesetzentwurf der AfD vorausgesetzt, angesichts der Beurteilung durch namhafte Verfassungsrechtler eben nicht.

Insofern halten wir es für dringlich, den Ausgang dieses Verfahrens vor dem Landesverfassungsgerichtshof zunächst einmal abzuwarten. Bevor wir erneute Änderungen am Wahlrecht in Betracht ziehen, sollte erst einmal feststehen, ob die jüngst beschlossenen Neuerungen überhaupt Bestand haben werden.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dies müsste auch der bisherigen Haltung der AfD entgegenkommen, die selbst gegen die Abschaffung der Stichwahl votiert hat. Auch der Respekt vor dem Verfassungsgerichtshof gebietet es nach meiner Überzeugung, dem nicht vorgreifen zu wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es galt in diesem Hohen Hause über sehr lange Zeit als stille Übereinkunft, Diskussionen und Änderungen am Kommunalwahlrecht möglichst mit breiten Mehrheiten und mit deutlichem zeitlichen Abstand zu Kommunalwahlen vorzunehmen. Insbesondere letzterer Aspekt ist mit Blick auf die kommenden Wahlen im Jahr 2020 kritisch.

Die gerade beschlossene Abschaffung der Stichwahlen und die Neuregelungen mit Blick auf den Zugschnitt der Stimmbezirke waren in diesem Jahr insofern ein schwerer Sündenfall der regierungstragenden Fraktionen.

(Beifall von der SPD)

Unsere ehrenamtlichen Kommunalpolitiker und die Kommunalverwaltungen hätten sich mit Blick auf das Jahr 2020 völlig verständlich sehr viel früher Rechtssicherheit gewünscht.

Auch wegen dieser aus Sicht der Kommunen ohnehin kritischen aktuellen Situation sollten wir jetzt nicht

noch zusätzlich neue Diskussionen beginnen, sondern zunächst die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs abwarten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus meinen Worten erkennen Sie, dass die SPD auch weiterhin auf die Mehrheitswahl mit Stichwahl setzt. Ich will das aus unserer Sicht heraus mit einem inhaltlichen Aspekt begründen:

Das Verfahren der Zustimmungswahl stellt ebenso wie die Mehrheitswahl ohne Stichwahl nicht sicher, dass die letztlich gewählte Person auch die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen auf sich vereinigt hat. Das leistet nur die Direktwahl mit Stichwahlen.

(Beifall von der SPD)

Die Stellung des Bürgermeisters und Landrates setzt unserer Meinung nach eine solche eindeutige Mehrheit voraus.

Ich möchte am Ende meiner Ausführungen an den Hinweis von mehreren Teilnehmern der Expertenanhörung zur Stichwahl erinnern. Dort wurde ausdrücklich betont, dass es das Anliegen des Gesetzgebers sein muss, ein Wahlsystem auch im Bewusstsein der Wählerinnen und Wähler zu verankern.

Vor dem Hintergrund, dass der dritte Regierungswechsel in Folge zur Frage der Stichwahl auch zur dritten Kommunalwahlrechtsreform in Folge geführt hat, sollten wir zunächst die Entscheidung zur Stichwahl abwarten. Das sollten wir auch deshalb beherzigen, weil die Idee der Zustimmungswahl eine grundlegende Diskussion ohne Zeitdruck verdient hat.

Insofern stimmen wir heute der Überweisung in den Fachausschuss gerne zu. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Kramer. – Für die FDP hat nun der Abgeordnete Paul das Wort.

Stephen Paul (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kramer, Sie haben gerade von Ihrem Manuskript abgelesen, die Änderung des Wahlverfahrens für die Bürgermeister und Landräte sei ein Anschlag auf die Demokratie.

(Michael Hübner [SPD]: Ist es auch! Ob mit oder ohne Manuskript ist das ein Anschlag!)

Das hat uns gerade etwas erschrocken; denn wir haben hier gestern überparteilich die Demokratie gefeiert, indem wir an 70 Jahre Grundgesetz erinnert haben. Bürgermeister und Landräte werden in diesem

Land auch künftig weiter demokratisch von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt; das muss man klar sagen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zum Antrag der AfD: Wichtig ist uns allen, parteiübergreifend, dass unsere Demokratie funktioniert – das wird ein gemeinsames Anliegen sein –, dass sich das Wahlverhalten abbilden kann in einer Sitzverteilung in Mehrheitsverhältnissen: in den Stadträten, in den Gemeinderäten, in den Kreistagen wie auch in den Parlamenten.

Wir werden uns auch einig sein, dass möglichst viele Mitbürgerinnen und Mitbürger das Wahlverfahren verstehen und wählen gehen und dass das Wahlverfahren nicht als zu kompliziert erscheint.

Jetzt das Wahlverfahren zu ändern – da haben wir unsere Zweifel. Das wird nicht der richtige Weg sein, erstens weil wir bei der Kommunalwahl in den Landkreisen jetzt schon mindestens vier Stimmzettel haben: Wahlgang für den Stadt- oder Gemeinderat, Wahlgang für den Kreistag, die Wahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters, die Wahl der Landräte.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Das sind vier Stimmzettel, wenn die Kommunalwahl alleine steht und nicht noch mit einer anderen Wahl – wie wir es auch schon hatten, zum Beispiel Europawahl – kombiniert wird. Dann werden es noch mehr Stimmzettel und Wahlgänge.

Zweitens ist das Kommunalwahlgesetz gerade reformiert worden – nach wochen- und monatelanger Debatte. Es schließen sich Gerichtsverfahren an. Jetzt mit einem neuen, ganz anderen Vorschlag zum Wahlverfahren der Hauptverwaltungsbeamten zu kommen, ist objektiv wirklich der falsche, der zu späte Zeitpunkt.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Wir können unseren Mitbürgerinnen und Mitbürger nur zurufen: Wählen gehen – bei der Europawahl, jetzt am Sonntag, aber auch bei der Kommunalwahl kommendes Jahr. Machen wir es für die Bürgerinnen und Bürgern nicht zu mühsam.

(Michael Hübner [SPD]: Genau, die verstehen ja nicht, warum die Stichwahl abgeschafft wurde!)

Machen wir die Kommunalwahlen attraktiv und stärken wir damit die bürgerschaftliche Selbstverwaltung vor Ort. Vor diesem Hintergrund möchten wir dem Antrag der AfD-Fraktion nicht beitreten. – Ein schönes Wochenende. Danke.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht nun der Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Tritschler, Sie schaffen es immer wieder, sich selbst zu widersprechen bei Ihren Argumentationen.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Auf der einen Seite erklären Sie, die Grünen würden die SPD mittlerweile einholen, um hinterher zu sagen, wir wären ein Anhängsel der SPD. Was das mit Logik zu tun hat, bleibt AfD-Geheimnis.

Dann sagen Sie, es gäbe zwei Machtblöcke, einmal rot-grün und einmal schwarz-gelb. In vielen Bundesländern können Sie sich mal anschauen, dass das nicht nur arithmetischer Unsinn ist.

(Zustimmung von der AfD)

Und – das nehme ich für alle Parteien in Anspruch; sonst würden wir ja fusionieren –: Wir haben alle eigene Ansprüche an politische Schwerpunktsetzung; auch deswegen ist diese Analyse schon einmal falsch.

Der zweite Punkt, der mir in Bezug auf den vorgelegten Antrag wichtig ist: Warum haben Sie diesen Antrag nicht früher eingebracht? Warum haben Sie das nicht ins Verfahren eingebracht?

Sie müssen sich doch eines selbst vorhalten lassen – das ist ein schwerwiegender Punkt bei der Frage der Stichwahl; der wird auch in der Klage eine wichtige Rolle spielen –: Wahlrechtsverfahren ändert man nicht im Hopplahopp-Verfahren. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den das Verfassungsgericht selbst ins Stammbuch geschrieben hat. Das ist auch Hauptteil des vierten Leitsatzes, den das Verfassungsgericht im Jahr 2008 entschieden hat.

Deswegen wäre es geradezu widersinnig, wenn wir vor das Verfassungsgericht gingen und sagten: „Passen Sie mal auf, diese Landesregierung bzw. die Koalitionsfraktionen haben das Wahlrecht nicht nur stümperhaft, sondern auch auf eine Art und Weise, die dem ganzen Verfahren nicht angemessen ist, geändert“, um dann selbst Änderungen im Verfahren vorzunehmen. Das ist schon aus Verfahrensgründen völlig unsinnig.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich will hinzufügen: Wir sind auch inhaltlich nicht dieser Meinung.

Herr Präsident, eines muss ich Ihnen – als Abgeordnetem, nicht in Ihrer Funktion als Präsident – schon sagen: Vielleicht unterhalten Sie sich einmal mit Ih-

rem Kollegen Hoppe-Biermeyer darüber, welche Position die CDU in den letzten fünf Jahren zur Zustimmungswahl mit integrierter Stichwahl eingenommen hat.

Das war deutlich weniger skeptisch als das, was Herr Hoppe-Biermeyer hier vorgetragen hat. Auch das Lesen des Protokolls könnte dabei weiterhelfen, Herr Kollege; da hat die CDU sich noch ganz anders positioniert.

Warum sage ich das? – Der Grund ist: Sie haben es nicht einmal für notwendig gehalten, diese beiden Punkte, die ich zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen würde – ich werde Ihnen gleich sagen, warum –, überhaupt zu prüfen. Das macht deutlich, dass CDU und FDP überhaupt nicht geprüft haben, welche Hauptvarianten, welche Mindervarianten es gibt und warum man das überhaupt prüfen sollte.

Bei Ihrem Parteitagsbeschluss lautete das Motto „Stichwahl abschaffen“, und deswegen wurde es gemacht. Mit politischer Prüfung hatte das überhaupt nichts zu tun; das wurde in Ihrem heutigen Redebeitrag nur allzu deutlich.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich will einige Zahlen zitieren, um nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, in welcher dramatischer Weise unsere Argumentation richtig ist: Die Stichwahlen 2015 zu den Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen haben gezeigt, dass in 45 von 49 Fällen die Zustimmung für den gewählten Kandidaten höher war als im ersten Wahlgang.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Ihre Unterstellung, die Stichwahl würde nicht wirken, ist also schlicht falsch.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

In den vier übrig gebliebenen Fällen sind für zwei Fälle die Zahlen nahezu gleich. Es gibt einen einzigen Fall – das scheint ein Trauma der CDU zu sein –, nämlich in Lippe, wo der Kandidat im ersten Wahlgang noch fulminant vorne lag und im zweiten Wahlgang unterlegen ist, weil er deutlich weniger Stimmen als der SPD-Kandidat bekommen hat.

Ich will Ihnen mal Kandidaten zitieren – auch von der CDU:

Thomas Kufen in Essen steigerte die Stimmenzahl von 65.069 im ersten Wahlgang um immerhin fast 20 %, Herr Verfassungsminister, auf über 77.000 Stimmen im zweiten Wahlgang.

In Lünen ist es zu einem Zuwachs von fast 82 % der Stimmen gekommen, wenn man den zweiten mit dem ersten Wahlgang vergleicht.

In Krefeld gab es gegenüber dem ersten Wahlgang im zweiten Wahlgang ein Plus von 35 %, in Geilenkirchen plus 52 %, in Witten plus 18 %. Interessanterweise war bei den Letztgenannten die CDU meistens nicht dabei.

Deswegen sage ich Ihnen: Dieser Gesetzentwurf von der AfD kommt nicht nur zur Unzeit, sondern er ist auch unangemessen, weil es richtig ist, die Stichwahl beizubehalten.

Das werden wir mit aller Vehemenz vor dem Verfassungsgericht vortragen. Deswegen bin ich guten Mutes, dass wir damit durchkommen. Wir brauchen diesen Gesetzentwurf daher nicht. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung hat Minister Reul das Wort.

Herbert Reul, Minister des Innern: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus Sicht der Landesregierung gibt es viele Gründe, die gegen diesen Gesetzentwurf der AfD-Fraktion sprechen.

Die von der AfD vorgeschlagene Zustimmungswahl, bei der Wahlberechtigte so viele Stimmen hätten, wie es zugelassene Wahlvorschläge bei einer Bürgermeister- oder Landratswahl gibt, ist ein bisher in Deutschland nicht gebräuchliches Wahlverfahren. Auch die Wählerinnen und Wähler in NRW sind damit nicht vertraut.

In der Praxis würde die Ausübung des Stimmrechts im Vergleich zum bisherigen Erststimmenwahlrecht komplizierter und folgerichtig auch fehleranfälliger. Dies gilt umso mehr für die Auszählung der Stimmen und deren Dokumentation in den Wahlniederschriften. Alle Wahlvorstände müssten vorab entsprechend neu geschult werden.

Dennoch würde die Gefahr von Verwechslungen, Zählfehlern oder sonstigen Irrtümern wachsen. Der Aufwand bei der Auszählung würde größer und das vorläufige Ergebnis später feststehen.

Insgesamt nähme die ohnehin erhebliche Belastung der Wahlvorstände weiter zu. Bekanntlich sind bei verbundenen Kommunalwahlen bis zu fünf Wahlen auszuzählen, wenn eine kreisangehörige Kommune im Gebiet des Regionalverbandes Ruhr liegt. Die Gewinnung einer ausreichenden Anzahl von Wahlhelferinnen und Wahlhelfern würde wahrscheinlich noch schwieriger, als sie es heute schon ist.

Wichtig erscheint mir auch, dass eine Zustimmungswahl kein stärkeres Votum für einen Bewerber garantiert als eine reine Mehrheitswahl mit nur einer Stimme. So könnten viele Wählerinnen und Wähler dazu tendieren, wie gewohnt oder einfach taktisch zu

wählen. Das heißt, Sie geben auch nur einem Bewerber, nämlich ihrem Wunschkandidaten, eine Stimme und sonst niemandem. Auf Parteitage soll so etwas schon mal vorgekommen sein.

(Christian Dahm [SPD]: Bei uns nicht!)

Demnach schließt auch die Zustimmungswahl nicht aus, dass sich die Stimmen gleichmäßig auf alle oder mehrere Bewerber verteilen, sodass keiner in der Nähe der absoluten Mehrheit ist.

Im Ergebnis ist damit die Zustimmungswahl im Vergleich zur relativen Mehrheitswahl, die vom Wähler eine klare Präferenzentscheidung wie bei der Listenwahl verlangt, nicht vorzugswürdig; vielmehr würden mit der Einführung der Zustimmungswahl zusätzliche Probleme geschaffen. Das kann doch nicht unser Interesse sein.

Die derzeit erforderliche Präferenzentscheidung ist auch keine widerwillige Wahl des kleineren Übels in Gestalt eines mehrheitsfähigen Kompromisskandidaten, damit nicht ein noch unbeliebterer Kandidat siegt, wie es manchmal von Befürwortern der Zustimmungswahl behauptet wird.

Stattdessen stellt die Stimmabgabe für einen von mehreren Bewerbern eine bewusste Auswahlentscheidung der Wähler am Ende einer politischen Willensbildung dar, bei der sie die unterschiedlichen Qualifikationen und Ziele aller Bewerber abwägen können.

Erlauben Sie mir zum Abschluss noch ein Wort zur Wahl mit integrierter oder sofortiger Stichwahl, die der AfD-Antrag unter dem Gliederungspunkt „Alternativen“ als noch weitergehenden Schritt anspricht.

Auch hier gibt es nur einen Wahlgang, bei dem der Wähler auf dem Stimmzettel durch Eintragung von Ziffern eine Reihenfolge der Kandidaten nach seiner Präferenz festlegt, die dann bei der Ergebnismitteilung maßgeblich wird.

Auch dies wäre Neuland, und es wirft neue Fragen auf, vor allen Dingen nach der Transparenz des Wahlverfahrens. So müsste der Wähler den komplizierten Verrechnungsmechanismus kennen, mit dem der erfolgreiche Bewerber ermittelt wird. Wenn niemand mehr als die Hälfte der Platz-eins-Stimmen erhalten hat, kann die Reihenfolge der Elimination von Bewerbern entscheidend für den Wahlausgang werden.

Abschließend meine ich nicht, dass wir den Wählerinnen und Wählern und unseren Wahlvorständen das zumuten sollten, wenn uns an einer möglichst hohen Wahlbeteiligung und vielen ehrenamtlichen Unterstützern gelegen ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 17/6267** an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** – federführend –, den **Hauptausschuss** und den **Rechtsausschuss**. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Damit ist diese Überweisung einstimmig angenommen.

Wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und Europa alles Gute.

Das Plenum berufe ich für Mittwoch, den 26. Juni 2019, 10 Uhr, wieder ein.

Ich schließe die Sitzung.

Schluss: 14:59 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.